

Marcus Scheiblecker et al.

## Österreichs Wirtschaft 2003 neuerlich schwach gewachsen

**Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich in Österreich 2003 real um 0,7% und wies damit das dritte Jahr in Folge ein sehr schwaches Wachstum auf. Diese Entwicklung entsprach jener im EU-Raum, übertraf aber deutlich das Ergebnis der beiden Haupthandelspartner Deutschland (-0,1%) und Italien (+0,3%). Fiskalpolitische Maßnahmen stimulierten die Nachfrage nach Investitionsgütern.**

Die einzelnen Kapitel dieses Berichts werden jeweils von den Autorinnen und Autoren gezeichnet.

International belebte sich die Wirtschaft im Laufe des Jahres 2003. Während China ein kontinuierlich kräftiges Wachstum verzeichnete, zeigte sich in den USA und in Japan erst im 2. Halbjahr eine deutliche Zunahme der Dynamik. Im OECD-Durchschnitt erhöhte sich das reale BIP 2003 um 2,1%, nachdem es im Jahr zuvor um 1,9% gestiegen war. Auch die Aktienkurse an den Weltbörsen erholten sich deutlich. In der EU bzw. im Euro-Raum war allerdings kaum eine Zunahme in der wirtschaftlichen Aktivität über den Jahresverlauf zu erkennen.

In den USA schritt die Erholung 2003 weiter voran (+3,1%). Geld- und Fiskalpolitik blieben expansiv, und ab dem 2. Halbjahr nahm die Investitionsnachfrage wieder deutlich zu. Nachdem die Notenbank seit Anfang 2001 ihren Leitzinssatz in mehreren Schritten herabgesetzt hatte, folgte zur Jahresmitte 2003 die bisher letzte Runde mit einer Senkung um 0,25 Prozentpunkte. Damit erreichte der Leitzinssatz in den USA einen langjährigen Tiefstand von 1%. Umfangreiche Steuererleichterungen und vermehrte Staatsausgaben stimulierten im Jahr 2003 die Wirtschaft, schlugen sich aber auch in einem Anstieg des Defizits der öffentlichen Haushalte auf 3,5% des nominellen BIP. Die von diesen wirtschaftspolitischen Maßnahmen begünstigte Ausweitung der privaten Nachfrage bewirkte einen beträchtlichen Importsog, welcher die Leistungsbilanz 2003 abermals belastete. Das Defizit stieg von 481 Mrd. \$ auf 542 Mrd. \$ und erreichte damit rund 5% des nominellen BIP.

Obwohl die Wirtschaftsdynamik in den USA zunahm, blieben die positiven Reaktionen auf dem Arbeitsmarkt weitgehend aus. Aufgrund der insgesamt kräftigen Produktivitätssteigerung im Jahr 2003 erhöhte sich die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt um weniger als 1%.

Die in Japan bereits mehr als ein Jahrzehnt andauernde Wirtschaftsflaute könnte 2003 überwunden worden sein. Nach einem Rückgang des realen BIP im Jahr 2002 um 0,4% ergab sich für 2003 eine Zunahme von 2,7%. Die Expansion hielt im gesamten Jahresverlauf an, und im IV. Quartal übertraf das Wirtschaftswachstum sogar jenes der USA. Grund dieser Belebung war ein deutliches Anziehen der Investitionen und des Exports, während der private und der öffentliche Konsum nur wenig ausgeweitet wurden. Die beträchtliche Exportsteigerung war vor allem der kräftigen Nachfrage aus China zuzuschreiben. Angesichts der Dollarschwäche – die chinesische Währung ist an den Dollar gebunden – ist dies bemerkenswert. Die Deflation wurde hingegen nach wie vor nicht überwunden, und auf dem Arbeitsmarkt kündigte sich ebenfalls noch keine Entspannung an.

## Aufschwung im Euro-Raum verspätet

Trotz einer deutlichen Verbesserung der internationalen Konjunktur entwickelte sich die Wirtschaft im Euro-Raum 2003 sehr gedämpft. Ab dem 2. Halbjahr trat eine leichte Erholung ein, jedoch betrug das Wachstum im Jahresdurchschnitt lediglich 0,4%. Sowohl der Export als auch die Investitionen belebten sich im 2. Halbjahr, während die private Konsumnachfrage schwach blieb. Die große Verunsicherung der Konsumenten kam auch in den Umfragen der EU-Kommission zum Ausdruck.

Die leichte Besserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde allerdings nicht wie in früheren Aufschwungsphasen von der Industrieproduktion ausgelöst, sondern von den Dienstleistungen. Die Industrieproduktion wuchs im Euro-Raum 2003 kaum, der saisonbereinigte Index erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 0,3% gegenüber dem Vorjahr.

Auch der Arbeitsmarkt spiegelte 2003 die Konjunkturlaute wider. Die Beschäftigung stagnierte im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt 2003 (-0,1%), die standardisierte Arbeitslosenquote stieg von 8,4% im Jahr 2002 auf 8,8%.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte nahm im Euro-Raum 2003 neuerlich zu (von 2,3% des BIP auf 2,7%), der Schuldenstand erhöhte sich leicht von 69,2% auf 70,4% des nominellen BIP. Diese Ausweitung des Defizits entfaltete kaum expansive Kräfte, da sie weitgehend auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zurückzuführen war. Die Geldpolitik senkte 2003 zweimal den Leitzinssatz des Euro-Raums: im März um ¼ Prozentpunkt und im Juni um ½ Prozentpunkt.

Die Wachstumsschwäche im Durchschnitt des Euro-Raumes war abermals hauptsächlich auf die schlechte Wirtschaftslage in Deutschland zurückzuführen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnierte das zweite Jahr in Folge (2002 +0,2%, 2003 -0,1%). Der Rückgang im 1. Halbjahr 2003 wurde in der zweiten Jahreshälfte von einem leichten Wachstum abgelöst. Eine Konjunkturerholung wurde vor allem durch die Abnahme der Binnennachfrage verhindert: Die Bruttoanlageinvestitionen sanken mit real -2,9% das dritte Jahr in Folge, und der private Konsum blieb um 0,1% unter dem Vorjahresniveau. Vor dem Hintergrund der Diskussion über die Sozialschutzsysteme stieg die Sparquote der privaten Haushalte auch in dieser Zeit der Stagnation weiter. Die Inflationsrate ging angesichts der schwachen Nachfrage auf 1% zurück.

Trotz der guten internationalen Konjunkturlage blieben Impulse von der Außenwirtschaft weitgehend aus. Erst in der zweiten Jahreshälfte besserte sich die Exportdynamik etwas, und auch die Investitionsnachfrage belebte sich.

Gerade für Deutschland erwiesen sich die monetären Rahmenbedingungen des Jahres 2003 als ungünstig, es wies das höchste langfristige Realzinsniveau der Euro-Länder auf. Die schlechte Wirtschaftslage belastete den Staatshaushalt erheblich, ein Defizit von 3,9% des BIP war die Folge. Damit wurde zum zweiten Mal in Folge die im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarte Obergrenze verletzt.

Auch in Deutschland verbesserte sich die Produktivität, allerdings schlug sich dies nicht wie in den USA in einem höheren Wirtschaftswachstum nieder, sondern in einer ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Nachdem die Beschäftigung bereits im Vorjahr gesunken war, ging sie 2003 abermals zurück, die Arbeitslosenquote stieg beträchtlich auf 9,3%.

Trotz der schlechten Wirtschaftslage im Euro-Raum war in Ost-Mitteuropa ein deutlicher Aufschwung zu beobachten. Das reale BIP des gesamten Wirtschaftsraums jener Staaten, die mit 1. Mai der Europäischen Union beitreten, expandierte um 3,6% (2002 +2,3%); der nahende EU-Beitritt sorgte für einen zusätzlichen Wachstumsimpuls. Der private Konsum war eine wichtige Wachstumsquelle, insbesondere für die baltischen Länder, Ungarn und Tschechien. Der Anstieg der Einkommen und die zunehmende Möglichkeit der Finanzierung von Konsumwünschen durch Bankkredite forcierten die Ausweitung der privaten Konsumnachfrage.

Während die Investitionsnachfrage nur schwach gesteigert wurde, nahm der Export deutlich zu. Die Ausfuhrdynamik ging jedoch teilweise auf Abwertung der heimischen Währung zurück, etwa in Ungarn und Polen. Dennoch blieb die Inflation im

Durchschnitt der 10 neuen EU-Länder mit 2,1% sehr niedrig und entsprach damit der Preissteigerung im Euro-Raum.

Auch die österreichische Wirtschaft expandierte im Jahr 2003 mit +0,7% nur wenig. Das Wirtschaftswachstum war damit so stark wie im EU-Durchschnitt und kräftiger als das der Haupthandelspartner Deutschland (-0,1%) und Italien (+0,3%). Im Jahresverlauf ergab sich eine nur sehr zögerliche Erholung, die gegen Jahresende wieder verflachte.

## Anhaltend schwaches Wirtschaftswachstum auch in Österreich

### Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	- 0,4	+ 0,4	+ 5,7	- 4,8
Bergbau <sup>1)</sup>	- 2,0	+ 5,7	+ 3,1	+ 2,0
Sachgütererzeugung	+ 6,5	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2
Energie- und Wasserversorgung	- 0,8	+ 3,6	+ 5,3	+ 2,6
Bauwesen	+ 0,8	- 3,2	- 0,5	+ 2,5
Handel <sup>2)</sup>	+ 3,7	± 0,0	+ 1,2	+ 1,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 5,5	+ 3,4	+ 2,4	+ 1,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,0
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 5,2	- 1,0	+ 0,1	- 0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	+ 6,4	+ 5,0	+ 2,1	+ 1,5
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	- 0,6	- 1,4	- 0,4	- 0,2
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,4
<b>Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche<sup>5)</sup></b>	<b>+ 3,7</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>+ 0,8</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>+ 0,7</b>
Primärsektor	- 0,4	+ 0,4	+ 5,7	- 4,8
Sekundärsektor	+ 4,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7
Tertiärsektor	+ 3,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – <sup>2)</sup> Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – <sup>3)</sup> Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – <sup>4)</sup> Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – <sup>5)</sup> Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen sowie vor Zurechnung der Gütersteuern.

Den größten Wachstumsbeitrag lieferte 2003 die Investitionsnachfrage: Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr real um 6,2%, sowohl Maschinen und Elektrogeräte (+6,8%) als auch Fahrzeuge (+4,1%) wurden verstärkt angeschafft. Ein beträchtlicher Teil wurde allerdings durch Güterimporte gedeckt, so dass der Effekt auf die heimische Produktion begrenzt war.

Als eigentliche Konjunkturstütze erwiesen sich die Bauinvestitionen. Nach dem Rückgang in den zwei Jahren zuvor wurden sie 2003 deutlich ausgeweitet (+2,8%). Vor allem die Investitionen in Nichtwohnbauten nahmen zu (3,4%), da die öffentliche Hand mit verstärkten Tiefbauaufträgen Impulse setzte. Auch im Wohnbau zeigten sich Erholungstendenzen (+1,6%), nachdem das Bauvolumen dieses Bereichs in den vorangegangenen sechs Jahren geschrumpft war.

Die Nachfrage der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) nach Konsumgütern stieg 2003 mit real +1,3% etwas stärker als im Jahr zuvor (+0,7%); zum Teil war dies auf die rege Nachfrage nach Pkw zurückzuführen. Gegen Jahresende ließ die Kauflust jedoch deutlich nach. Das verfügbare Einkommen erhöhte sich real um 1,4%, etwas stärker als die Konsumausgaben; dies schlug sich in einem weiteren Anstieg der Sparquote nieder (auf 8,4% nach 8,2% im Jahr 2002). Auch der öffentliche Konsum wurde wegen der anhaltenden Sparbemühungen im öffentlichen Bereich nur mäßig ausgeweitet (real +0,7%).

Nachdem die österreichische Exportwirtschaft 2002 trotz der internationalen Konjunkturschwäche relativ kräftig gewachsen war (real +3,7%), verlangsamte sich die Zunahme im Jahresverlauf 2003 deutlich (+1%). Im Güterexport wurde das Vorjah-

resniveau real übertrafen (+2%), der Export von Dienstleistungen (einschließlich Reiseverkehr) verfehlte es aber (-1,4%).

Hingegen expandierte der Gesamtimport mit real +3% stärker als im Jahr 2002. Dabei blieb der Wert der eingeführten Dienstleistungen ebenfalls unter dem Vorjahresniveau (-0,8%), aufgrund der lebhaften Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen wurde der Güterimport aber um 4,7% gesteigert (2002: +0,4%).

**Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)**

Zu Preisen von 1995

		2000	2001	2002	2003
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt		+ 2,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,1
Private Haushalte <sup>1)</sup>		+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3
Staat		- 0,1	- 1,4	+ 0,1	+ 0,7
Bruttoinvestitionen		+ 3,3	- 2,5	- 3,3	+ 4,6
Bruttoanlageinvestitionen		+ 6,3	- 2,3	- 2,8	+ 4,3
Ausrüstungen		+11,6	- 3,2	- 6,7	+ 6,2
Bauten		+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 2,8
Vorratsveränderung <sup>2)</sup>	Prozentpunkte	- 0,7	- 0,1	- 0,1	+ 0,1
	Mrd. €	+ 1,06	+ 0,93	+ 0,66	+ 0,83
Inländische Verwendung		+ 2,6	- 0,2	+ 0,0	+ 1,8
Exporte		+13,4	+ 7,5	+ 3,7	+ 1,0
Importe		+11,6	+ 5,9	+ 1,2	+ 3,0
Außenbeitrag	Prozentpunkte	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	- 1,0
Bruttoinlandsprodukt		+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

**Übersicht 3: Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)**

Zu laufenden Preisen

	2003	2003
	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	224,27	+ 2,7
Minus Exporte	116,16	+ 0,9
Plus Importe	112,74	+ 2,1
Inländische Verwendung	220,85	+ 3,4
Konsumausgaben insgesamt	169,73	+ 3,1
Private Haushalte <sup>1)</sup>	127,72	+ 3,1
Staat	42,01	+ 3,3
Bruttoinvestitionen	51,60	+ 5,4
Bruttoanlageinvestitionen	50,79	+ 5,2
Ausrüstungen	19,48	+ 6,5
Bauten	28,88	+ 4,3
Vorratsveränderung <sup>2)</sup>	0,81	
Statistische Differenz	- 0,48	

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Auch nominell blieb die Warenausfuhrsteigerung hinter jener der Einfuhr zurück; der Saldo der Handelsbilanz – der 2002 erstmals positiv gewesen war – drehte sich damit wieder in ein geringes Passivum.

Die Wirtschaftsbereiche mit dem stärksten Wachstum der realen Wertschöpfung waren 2003 das Bauwesen (+2,5%) und die Energie- und Wasserversorgung (+2,6%). Eine Stagnation war im Banken- und Versicherungsbereich und in der Sachgüterproduktion (-0,2%) zu beobachten. Einen deutlichen Rückgang der realen Wertschöpfung verzeichnete nur die Land- und Forstwirtschaft (-4,8%).

## Übersicht 4: Verteilung des Nettonationaleinkommens 2003

	2003 Mrd. €	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	114,80	+ 2,6
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	82,63	+ 3,4
Produktionsabgaben minus Subventionen	26,83	+ 1,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>224,27</b>	<b>+ 2,7</b>
Primäreinkommen an die übrige Welt	17,92	+ 1,4
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	15,25	- 2,8
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>221,60</b>	<b>+ 2,4</b>
Minus Abschreibungen	33,11	+ 3,1
<b>Nettonationaleinkommen</b>	<b>188,49</b>	<b>+ 2,3</b>
Laufende Transfers an die übrige Welt	4,40	- 7,8
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	2,84	- 6,4
<b>Verfügbares Nettonationaleinkommen</b>	<b>186,94</b>	<b>+ 2,4</b>

Q: WIFO-Berechnungen.

Der in den letzten Jahren beobachtete Trend sinkender Inflationsraten hielt 2003 an. Nachdem der nationale Verbraucherpreisindex im Jahr 2001 um 2,7% und im Jahr 2002 um 1,8% gestiegen war, erhöhte er sich 2003 um nur mehr 1,3%. Die Kategorien "Erziehung und Unterricht" (+3,3%) sowie "alkoholische Getränke und Tabakwaren" (+3,1%) wirkten am stärksten preistreibend. Ebenfalls deutlich verteuerten sich die Leistungen der Restaurants und Hotels (+2,7%). Hingegen wurde im Bereich der Nachrichtenübermittlung aufgrund der Verbilligung der Telekommunikationsdienstleistungen und -geräte ein Rückgang um 1,1% verzeichnet.

Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex gehörte Österreich mit 1,3% abermals zu den preisstabilsten Ländern im Euro-Raum (2,1%). Lediglich Deutschland wies mit +1% eine niedrigere Inflationsrate auf; in Finnland betrug der Preisanstieg ebenfalls 1,3%.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche blieb die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ungünstig. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (ohne Präsenzdienst, Bezug von Karenzgeld und Kinderbetreuungsgeld, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer) war 2003 um 0,2% bzw. 6.200 Beschäftigungsverhältnisse höher als im Vorjahr. Dies dürften aber nur zum kleineren Teil Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse gewesen sein. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um 3,3% (rund 7.600 Personen), sodass sich die Arbeitslosenquote nach AMS-Definition auf 7%, jene nach Eurostat-Definition auf 4,4% erhöhte.

Die Einnahmen des Staates, vor allem an gewinnabhängigen Steuern, entwickelten sich wegen der Konjunkturschwäche ungünstig. Gleichzeitig wurden die Ausgaben kräftig gesteigert. Besonders deutlich nahmen die Ausgaben für Kinderbetreuungsgeld und Altersteilzeit zu. Auch der durch die höhere Arbeitslosigkeit verursachte Anstieg der Unterstützungszahlungen belastete die öffentlichen Haushalte.

In der Folge verschlechterte sich 2003 der Finanzierungssaldo des Staates. Das Defizit (nach Maastricht-Definition) nahm von 0,2% des nominellen BIP im Jahr 2002 auf 1,3% zu. Da die Ausweitung des Defizits unter jener des nominellen BIP lag, ging der öffentliche Schuldenstand von 66,6% des nominellen BIP auf 65,0% im Jahr 2003 zurück.

Marcus Scheiblecker ([Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at](mailto:Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at))  
Statistik: Martha Steiner ([stein@wifo.ac.at](mailto:stein@wifo.ac.at))

### Inflation weiterhin rückläufig

### Keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt

### Konjunkturschwäche belastet Staatshaushalt

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Arbeitsmarktangebot</b>				
Erwerbspersonen <sup>1)</sup>	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5
Angebot an Unselbständigen <sup>2)</sup>	± 0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4
Arbeitslosenquote <sup>3)</sup>	+ 5,8	+ 6,1	+ 6,9	+ 7,0
<b>Arbeitsmarktnachfrage</b>				
Aktiv Erwerbstätige <sup>4)</sup>	+ 0,9	+ 0,4	- 0,3	+ 0,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 1,0	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2
Sachgütererzeugung <sup>5)</sup>	± 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7
Ausländische Arbeitskräfte	+ 4,4	+ 3,0	+ 1,6	+ 4,8
Geleistete Stunden, Sachgütererzeugung	± 0,0	+ 1,0	- 2,1	- 0,7
Beschäftigungsquote <sup>6)</sup>	63,3	63,3	62,8	62,6
<b>Arbeitsstückkosten<sup>7)</sup></b>				
Gesamtwirtschaft (VGR)	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,8
Sachgütererzeugung	- 5,0	+ 1,6	- 0,7	+ 0,3
<b>Arbeitsproduktivität</b>				
BIP je Erwerbstätigen (laut VGR)	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,5
Sachgütererzeugung				
Je Beschäftigten <sup>5)</sup>	+ 6,5	+ 1,2	+ 3,0	+ 1,4
Je geleistete Stunde	+ 6,5	+ 0,4	+ 2,7	+ 0,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. – <sup>1)</sup> Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose. – <sup>2)</sup> Unselbständige + Arbeitslose. – <sup>3)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – <sup>4)</sup> Angebot ohne Arbeitslose, ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – <sup>5)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>6)</sup> Aktiv Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre). – <sup>7)</sup> Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Verbraucherpreise</b>				
Nationaler VPI	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3
Harmonisierter VPI	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,0
Exportpreise Waren	+ 2,2	- 0,9	- 0,9	- 0,6
Importpreise Waren	+ 3,5	- 0,7	- 2,8	- 1,2
Weltmarktrohstoffpreise (Euro-Basis)	+ 51,1	- 7,9	- 4,6	- 4,3
<b>Terms-of-Trade</b>				
Waren und Dienstleistungen	- 0,9	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,7
Waren	- 1,2	- 0,2	+ 2,0	+ 0,6
<b>Lohn- und Gehaltssumme<sup>1)</sup> in der Gesamtwirtschaft</b>				
Je Beschäftigungsverhältnis laut VGR	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,6
	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Übersicht 7: Außenhandel, Zahlungsbilanz

	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Exporte, Waren</b>				
Nominell	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,4
Real	+ 13,1	+ 7,5	+ 5,2	+ 2,0
<b>Importe, Waren</b>				
Nominell	+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 3,5
Real	+ 10,9	+ 5,7	+ 0,8	+ 4,7
Terms-of-Trade	- 1,2	- 0,2	+ 2,0	+ 0,6
<b>Handelsbilanz (laut Statistik Austria)</b>				
Mrd. €	- 5,24	- 4,44	+ 0,30	- 1,36
in % des BIP	- 2,5	- 2,1	+ 0,1	- 0,6
<b>Leistungsbilanz Accrual-Prinzip<sup>1)</sup></b>				
Mrd. €	- 5,36	- 4,13	+ 0,75	- 1,28
in % des BIP	- 2,6	- 1,9	+ 0,3	- 0,6

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> 2003: WIFO-Schätzung.

Die Europäische Zentralbank (EZB) veröffentlichte am 8. Mai 2003 in einer Pressenotiz das Ergebnis der Überprüfung ihrer geldpolitischen Strategie. Darin stellt der EZB-Rat fest, dass sowohl die quantitative Definition von Preisstabilität als auch die herausragende Rolle der Geldmenge in der Beurteilung der Risiken für die Preisstabilität beibehalten werden. Der EZB-Rat entschloss sich aber dazu, den Zielbereich für die Veränderungsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) stärker einzugrenzen. Anstelle der allgemeinen Vorgabe von "unter 2%" gegenüber dem Vorjahr wird künftig der Zielbereich auf "nahe 2%" verkleinert. Mit dieser Formulierung signalisiert die EZB, dass sie einen ausreichenden Spielraum gegen Deflationsrisiken anstrebt. Weiters wird die EZB den Referenzwert für das Geldmengenwachstum nicht mehr jährlich überprüfen. Sie möchte damit den langfristigen Charakter des Referenzwertes betonen und das Ausbleiben geldpolitischer Reaktionen auf kurzfristige Abweichungen vom Referenzwert motivieren. Vermutlich ist das eine Reaktion auf den großen Unterschied zwischen dem Referenzwert für die Wachstumsrate der Geldmenge M3 von +4,5% und den tatsächlichen Werten der letzten Jahre.

## Senkung der Leitzinsen weitgehend an Konsumenten und Unternehmen weitergegeben

Die Zinslandschaft wurde 2003 durch die Senkung der Leitzinsen in zwei Schritten um insgesamt 0,75 Prozentpunkte geprägt. Im Jahresverlauf erreichten die langfristigen Zinssätze im Juni einen Tiefpunkt, danach setzte eine leichte Korrekturphase ein. Die Kapitalkosten für private Haushalte und Unternehmen reagierten deutlich auf diese Entwicklung. Die Schwäche des Dollars dominierte den nominalen wie auch realen Anstieg des effektiven Wechselkursindex. 2003 dürften sich daraus keine ausgeprägt negativen Auswirkungen auf die Leistungsbilanz ergeben haben, sie war mit -0,4% des BIP wahrscheinlich nahezu ausgeglichen. Die positive Aufnahme der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge durch private Haushalte unterstützte die überdurchschnittliche Wertsteigerung an der Wiener Börse. Dennoch wurde das von Investmentfonds zusätzliche verwaltete Kapital überwiegend in ausländische Wertpapiere investiert. Die Kreditinstitute verbesserten trotz sinkender Zinsspanne und anhaltend schwacher Zunahme der inländischen Direktkredite ihre Eigenkapitalrendite auf 7,2%.

Die EZB senkte 2003 die Leitzinsen in zwei Schritten um insgesamt 0,75 Prozentpunkte.

## Tiefpunkt der langfristigen Zinssätze im Juni 2003

Der Rückgang des Zinsdifferentials zu deutschen Bundesanleihen verringert zusätzlich die Kapitalkosten in Österreich.

Übersicht 8: Änderungen der Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

	Einlagefazilität	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäft Zinstender In %	Basiszinssatz <sup>1)</sup>	Referenzzinssatz <sup>1)</sup>
11. Mai 2001	3,50	5,50	4,50	4,25	6,00
31. August 2001	3,25	5,25	4,25	3,75	5,50
18. September 2001	2,75	4,75	3,75	3,25	5,00
9. November 2001	2,25	4,25	3,25	2,75	4,50
6. Dezember 2002	1,75	3,75	2,75	2,75	4,00
11. Dezember 2002	1,75	3,75	2,75	2,20	4,00
7. März 2003	1,50	3,50	2,75	2,20	4,00
12. März 2003	1,50	3,50	2,50	2,20	4,00
6. Juni 2003	1,00	3,00	2,50	2,20	3,25
9. Juni 2003	1,00	3,00	2,00	1,47	3,25

Q: OeNB. – <sup>1)</sup> Früher Diskont- bzw. Lombardsatz der OeNB.

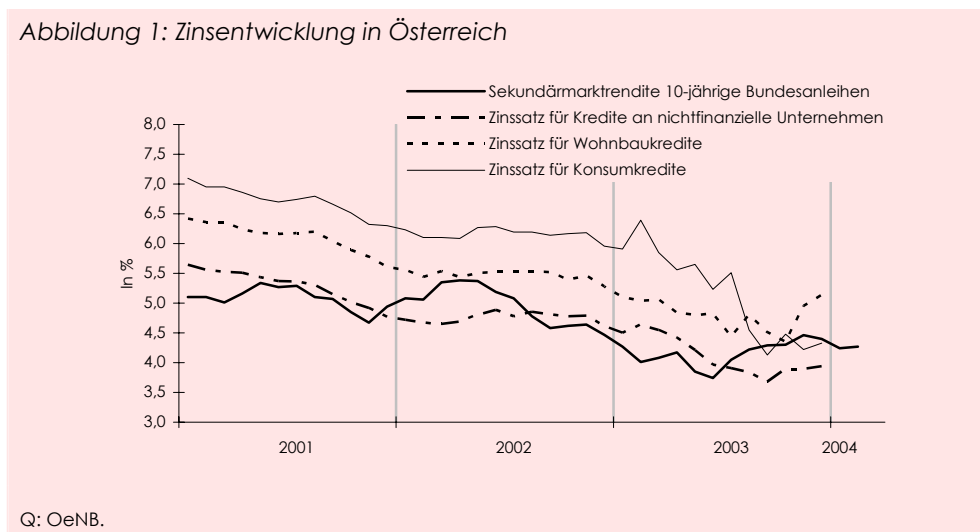
Die EZB senkte 2003 die Leitzinsen in zwei Schritten (Übersicht 8): im März, zeitgleich mit dem Höhepunkt der Irak-Krise, um 0,25 Prozentpunkte und Anfang Juni um ½ Prozentpunkt. Die Begründung beruhte auf abnehmenden Inflationserwartungen, die mit der Aufwertung des Euro und dem verhaltenen Wirtschaftswachstum in Zusammenhang gebracht wurden. Das lebhaftes Wachstum der Geldmenge M3 in der Eurozone (+7% gegenüber dem Dezember-Endstand 2002) blieb in der Entscheidung unberücksichtigt, weil in Perioden mit hoher Unsicherheit auf den Finanzmärkten und mit geopolitischen Spannungen eine erhöhte Präferenz für liquide Anlageformen bestehe.

Die Zinssätze für österreichische Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Benchmark) verringerten sich 2003 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 0,8 Prozentpunkte (Abbildung 1). Die steigende Kapitalnachfrage im öffentlichen Sektor brachte keine Erhöhung der Kapitalkosten mit sich. Ihren Tiefpunkt erreichten die langfristigen Zinssätze im Juni 2003, danach setzte eine Aufwärtsbewegung ein. Dieses Muster stimmt mit der Entwicklung in der gesamten Eurozone gut überein und dürfte auch durch Auslandsinvestitionen in die Eurozone mitbestimmt sein. Im II. Quartal 2003 erreichten die Nettoinvestitionen des Auslands in Anleihen der Eurozone 57,5 Mrd. €, im III. Quartal wurde dieser Zustrom durch eine Gegenbewegung nahezu ausgeglichen.

Eine weitere Ursache des Zinsrückgangs in Österreich ist die Abnahme des Zinsaufschlags gegenüber deutschen Bundesanleihen. Im Jahresdurchschnitt sank der Abstand um 10 Basispunkte auf 0,08 Prozentpunkte. In den EU-Mitgliedstaaten, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, schwankte 2003 der Zinsaufschlag zwischen 24 (Dänemark) und 57 Basispunkten (Schweden). Da die Geldmarktsätze 2003 um 1 Prozentpunkt niedriger waren als im Vorjahr, stieg die Zinsstrukturkurve – gemessen

am Renditeunterschied zwischen Benchmark-Anleihen und dem Dreimonats-Euribor gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig.

Abbildung 1: Zinsentwicklung in Österreich



Die OeNB änderte mit Jahresbeginn 2003 die Zinssatzstatistik für Einlagen- und Kreditzinsen.

Mit Jänner 2003 stellte die Oesterreichische Nationalbank ihre Zinssatzstatistik auf ein innerhalb der Währungsunion einheitliches System um. Die Statistik gibt nunmehr ein nach Laufzeiten gegliedertes und harmonisiertes Bild der Höhe der von Kreditinstituten an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte verrechneten Zinssätze. Der veröffentlichte Zinssatz ist jeweils der kapitalgewichtete Durchschnitt über die von allen Meldern in der entsprechenden Kategorie angegebenen Sätze. Mit der Umstellung soll die Beobachtung und Analyse des Transmissionsmechanismus von Leitzinsänderungen verbessert werden. Die Daten werden nunmehr aus einer Stichprobe von 88 Kreditinstituten erhoben.

Die Kapitalkosten für private Haushalte und Unternehmen reagierten deutlich auf die Senkung der Leitzinsen.

Abbildung 1 zeigt drei wichtige Zinssätze aus der neuen Erhebung der OeNB für das Kundengeschäft der Kreditinstitute. Der Zinssatz für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen bezieht sich auf Darlehen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr und einem Volumen unter 1 Mio. €. Zum Vergleich über die Zeit sind die Werte vor 2003 mit dem Zinssatz für Kommerzkredite aus der alten Zinssatzstatistik gemäß BWG verkettet. Die Kosten von Unternehmenskrediten verringerten sich im Jahresverlauf bis zum September und nahmen danach wieder geringfügig zu. Das Muster entspricht etwa dem der Sekundärmarktrendite für Benchmark-Anleihen. Allerdings zeigt der genaue Vergleich, dass die Senkung der Leitzinsen im März und Juni nahezu vollständig in die Kreditzinssätze weitergegeben wurde, während die Anleihezinssätze am Jahresende deutlich über dem Niveau vom März lagen. Der Zinssatz für Konsumkredite bezieht sich auf Kredite an private Haushalte für Konsumzwecke mit einer Laufzeit von 1 bis 5 Jahren. In diesem Geschäftsfeld gaben die Kreditinstitute die Verringerung der Refinanzierungskosten sogar überproportional weiter, zwischen März und Dezember sank der Zinssatz um 1,5 Prozentpunkte. Lediglich die Finanzierungskosten für Kredite an private Haushalte zum Zweck des Wohnbaus verteuerten sich im selben Zeitraum geringfügig (+0,8 Prozentpunkte). Die zur Finanzierung von Wohnbauten beliebten Fremdwährungskredite verbilligten sich im Jahresverlauf nur für Kredite in Schweizer Franken (-0,5 Prozentpunkte). Die Zinssätze für Yen-Darlehen verharrten auf dem Niveau vom Jahresbeginn.

### Aufwertung des nominellen und realen effektiven Wechselkurses

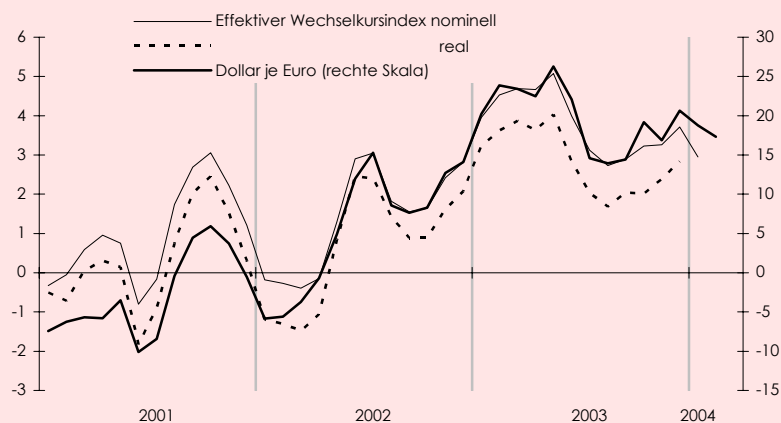
Die Entwicklung des nominell-effektiven Wechselkurses war 2003 durch die beschleunigte Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar geprägt. In der ersten Jahreshälfte lag der Außenwert des Euro gegenüber dem Dollar um etwa 20% bis 26% über dem Wert des Vorjahres. In der zweiten Jahreshälfte verflachte die Dynamik geringfügig, sodass im Jahresdurchschnitt eine Aufwertung um 19,7% zu verzeichnen war (Abbildung 2). Der Dollar hat im effektiven Wechselkursindex ein Gewicht von 7%, sodass allein diese Verschiebung etwa 1,4 Prozentpunkte der Aufwertung von insgesamt 3,8% gegenüber dem Vorjahr erklärt. Weiters trugen die Abwertung des britischen Pfund, des japanischen Yen und der türkischen Lira in nennenswertem Um-



fang zur Euro-Aufwertung bei. Weil die Inflationsrate in Österreich etwas niedriger war als im Ausland, fiel die real-effektive Aufwertung geringer aus (2003: +2,8%). Damit verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Vorjahresvergleich deutlich.

Abbildung 2: Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

Die österreichische Leistungsbilanz bewegte sich auch 2003 in einem Bereich, der als ausgeglichen zu bezeichnen ist (Übersicht 9). Die bereits vorliegenden Daten der Zahlungsströme deuten auf einen geringfügigen Abgang in einer Größenordnung von 1 Mrd. € hin, das entspricht 0,4% des nominellen Bruttoinlandsproduktes. Für die ersten drei Quartale liegen auch Werte aufgrund des Accrual-Prinzips vor: Demnach betrug das Leistungsbilanzdefizit 1,7 Mrd. €. Für das IV. Quartal prognostiziert das WIFO eine leichte Verbesserung, sodass 2003 auf Accrual-Basis ebenfalls ein Abgang von 1 Mrd. € erwartet werden kann. Die geringfügige Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr entstand durch die leichte Belebung der Warenimporte bei stagnierenden Exporten. Trotzdem blieb der Saldo im Waren- und Dienstleistungshandel mit dem Ausland auch 2003 positiv.

## Leistungsbilanz 2003 ausgeglichen

Übersicht 9: Ausgewählte Komponenten der österreichischen Zahlungsbilanz

Accrual-Basis

	1999	2000	2001	2002	2002 I. bis III. Quartal	2003 I. bis III. Quartal
	Mrd. €					
Leistungsbilanz	- 6,3	- 5,4	- 4,1	0,7	0,0	- 1,7
Güter	- 3,4	- 3,0	- 1,4	3,7	2,4	0,7
Dienstleistungen	1,6	1,7	2,1	0,9	0,9	1,1
Einkommen	- 2,7	- 2,7	- 3,4	- 2,2	- 1,6	- 2,1
Laufende Transfers	- 1,9	- 1,4	- 1,4	- 1,7	- 1,6	- 1,4
Vermögensübertragungen	- 0,2	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 0,2
Kapitalbilanz	6,6	4,7	4,2	- 3,7	- 2,4	0,7
Direktinvestitionen	- 0,3	3,4	3,1	- 4,9	- 4,2	0,2
Im Ausland	- 3,1	- 6,2	- 3,5	- 5,9	- 5,1	- 3,8
In Österreich	2,8	9,6	6,6	0,9	0,9	4,0
Portfolioinvestitionen	- 2,6	3,2	6,3	- 4,5	- 3,5	2,4
Ausländische Wertpapiere	- 27,2	- 29,2	- 12,2	- 25,1	- 22,2	- 14,3
Inländische Wertpapiere	24,7	32,4	18,6	20,6	18,7	16,6
Sonstige Investitionen	7,9	- 2,5	- 7,3	4,4	4,0	- 2,2
Finanzderivate	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,7
Offizielle Währungsreserven	2,0	0,8	2,1	1,8	1,7	1,0
Statistische Differenz	- 0,0	1,2	0,5	3,5	2,7	1,1

Q: OeNB.

Die EU-Überweisungen für Hochwasserschäden dürften 2003 die Transferbilanz Österreichs geringfügig verbessert haben.

Die Dienstleistungsbilanz dürfte sich 2003 ungewohnt ruhig entwickelt haben.

Österreich war nur kurz Nettokapitalexporteur: Bis zum III. Quartal 2003 überwogen die Kapitalimporte wieder die Kapitalexporte um 0,7 Mrd. €.

Die Einkommen aus Vermögen bewirken wegen der Nettoschuldnerposition Österreichs gegenüber dem Ausland regelmäßig ein Defizit in der Einkommensbilanz, das durch die positiven Nettoeinkünfte an Erwerbseinkommen nicht ausgeglichen wird. Auf Accrual-Basis weitete sich dieses Defizit in den ersten drei Quartalen um 0,5 Mrd. € aus. Die Cash-Bilanz deutet für das gesamte Jahr 2003 auf eine Verschlechterung um nur 0,2 Mrd. € hin. Die Transferbilanz auf Accrual-Basis wird nunmehr bereits sehr gut durch die Cash-Bilanz abgebildet. Für das Jahr 2003 muss mit einem Abgang von –1,6 Mrd. € gerechnet werden. Die Verbesserung des Saldos stimmt etwa mit der Höhe der Überweisung der EU zur Deckung von Hochwasserschäden aus dem Jahr 2002 in Österreich (134 Mio. €) überein.

Der Dienstleistungsbereich zeichnete sich 2003 durch eine ungewohnt ruhige Entwicklung aus. In allen Kategorien entsprachen die Salden etwa den Werten aus dem Vorjahr. Im Reiseverkehr dürfte der Einnahmenüberschuss ähnlich hoch gewesen sein wie im Vorjahr, der Überschuss im Bereich der sonstigen Güter verringerte sich nur wenig, und das Defizit der nicht aufteilbaren Leistungen stagnierte nach bisherigen Informationen.

Österreich war nur kurz Nettokapitalexporteur. Nach dem positiven Saldo von etwa 3,7 Mrd. € im Jahr 2002 dürfte 2003 Kapital im Ausmaß von netto etwa 1 Mrd. € importiert worden sein. Gemäß den Daten der Cash-Bilanz überwogen im gesamten Jahr die Investitionen Österreichs im Ausland in den Bereichen Direktinvestitionen, sonstige Investitionen und Finanzderivate. Die Drehung der Kapitalbilanz wurde überwiegend durch Portfolioinvestitionen des Auslands in Österreich verursacht. Den größten Anteil an dieser Drehung hatte der Verkauf von ausländischen Geldmarktpapieren durch Inländer bzw. deren ersatzlose Tilgung. Dadurch entstanden Kapitalzuflüsse im Ausmaß von 3,5 Mrd. €.

Die offiziellen Währungsreserven entwickelten sich wie in den letzten Jahren gleichförmig. Der Abgang an Reserven dürfte im gesamten Jahr 2003 etwa dieselbe Größenordnung erreicht haben wie 2002. Im Gegensatz zum Vorjahr war die Statistische Differenz 2003 vernachlässigbar gering.

## Weitere Konsolidierung der Kreditinstitute

Die positive Aufnahme der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge durch private Haushalte unterstützte die überdurchschnittliche Wertsteigerung an der Wiener Börse.

Der Marktanteil der größten fünf Kreditinstitute sank 2003 geringfügig auf 44,5%.

Die in Österreich tätigen Kreditinstitute verringerten 2003 ihr Filialnetz weiter auf 5.300 Bankstellen. Aus den 14 Fusionen, 6 Schließungen und 9 Neugründungen folgte eine Reduktion um 11 Hauptanstalten. Wesentlich größer fiel der Abbau von Zweigstellen mit 122 Plätzen aus. Neugründungen und Fusionen hatten aber nur einen Nettoabbau um 70 Zweigstellen zur Folge. Im Einklang damit wurde Personal abgebaut. Auf Vollzeitäquivalente umgerechnet, beschäftigte das Kreditwesen 2003 etwa 67.500 Personen, um 3% weniger als im Vorjahr.

Die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Kreditwirtschaft waren 2003 durch das verhaltene Wirtschaftswachstum geprägt. Der leichte Anstieg des Bruttoinlandsproduktes war von einer ebenso mäßigen Erhöhung der Sparquote der privaten Haushalte begleitet. Damit ging eine vorsichtige Kreditgestion einher. Positiv wirkte sich das Ende der Baisse auf den Aktienmärkten aus. Der ATX-Index, der die wichtigsten an der Wiener Börse gehandelten Titel berücksichtigt, stieg im Jahr 2003 um 34%. Er lag damit deutlich über dem internationalen Niveau. Die Verpflichtung zur Investition von 40% des in prämiengeförderten Zukunftsvorsorgeprodukten veranlagten Kapitals an unterkapitalisierten Börsen (2003: nur Wien) trug bereits im Jahr der Einführung zur Steigerung der Marktkapitalisierung der Wiener Börse bei.

Die österreichischen Kreditinstitute weiteten ihre Bilanzsumme 2003 insgesamt um etwa 5,5% auf 605,1 Mrd. € aus. Gleichzeitig sank die Konzentration auf dem österreichischen Markt: Die größten fünf Institute hatten 2003 einen Anteil an der gesamten Bilanzsumme von 44,5% (–1,6 Prozentpunkte).

Die Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute verlagerte sich 2003 wieder verstärkt auf das Auslandsgeschäft (Übersicht 10). Die Auslandsaktiva wurden auf 174,2 Mrd. € gesteigert, während die Direktkredite an inländische Nichtbanken auf dem Niveau von 239,5 Mrd. € nahezu stagnierten (+1,6%). Die titrierten Kredite an inländische Nichtbanken blieben ebenfalls konstant. Der hohe Rückstellungsbedarf für notleidende Kredite aus den Vorjahren dürfte zu einer vorsichtigeren Vergabepolitik geführt haben. Diese Interpretation wird durch Umfrageergebnisse der OeNB ge-

stützt. Branchen- und unternehmensspezifische Risiken wurden durch die Kreditinstitute höher eingeschätzt, und dies hatte eine Verschärfung der Bedingungen für die Kreditgewährung an Unternehmen zur Folge. Vor allem große Unternehmen waren davon betroffen. Im Geschäft mit privaten Haushalten wurden gegen Jahresmitte die Bonitätsanforderungen geringfügig angehoben.

Wegen der Schwäche der österreichischen Wirtschaft verlagerte sich 2003 die Aktivität der Kreditinstitute wieder auf das Auslandsgeschäft.

#### Übersicht 10: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

Jahresendstände

	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	Mrd. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Aktiva</b>						
Inländische Wertpapiere	50,7	50,4	51,1	- 4,4	- 0,5	+ 1,4
Anteilswerte	15,8	16,6	16,7	- 1,2	+ 5,3	+ 0,5
Festverzinsliche Wertpapiere	34,9	33,8	34,4	- 5,9	- 3,2	+ 1,8
Direktkredite	232,8	235,6	239,5	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6
An den öffentlichen Sektor	28,3	28,3	30,0	- 4,8	+ 0,2	+ 5,7
An Unternehmen	131,6	129,3	128,8	+ 3,5	- 1,8	- 0,3
An private Haushalte	62,8	66,9	69,3	+ 6,0	+ 6,6	+ 3,6
Euro-Kredite	190,5	191,3	195,5	+ 2,7	+ 0,4	+ 2,2
Fremdwährungskredite	42,3	44,3	44,0	+ 7,2	+ 4,9	- 0,9
Auslandsaktiva	156,3	155,2	174,2	- 0,9	- 0,7	+ 12,2
<b>Passiva</b>						
Sichteinlagen	37,3	40,9	48,2	+ 8,2	+ 9,4	+ 18,0
Termineinlagen	24,1	20,8	18,0	+ 31,8	- 13,8	- 13,4
Spareinlagen	125,4	127,7	132,2	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,5
Bauspareinlagen	15,3	15,2	14,8	+ 1,6	- 0,6	- 2,3
Fremdwährungseinlagen	2,7	2,4	2,6	- 19,1	- 9,3	+ 4,9
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	67,1	67,8	65,8	+ 3,8	+ 1,0	- 3,0
Auslandspassiva	174,2	166,2	180,3	- 0,3	- 4,6	+ 8,4
Bilanzsumme	587,7	573,3	605,1	+ 4,5	- 2,4	+ 5,5

Q: OeNB.

Dieses Stimmungsbild spiegelt sich auch in den Bilanzdaten des Bankensystems. Die Darlehen an Unternehmen nahmen 2003 geringfügig ab, während die Privatkredite und die Ausleihungen an den öffentlichen Sektor stiegen. Die Währungsstruktur bewegte sich leicht zugunsten von Euro-Krediten. Der Anteil der Fremdwährungskredite nahm geringfügig auf 18,4% ab. Dabei wurden verstärkt Fremdwährungskredite von Yen zu Schweizer Franken umgeschichtet: Der Anteil der Frankenkredite erhöhte sich im Jahresverlauf von etwa 50% auf drei Viertel. Neben der größeren Schwankungssensitivität des Yen-Wechselkurses ging dies auch auf den weiteren Zinsrückgang für Frankenkredite um ½ Prozentpunkt zurück. Die Verteilung der inländischen Wertpapiere auf Anteilswerte und festverzinsliche Wertpapiere blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Währungsstruktur von Fremdwährungskrediten verschob sich deutlich zugunsten des Schweizer Franken.

Die Refinanzierung der Kreditinstitute erfolgt im Inland zum Großteil über Spareinlagen. Die Zunahme um 4,5 Mrd. € ging 2003 zu 2,4 Mrd. € auf Zinsgutschriften zurück, die auf den Sparbüchern belassen wurden. Ebenfalls sehr dynamisch entwickelten sich die Sichteinlagen, während die eigenen Inlandsemissionen leicht abnahmen. Die Zunahme der Auslandspassiva hielt mit der der Auslandsaktiva nicht mit, sodass sich die Nettoauslandsfinanzierung auf 6,1 Mrd. € verringerte. Die Bauspareinlagen wurden 2003 von den privaten Haushalten deutlich eingeschränkt. Niedrige Zinssätze und der Bedeutungsverlust von Bauspardarlehen in der Wohnbaufinanzierung bieten eine Erklärung für diese Entwicklung.

Die Refinanzierung im Inland verlagerte sich von eigenen Emissionen zu Spareinlagen. Im Gegensatz zum Vorjahr wurden Zinsgutschriften überwiegend auf den Sparbüchern belassen.

Die Eigenmittel der in Österreich tätigen Kreditinstitute nahmen 2003 kräftig zu (+2,8 Mrd. €) und erreichten zum Jahresende 44,4 Mrd. €. Das Verhältnis der Eigenmittel zur Bilanzsumme verbesserte sich auf 7,3%. Diese Entwicklung spiegelt sich im Anstieg der Relation zwischen Eigenmitteln und risikogewichteten Aktiva auf 14,7%.

Das Verhältnis der Eigenmittel zur Bilanzsumme der Kreditinstitute verbesserte sich auf 7,2%.

*Investmentfonds verzeichneten 2003 geringe Nettomittelzuflüsse. Das zusätzliche verwaltete Kapital wurde überwiegend in ausländische Wertpapiere investiert.*

*Leichte Verbesserung der Betriebserträge trotz sinkender Zinsspanne und Rückgang des Kreditvolumens an Unternehmen.*

*Der Rückgang des erwarteten Wertberichtigungsbedarfs im Kreditbereich war eine der wichtigsten Quellen für die Verbesserung der Eigenkapitalrendite auf 7,2%.*

Der Nettomittelzufluss zu Investmentfonds wurde 2003 auf 4,4 Mrd. € halbiert. Durch Kursgewinne stieg dennoch der verwaltete Kapitalbestand auf 111 Mrd. €. Mit 5,5% lag die kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtpformance um mehr als 2 Prozentpunkte über der Sekundärmarktrendite österreichischer Bundesanleihen. Reine Aktienfonds erzielten nach den Verlusten der Vorjahre eine Rendite von 12,3%. Mit dem Inkrafttreten des Immobilien-Investmentfondsgesetzes am 1. September 2003 wurden die ersten österreichischen Immobilienfonds zur Zeichnung aufgelegt. Damit stehen den Anlegern nun neben den börsennotierten Immobiliengesellschaften auch Fondsanteile zur Verfügung. Der Wegfall des Währungsrisikos in der Währungsunion und der geringe Zinsvorteil österreichischer Anleihen brachten eine spürbare Verschiebung der Veranlagungsstruktur von Investmentfonds mit sich. 2003 wurden bereits 72% des Fondskapitals in ausländische Werte veranlagt (2002: 68%), der Großteil davon in Wertpapiere aus der Eurozone.

Trotz der starken Reaktion der Kreditzinssätze auf die Senkung der Leitzinsen verbesserten sich die Betriebserträge von in Österreich tätigen Kreditinstituten leicht (+1,1%). Die Dämpfung des Nettozinsetrags auf 7,06 Mrd. € (-0,3%) wurde dabei durch die Steigerung der Nettoerträge aus Provisionsgeschäften (+5,8%) und den positiven Saldo aus Finanzgeschäften (+8,4%) mehr als kompensiert. Die lebhafteste Wertsteigerung an der Wiener und an den internationalen Börsen verhalf den Kreditinstituten insbesondere zu einer Erhöhung der Provisionserträge im Wertpapiergeschäft.

Der Personalaufwand der Banken wurde gegenüber dem Vorjahr um 0,9% auf etwa 4,74 Mrd. € verringert. Gleichzeitig wurde der Sachaufwand um 1% reduziert, sodass insgesamt das Betriebsergebnis gesteigert wurde (+4,5%). Gegenüber 2002 ging der erwartete Wertberichtigungsbedarf für notleidende Kredite deutlich zurück (-14,3%). Diese Bewegung steht im Gegensatz zu dem vom Kreditschutzverband von 1870 gemeldeten Anstieg der Insolvenzfälle im Jahr 2003 auf 5.643 (2002: 5.281). Insgesamt ergibt sich daraus eine bemerkenswerte Verbesserung des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute auf 2,7 Mrd. €; die Eigenkapitalrentabilität erhöhte sich entsprechend auf 7,2% (2002: 5,3%).

Thomas Url ([Thomas.Url@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Url@wifo.ac.at))

Statistik: Ursula Glauninger ([Ursula.Glauninger@wifo.ac.at](mailto:Ursula.Glauninger@wifo.ac.at))

## Exportschwäche und Marktanteilsverluste unter ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen

*Die anhaltende Nachfrageschwäche wichtiger Handelspartner in West- und Ost-Mitteleuropa sowie die effektive Aufwertung belasteten die österreichische Warenausfuhr im Jahr 2003. Die Stärke des Euro dämpfte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft und hatte Marktanteilsverluste zur Folge.*

Die internationalen Rahmenbedingungen für den österreichischen Export waren 2003 das dritte Jahr in Folge besonders ungünstig. Während die Konjunktur in Asien sowie den USA merklichen Auftrieb erhielt, löste sich die europäische Wirtschaft nur sehr langsam aus der Stagnation. Zur nur verhaltenen Erholung bei wichtigen Handelspartnern im Euro-Raum – insbesondere Deutschland – kam eine anhaltend starke Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar, die sich in einem Anstieg des real effektiven Wechselkurses um 2,9% niederschlug und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produzenten außerhalb des Euro-Raums beeinträchtigte. Damit flachte die Steigerung der österreichischen Ausfuhr in Länder außerhalb der EU 15 deutlich von +6,1% (2002) auf +2,8% ab.

Aber auch der innergemeinschaftliche Handel (Intra-EU-Handel) verlor neuerlich an Schwung und überstieg das Vorjahresniveau im Durchschnitt um nur 0,5% – ein Ergebnis des Nachfrageausfalls von einigen der wichtigsten Handelspartner Österreichs im Euro-Raum (Deutschland, Frankreich) und in der übrigen EU (Großbritannien). Die Schwäche des Wachstums der Exporte nach Deutschland ist indirekt zum Teil ebenfalls auf die Aufwertung des Euro zurückzuführen: Diese trifft die deutsche Exportindustrie, die zu rund 57% in Länder außerhalb des Euro-Raums liefert und zu der österreichische Betriebe enge Zulieferbeziehungen unterhalten.

## Übersicht 11: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export			Import			Saldo		Terms-of-Trade		
	Werte Mrd. €	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Preise gegen das Vorjahr in %	Werte Mrd. €	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Preise gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2000	69,7	+15,6	+13,2	+ 2,2	74,9	+14,7	+ 10,8	+ 3,5	- 5,2	- 0,2	- 1,3
2001	74,3	+ 6,5	+ 7,5	- 0,9	78,7	+ 5,0	+ 5,8	- 0,7	- 4,4	+ 0,8	- 0,2
2002	77,4	+ 4,2	+ 5,2	- 0,9	77,1	- 2,0	+ 0,8	- 2,8	0,3	+ 4,7	+ 2,0
2003	78,5	+ 1,4	+ 2,0	- 0,6	79,8	+ 3,5	+ 4,8	- 1,2	- 1,4	- 1,7	+ 0,6
2003, I. Quartal	19,6	+ 4,2	.	.	20,4	+ 7,0	.	.	- 0,8	- 0,5	.
II. Quartal	19,1	- 3,0	.	.	19,5	+ 0,5	.	.	- 0,4	- 0,7	.
III. Quartal	19,2	+ 2,6	.	.	19,6	+ 3,7	.	.	- 0,4	- 0,2	.
IV. Quartal	20,5	+ 1,9	.	.	20,3	+ 3,0	.	.	0,2	- 0,2	.

Q: Statistik Austria, Preise laut WIFO.

Insgesamt wuchsen die österreichischen Exporte im Jahresdurchschnitt 2003 nominell um 1,4%. Bei rückläufigen Preisen (-0,6%) entsprach dies einer realen Wachstumsrate von 2,0%. Die Entwicklung im Jahresverlauf zeigt die größte Dynamik im I. Quartal mit einem Zuwachs von 4,2%; im II. Quartal brachen die Exporte um 3,0% ein, das Wachstum erholte sich aber im III. Quartal (+2,6%) und setzte sich etwas abgeschwächt im IV. Quartal fort (+1,9%). Gemessen an den Veränderungsrate zum jeweiligen Vorquartal zeigte sich seit dem III. Quartal ein Aufwärtstrend.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, gemessen an den relativen Lohnstückkosten und dem real-effektiven Wechselkurs, entwickelte sich 2003 ungünstig. Erstmals seit 1995 verschlechterte sich die Lohnstückkostenposition in der Sachgütererzeugung gegenüber den Handelspartnern um 2,1%. Der nominell-effektive Wechselkurs signalisiert für 2003 eine Aufwertung gegenüber den Währungen der Handelspartner im Ausmaß von 3,7%, unter Berücksichtigung der länderspezifischen Preisentwicklung stieg der real-effektive Wechselkursindex um 2,9%. Nach vorläufigen Daten gingen die österreichischen Exportpreise 2003 aufgrund des verhaltenen Anstiegs der Produzentenpreise, der ungünstigen Konjunkturlage auf wichtigen österreichischen Exportmärkten in Europa sowie des durch die Aufwertung verstärkten Konkurrenzdruckes leicht zurück (-0,6%). Gleichzeitig sanken durch die Aufwertung die Importpreise trotz der Rohölverteuerung um 1,2%. Das Austauschverhältnis gemessen an den Terms-of-Trade verbesserte sich dadurch etwas.

Die relative Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit schlug sich in Marktanteilsverlusten nieder: Die reale Wachstumsrate der Exporte lag um 2,2 Prozentpunkte unter dem errechneten Wachstum der österreichischen Ausfuhrmärkte (Veränderung der Gesamtimporte der Handelspartner, gewichtet mit dem Anteil am österreichischen Export) von 4,2% (vorläufige Daten). Die nominelle Rechnung mit Daten bis einschließlich Oktober 2003 weist allerdings auf eine Ausweitung des Marktanteils österreichischer Lieferanten am Export aller OECD-Länder um 6,7% hin.

Diese Divergenz in der nominellen und realen Rechnung kann kurzfristig infolge von starken Wechselkursschwankungen auftreten. Die Ermittlung realer, d. h. um Preis- und Wechselkurseffekte bereinigter Marktanteile ist in solchen Fällen wichtig, aber mangels regionaler Preisstatistiken nur eingeschränkt möglich: Die Exporte in die einzelnen Länder müssten jeweils mit einem eigenen Exportpreisindex deflationiert werden, ebenso die Importe des Ziellandes. Als Annäherung kann man jeweils die Exportpreise des Exportlandes und die Importpreise des Importlandes insgesamt heranziehen<sup>1)</sup>. Für das Jahr 2003 stehen dafür aber kaum Daten zur Verfügung. Dar-

<sup>1)</sup> Marktanteile können grundsätzlich auf zwei verschiedene Arten berechnet werden. Üblicherweise werden sie nach dem "Importlandkonzept" ermittelt: Dabei wird z. B. der nominelle österreichische Marktanteil in den USA als das Verhältnis von Importen der USA aus Österreich zu den Gesamtimporten der USA (weltweit oder aus den OECD-Ländern) berechnet. Liegen keine entsprechenden Importdaten vor (wie häufig für Entwicklungsländer oder viele der früheren Planwirtschaften), so wird das Exportkonzept angewandt: Der nominelle Marktanteil Österreichs in den USA ergibt sich dann aus dem Verhältnis der Exporte Österreichs in die USA zu den Exporten der Welt (oder der OECD) in die USA. Reale Marktanteile errechnet man, indem man diese

### Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit

über hinaus basiert die offizielle österreichische Statistik zu den Außenhandelspreisen auf Durchschnittswerten ("Unit Values": Export- bzw. Importerlöse je kg), die aber die tatsächliche Entwicklung der Preise nur schlecht wiedergeben können und teilweise sehr unplausible Ergebnisse bringen. Aus diesem Grund zieht das WIFO als Annäherung die entsprechenden Preise aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) heran<sup>2)</sup>. Eine beispielhafte Berechnung von realen Marktanteilen Österreichs und deren Entwicklung aufgrund dieser Preisdaten in den USA und in Deutschland ergibt für das Jahr 2003 Marktanteilsverluste von 6,0% in den USA und von 4,3% in Deutschland.

**Nachfrageausfall auf den wichtigsten Märkten der EU 15 – deutliche Abflachung der Exportdynamik im Extra-EU-Handel**

Die Entwicklung der Exporte spiegelt vor allem die Nachfrageschwäche auf dem wichtigsten Exportmarkt Deutschland wider. Nach nur mäßigem Wachstum der Ausfuhr in den zwei Jahren zuvor verringerte sich die Dynamik 2003 nochmals deutlich auf nur +0,9%. Die Zuwachsrate der Ausfuhr nach Italien, dem zweitwichtigsten Bestimmungsland österreichischer Exporte, war mit 5,5% etwas höher als im Jahr zuvor. Auf den anderen wichtigen Exportmärkten der EU 15 nahm die Ausfuhr nur schwach zu (Frankreich +1,8%) oder brach ein (Großbritannien -6,1%, Spanien -6,3%, Niederlande -12,3%).

Übersicht 12: Regionalstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	2003 Anteile in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Anteile in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Mrd. €	2003
OECD <sup>1)</sup>	85,0	+ 3,5	87,5	- 1,7	- 1,4	- 3,1
EU 25 (Intra-Handel)	72,3	+ 3,5	76,6	- 1,2	- 2,3	- 4,4
EU 15 (Intra-Handel)	59,5	+ 3,0	65,9	- 1,5	- 4,2	- 5,8
10 EU-Beitrittsländer	12,7	+ 5,9	10,7	+ 1,0	1,9	1,4
MOEL 5 <sup>2)</sup>	12,3	+ 4,9	10,6	+ 1,0	1,6	1,2
Ungarn	4,0	+ 0,6	3,2	- 4,9	0,8	0,6
Tschechien	3,1	+ 4,5	3,3	+ 5,5	0,0	- 0,2
Baltikum	0,3	+ 25,7	0,1	+ 1,9	0,2	0,2
Euro-Raum	53,4	+ 3,0	61,7	- 1,4	- 5,7	- 7,3
Deutschland	31,9	+ 2,6	40,8	- 2,6	- 6,3	- 7,6
Italien	8,8	+ 3,5	7,0	- 1,7	1,0	1,3
EU 25 (Extra-Handel)	27,7	+ 6,2	23,4	- 4,6	2,5	3,1
EU 15 (Extra-Handel)	40,5	+ 6,1	34,1	- 3,0	4,5	4,5
Sonstiges Westeuropa	6,8	+ 6,8	4,6	+ 1,8	1,8	1,7
EFTA	5,9	+ 4,4	3,7	- 1,1	1,8	1,7
Schweiz	5,2	+ 5,5	3,3	+ 0,2	1,5	1,4
Andere	0,9	+ 32,0	0,9	+ 17,4	- 0,1	0,0
Industriestaaten in Übersee	7,7	+ 3,0	6,7	- 10,2	0,1	0,7
NAFTA	6,2	+ 0,6	4,5	- 11,6	0,5	1,2
USA	5,2	+ 2,0	4,0	- 11,3	0,3	0,9
Japan	1,1	+ 0,4	2,2	- 6,4	- 0,7	- 0,9
Südosteuropa <sup>3)</sup>	3,8	+ 17,8	1,6	+ 16,1	1,6	1,8
GUS	2,2	+ 0,7	2,4	+ 0,3	- 0,4	- 0,2
Entwicklungsländer	7,3	+ 6,4	8,1	- 6,5	- 0,5	- 0,8
OPEC	1,5	- 12,1	1,3	- 14,4	0,1	0,2
NOPEC	5,8	+ 11,7	6,8	- 4,8	- 0,5	- 0,9
China	1,1	+ 38,6	2,2	+ 3,3	- 0,2	- 0,9
6 dynamische Länder Asiens <sup>4)</sup>	1,7	+ 9,6	2,1	- 13,8	- 0,6	- 0,3
Südamerika	0,8	- 23,6	0,7	- 3,9	0,1	0,1
Insgesamt	100,0	+ 4,2	100,0	- 2,0	0,3	- 1,4

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Einschließlich Mexikos, Südkoreas, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Polens. – <sup>2)</sup> Ungarn, Polen, Slowenien Tschechien, Slowakei. – <sup>3)</sup> Albanien, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien. – <sup>4)</sup> Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

Auch der Export in Länder außerhalb der EU verlor mit +2,8% gegenüber den letzten Jahren neuerlich deutlich an Schwung. Die mäßige Exportkonjunktur in den ostmit-

nominellen Marktanteile um die relativen Dollarpreise, also österreichische Exportpreise im Verhältnis zu Importpreisen des Ziellandes, korrigiert.

<sup>2)</sup> Für das Jahr 2003 wird die vorläufige Berechnung der Preise aus der quartalsweisen VGR des WIFO verwendet.

teleuropäischen Ländern (MOEL 5) aufgrund der Stagnation wichtiger europäischer Absatzmärkte dämpfte 2003 das österreichische Ausfuhrwachstum ebenso wie der Einbruch der Exporte in die Schweiz (-0,3%) sowie den südostasiatischen Raum ("Vier Tiger" -13,4%, "6 dynamische Länder" -9,1%, China -23,3%, Japan -6,2%). Vor dem Hintergrund der guten Konjunktur in Fernost ist das schlechte Abschneiden der österreichischen Exporteure auf diesen Märkten enttäuschend. Wettbewerbsnachteile aufgrund der Stärke des Euro in Relation zu den jeweiligen fernöstlichen Währungen spielten dabei mit eine Rolle. Eine Studie des WIFO zu Exportpotentialen der österreichischen Industrie zeigt zudem auf, dass die Branchenstruktur des österreichischen Exportangebotes zu wenig an die Nachfragestruktur der dynamischen Märkte in Fernost angepasst ist<sup>3)</sup>.

Wichtigste Stütze des österreichischen Exports waren die Märkte Südosteuropas (+10,4%; Rumänien +24,8%, Bulgarien +11,4%) sowie der GUS (+24,7%). Eher schwach war das Wachstum der Ausfuhr nach Ost-Mitteuropa (MOEL 5), es verlangsamte sich weiter von 4,9% im Jahr zuvor auf 3,2% im Jahr 2003. Der Export in die 10 EU-Erweiterungsländer wuchs um 3,0%.

Der Außenhandel entwickelte sich in der Gruppe der zentraleuropäischen Beitrittsländer jedoch sehr unterschiedlich. Die größte Dynamik verzeichnete die Ausfuhr in die baltischen Staaten (+19,7%), weniger Schwung zeigte die Ausfuhr in die MOEL 5 – ein Ergebnis, das vor allem auf den Nachfrageausfall Ungarns zurückzuführen ist. Die Exporte nach Ungarn waren das dritte Jahr in Folge rückläufig. Eine drastische Zinserhöhung sowie die eigene Schwäche der Exportkonjunktur aufgrund der Stagnation der wichtigsten Absatzmärkte Ungarns in der EU 15 dämpften 2003 das Wachstum und damit die Importnachfrage des wichtigsten Handelspartners Österreichs unter den Beitrittsländern. Der Rückgang konzentrierte sich auf Lieferungen der Maschinen- und Fahrzeugindustrie. Kurzfristig dürften auch die Schließung von in Österreich produzierenden Unternehmen mit Exporten nach Ungarn sowie eine teilweise Substitution von Warenexporten durch Direktinvestitionen eine Rolle gespielt haben. Der österreichische Außenhandel mit Ungarn – wie allgemein mit den Nachbarstaaten unter den MOEL 5 – ist in letzter Zeit auch durch einen verstärkten Handel mit Zwischenprodukten und Vorleistungen im Rahmen einer intensivierten vertikalen Arbeitsteilung gekennzeichnet, die zu einem großen Teil über "vertikale Direktinvestitionen" (Auslagerung von Teilen der Produktion des österreichischen Unternehmens) erfolgt<sup>4)</sup>. Vertikale Direktinvestitionen und Exporte stehen aber in einer komplementären Beziehung zueinander: Direktinvestitionen ziehen neue Exporte nach sich.

Schon seit 1997 büßt die österreichische Wirtschaft in Ungarn Marktanteile ein. Nach der außergewöhnlichen Ausweitung der Exporte unmittelbar nach der Ostöffnung und mit dem Nachdrängen anderer Länder waren diese Positionsverluste teilweise unvermeidlich und sollten nicht allgemein als Misserfolg, jedoch als Warnsignal interpretiert werden.

Nur schwach gesteigert wurden 2003 die österreichischen Exporte nach Polen (+2,5%). Eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Anbieter durch die Aufwertung des Euro gegenüber der polnischen Währung um 14% dürfte hier mit eine Rolle gespielt haben. Kräftiger entwickelte sich die Ausfuhr in die Slowakei (+11,4%), nach Slowenien (+10,8%) sowie Tschechien (+7,1%).

Der Anteil aller früheren Planwirtschaften am österreichischen Gesamtexport betrug im Jahr 2003 18,7%, die acht ostmitteleuropäischen Beitrittsländer waren mit 12,6% an der Gesamtausfuhr beteiligt. Sie waren damit – nach der EU – die wichtigste Exportregion. Einschließlich Maltas und Zyperns ergibt sich für alle Länder, die heuer der EU beitreten, ein Anteil von 12,7%. Mit der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 werden demnach fast drei Viertel des österreichischen Außenhandels innergemeinschaftlicher Warenaustausch mit den wesentlichen Merkmalen des Binnenhandels

<sup>3)</sup> Wolfmayr, Y., Stankovsky, J., Interessante Absatzmärkte und Exportpotentiale für die österreichische Industrie, WIFO, Wien, 2003, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24851](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24851).

<sup>4)</sup> Siehe dazu Wolfmayr, Y., "Österreichs Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern", in diesem Heft, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24980](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24980).

sein (Intra-EU-Handel). Detaillierte Informationen zum österreichischen Außenhandel mit den Beitrittsländern bietet ein eigener Beitrag in diesem Heft (Wolfmayr, 2004).

Neben der starken Expansion des österreichischen Außenhandels mit Ost-Mittel-europa entwickelte im Laufe der neunziger Jahre auch der Handel mit Nordamerika eine außergewöhnliche Dynamik. Sie kam aber schon im Jahr 2002 – belastet durch die Konjunkturabschwächung, aber auch die Euro-Aufwertung – zum Erliegen und lebte 2003 nicht wieder auf. Die Exporte in die USA waren um nur rund 2% höher als 2002. Die Lieferungen waren dabei im 1. Halbjahr 2003 stark rückläufig (-7,0%), erholten sich aber im 2. Halbjahr – getragen vor allem durch Exporte von Maschinen und Fahrzeugen – kräftig. Mit einem Anteil von 5,2% waren die USA im Jahr 2003 bereits der dritt wichtigste Markt österreichischer Exporte.

Die Investitionsschwäche im Euro-Raum, insbesondere in Deutschland war bestimmend für das ungünstige Ergebnis der österreichischen Lieferanten von Maschinen und Fahrzeugen (-0,6%). Einen Exportrückgang verzeichneten die wichtigen Bereiche Autozulieferindustrie (-3,6%) sowie Pkw-Erzeugung (-10,8%), die Lieferungen von Büro- und EDV-Maschinen (-9,0%) sowie Nachrichtengeräten (-16,2%; zusätzlich Schließung einer österreichischen Produktionsstätte für TV-Geräte).

Die Warenimporte stiegen im Jahr 2003 mit nominell +3,5% und real +4,8% deutlich kräftiger als der Export. Die Impulse kamen dabei vor allem aus der merklichen Belebung der Ausrüstungsinvestitionen – einer Nachfragekomponente mit sehr hohem Importgehalt (60%). Nach dem Einbruch der Investitionen in den letzten zwei Jahren (insbesondere 2002) ist der Zuwachs der Investitionen um 6% 2003 ein Ergebnis von Nachholeffekten, aber auch der Investitionszuwachsprämie, die Anreize zum Vorziehen von Projekten setzte.

Die anderen Nachfragekomponenten mit überdurchschnittlicher Importwirkung – Exporte und Käufe dauerhafter Konsumgüter – blieben schwach. Allerdings entwickelte sich die Nachfrage nach Pkw, ein Teilbereich des Handels mit dauerhaften Konsumgütern, besonders günstig. Ausschlaggebend dafür war ein "Echoeffekt": Zuletzt waren 1999 vor der NOVA-Einführung in großem Ausmaß Pkw angeschafft worden; da im Durchschnitt Pkw nach drei bis vier Jahren ersetzt werden, trat 2003 der Echoeffekt auf. Er wurde durch die Einführung neuer Automodelle zusätzlich verstärkt<sup>5)</sup>.

**Lieferungen von Maschinen und Fahrzeugen rückläufig**

**Unerwartet hohe Importe durch Belebung der Ausrüstungsinvestitionen und Nachfrage nach Pkw**

Übersicht 13: Warenstruktur des Außenhandels

	2003	Export	2003	2003	Import	2003	Saldo	2003
	Anteile in %	2002	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	2002	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002	Mrd. €
Nahrungsmittel	5,9	+ 7,5	+ 12,1	6,0	+ 3,8	+ 3,6	- 0,5	- 0,2
Rohstoffe	3,3	+ 5,2	+ 2,2	3,7	+ 1,0	- 0,7	- 0,4	- 0,4
Holz	1,7	+ 4,9	+ 3,3	1,0	+ 1,7	- 0,3	0,5	0,6
Brennstoffe	2,5	+ 26,8	+ 7,2	8,0	+ 4,2	+ 11,8	- 3,9	- 4,4
Chemische Erzeugnisse	10,2	+ 12,0	+ 0,5	11,2	+ 5,5	+ 2,8	- 0,8	- 1,0
Bearbeitete Waren	22,7	+ 0,7	+ 3,1	16,0	- 5,7	+ 2,2	4,8	5,1
Papier	4,7	+ 6,1	+ 2,9	2,1	- 5,4	+ 2,7	2,0	2,0
Textilien	2,2	- 3,1	- 5,0	2,0	- 4,4	- 0,1	0,3	0,2
Eisen, Stahl	4,3	- 1,6	+ 8,1	2,3	- 4,0	+ 8,7	1,4	1,5
Maschinen, Fahrzeuge	41,9	+ 2,9	- 0,6	39,2	- 5,0	+ 4,3	3,0	1,6
Pkw	3,9	+ 7,9	- 10,8	5,8	- 1,4	+ 14,3	- 0,6	- 1,5
Autozulieferindustrie	10,5	+ 4,2	- 3,6	10,9	- 2,1	+ 1,1	- 0,0	- 0,4
Konsumnahe Fertigwaren	13,0	+ 1,8	+ 1,3	15,3	- 2,0	+ 0,1	- 2,1	- 2,0
Insgesamt	100,0	+ 4,2	+ 1,4	100,0	- 2,0	+ 3,5	0,3	- 1,4

Q: Statistik Austria.

Aufgrund dieser Struktur der Endnachfrage stieg die Einfuhr von Maschinen und Fahrzeugen mit +4,3% am kräftigsten (insbesondere Pkw: +14,3%), die Einfuhr bearbeiteter Waren erhöhte sich um 2,2%. Relativ stark belebte sich im Teilbereich "Bearbeitete Waren" die Importnachfrage nach Eisen und Stahl (+8,7%). Die Einfuhr von

<sup>5)</sup> Siehe dazu weiter unten das Kapitel "Privater Konsum entwickelt sich günstig".



konsumnahen Fertigwaren stagnierte. Leicht rückläufig waren die Importe von Rohstoffen (-0,7%). Gegenüber dem Vorjahr wurden die importierten Mengen einiger wichtiger Energieträger teils erheblich ausgeweitet (Erdgas +22%, Strom +23,6%, Erdölprodukte +18,1%), Erdöl wurde um -5,7% weniger eingeführt. Insgesamt stiegen die Brennstoffimporte um 11,8%. Die österreichischen Importpreise von Erdöl, der wichtigsten Komponente im Energieimport, überschritten mit 29,9 \$ je Barrel das Niveau von 2002 um 19,6%. Der markante Anstieg der Rohölpreise belastete aber 2003 die Energierechnung aufgrund der gleichzeitig starken Aufwertung des Euro nicht wesentlich. Auf Euro-Basis waren die österreichischen Importpreise von Erdöl 2003 mit -0,1% sogar leicht rückläufig.

Übersicht 14: Österreichs Energieimporte

	1999	2000	2001	2002	2003
			Mrd. €		
Brennstoffe, Energie	2,9	4,9	5,5	5,7	6,4
Erdöl und -erzeugnisse	2,0	3,4	3,3	3,3	3,5
Erdöl	0,9	1,7	1,7	1,6	1,5
Anteile am Gesamtimport in %					
Brennstoffe, Energie	4,4	6,5	7,0	7,4	8,0
Erdöl und -erzeugnisse	3,0	4,5	4,2	4,2	4,4
Erdöl	1,4	2,3	2,1	2,1	1,9
In % des BIP					
Brennstoffe, Energie	1,5	2,4	2,6	2,6	2,9
Erdöl und -erzeugnisse	1,0	1,6	1,5	1,5	1,6
Erdöl	0,5	0,8	0,8	0,7	0,7
Erdölpreise					
Importpreis € je t	121,7	238,5	212,6	196,4	196,1
\$ je Barrel	17,5	29,3	25,6	25,0	29,9

Q: Statistik Austria, WIFO.

Vor allem wegen der unerwartet kräftigen Zunahme der Importe durch Vorzieheffekte im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen, der regen Importnachfrage nach Pkw und der schwachen Exportentwicklung verschlechterte sich 2003 der Saldo der Handelsbilanz um 1,7 Mrd. € und drehte sich wieder in ein Passivum. Das Handelsbilanzdefizit betrug damit 2003 1,4 Mrd. €, die Defizitquote -0,6% des BIP. Dies ging vor allem auf den negativen Saldo im Handel mit Maschinen und Fahrzeugen zurück (-1,4 Mrd. €), ein geringerer Beitrag zur Gesamtverschlechterung kam aus dem Bereich der Brennstoffe sowie der chemischen Erzeugnisse.

Im Handel mit Ost-Mittleuropa und Südosteuropa, neuerlich auch im Handel mit den Industriestaaten in Übersee erzielte Österreich einen Überschuss, dem Defizite mit der EU und den meisten fernöstlichen Ländern sowie der GUS gegenüberstanden. 2003 beeinflusste der rege Import von Investitionsgütern vor allem das Handelsergebnis mit Deutschland, das 41% der österreichischen Importe von Maschinen und Fahrzeugen ausmacht. Die Handelsbilanz mit Deutschland verschlechterte sich im Bereich Maschinen und Fahrzeuge um 1 Mrd. €, insgesamt stieg das Defizit mit Österreichs wichtigstem Handelspartner um 1,3 Mrd. €.

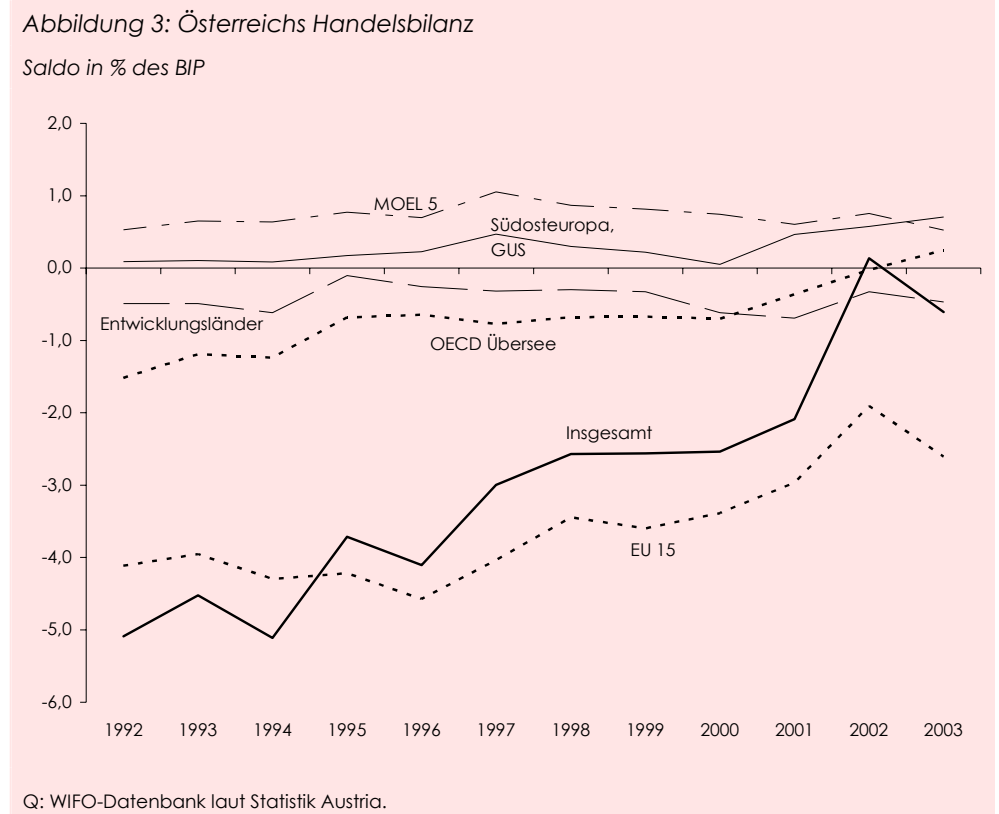
Trotz der relativ deutlichen Verschlechterung der Handelsbilanz 2003 zeigt der längerfristige Vergleich eine anhaltende Tendenz zur Verringerung des österreichischen Handelsungleichgewichtes. Ausschlaggebend waren dafür der Exporterfolg und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportindustrie in den Industrieländern: Seit Mitte der neunziger Jahre ist insbesondere im Handel mit der EU 15, aber auch mit den OECD-Staaten in Übersee eine Nivellierung der Handelsungleichgewichte zu beobachten. Darüber hinaus trugen die Ostöffnung und vor allem die positive Bilanz mit den MOEL 5 (Ende der neunziger Jahre rund 0,9% des BIP) maßgeblich zur Dämpfung des Defizits in der österreichischen

### Wieder Defizit in der Handelsbilanz

### Handelsbilanz und Exportstruktur zeigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit an

Handelsbilanz bei, seit 2000 auch der positive Saldo im Außenhandel mit Südosteuropa.

Seit 1997 verringert sich der Exportüberschuss gegenüber Ost-Mitteleuropa. Zum Teil geht dies auf einen erhöhten Vorleistungsbezug im Rahmen einer fortschreitenden vertikalen Arbeitsteilung mit diesen Staaten zurück. Der kostengünstige Bezug aus dieser Region ermöglichte aber in vielen Bereichen eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und damit die bessere Durchsetzung auf den Märkten der Industriestaaten (Wolfmayr, 2004).



Aber auch die Struktur der nationalen Produktionskapazitäten hat unmittelbaren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Mittel- bis langfristig kann die Konkurrenzfähigkeit nur durch einen Strukturwandel zugunsten moderner, innovativer und technologisch anspruchsvoller Produkte erhalten bzw. gesteigert werden. In einem Vergleich der Industrieländer ist die österreichische Produktionsstruktur von einer zu großen Spezialisierung auf Branchen mit mittlerem bis niedrigem Technologieniveau geprägt. Allerdings gibt es deutliche Anzeichen, dass dieser Strukturwandel zugunsten höherwertiger, technologieintensiver Produkte in der österreichischen Exportindustrie im Gang ist. Zugleich ist ein intra-sektoraler Wandel zu höheren Qualitätsstufen zu beobachten, vor allem für Produkte mittlerer und hoher Technologie sowie skill-intensiven Bereichen<sup>4)</sup>.

Yvonne Wolfmayr ([Yvonne.Wolfmayr-Schnitzer@wifo.ac.at](mailto:Yvonne.Wolfmayr-Schnitzer@wifo.ac.at))  
Statistik: Gabriele Wellan ([Gabriele.Wellan@wifo.ac.at](mailto:Gabriele.Wellan@wifo.ac.at))

<sup>4)</sup> Hutschenreiter, G., Peneder, M., "Austria's Technology Gap in Foreign Trade", Austrian Economic Quarterly, 1997, 2(2), S. 75-86, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=405](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=405); Peneder, M., "Industrial Structure and Aggregate Growth", WIFO Working Papers, 2002, (182), [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=22462](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22462); Wolfmayr, Y., "Außenhandelsstruktur der österreichischen Industrie", in Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), Österreichs Außenwirtschaft. Das Jahrbuch 2003/2004, Wien, 2004 (erscheint demnächst).

Drei wichtige Faktoren dämpften 2003 die globale Tourismusentwicklung: der Irak-Konflikt, das Auftreten einer SARS-Epidemie und eine schwache internationale Konjunktur. Nach vorläufigen Berechnungen ging der internationale Tourismus gemessen an der Zahl der Ankünfte (2003: 694 Mio.)<sup>7)</sup> weltweit um 1,2% zurück. Dies war weitgehend auf den durch die SARS-Panik ausgelösten Nachfrageeinbruch in Asien und im Pazifischen Raum zurückzuführen (internationale Touristenankünfte: -9,3%). Nordamerika verzeichnete eine Abnahme der internationalen Nachfrage um 6,7%, in Europa wurde das Vorjahresniveau etwa gehalten. Alle anderen Länderblöcke verzeichneten eine Steigerung der internationalen Gästeankünfte.

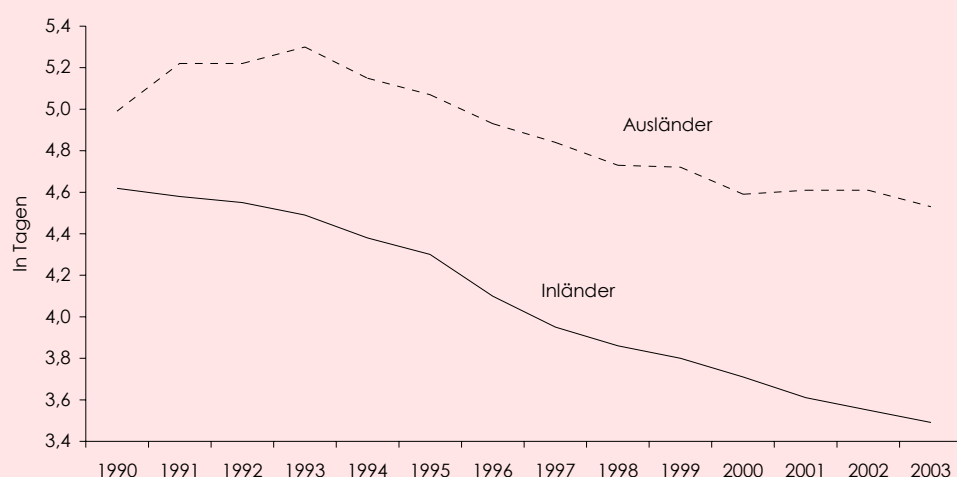
Im Gegensatz zur internationalen Entwicklung nahm die Zahl der ausländischen Gästeankünfte in Österreich 2003 um 2,5% zu und erreichte neuerlich einen Höchstwert von 19,1 Mio. Dieser Wachstumsvorsprung bedeutete eine weitere Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition Österreichs. Dies zeigt sich nicht nur auf Basis von quantitativen Größen, sondern auch anhand der internationalen europäischen Zahlungsströme: Durch die Steigerung der Tourismusexporte um 3% (real +0,7%) auf 12,2 Mrd. € (einschließlich Personentransport +4% auf 14,5 Mrd. €; real +1,7%) erhöhte die österreichische Tourismuswirtschaft ihren Marktanteil trotz sinkender Aufenthaltsdauer um 4,8%. Damit gehört Österreich gemeinsam mit Belgien und Luxemburg, Irland und Spanien zu den Ländern mit den stärksten Marktanteilsgewinnen in Europa.

## Welttourismus rückläufig – Österreich gewinnt weiterhin Marktanteile

### Neuerlich schwieriges Jahr im Welttourismus

### Position auf den Nahmärkten verbessert

Abbildung 4: Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen



Q: Statistik Austria.

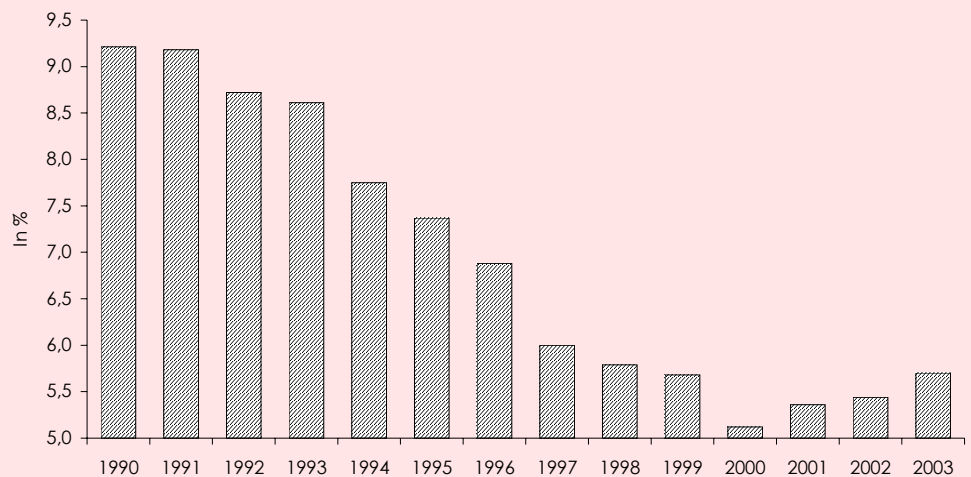
Diese Verbesserung der Wettbewerbsposition ging ähnlich wie in den Vorjahren in erster Linie auf Qualitäts- und Strukturverbesserungen sowie auf die erfolgreiche Vermarktung als qualitativ hochwertige Tourismusdestination zurück. Weiters wirkte sich die wachsende Verunsicherung der Gäste angesichts der erhöhten Reiserisiken zugunsten Österreichs aus.

Österreich gewann Marktanteile hauptsächlich auf den Nahmärkten. Dies gilt insbesondere für Deutschland, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Insgesamt dürften 2003 die wechselkursbedingten Ablenkungseffekte in relativ billiger gewordene "Dollar-Reiseziele" gering gewesen sein.

Die Ausgaben der Österreicher für Inlandsaufenthalte expandierten mit +5,1% (real +2,5%) nach einer Stagnation im Jahr 2002 relativ kräftig und überstiegen das Wachstum der Tourismusimporte um 1 Prozentpunkt.

<sup>7)</sup> WTO, World Tourism Barometer, 2004, 2(1).

Abbildung 5: Entwicklung des nominellen Marktanteils Österreichs im internationalen europäischen Tourismus



Q: IMF, OeNB, WIFO-Berechnungen. Ohne internationalen Personentransport; 2003: Schätzung.

**Städtetourismus stützt Gesamtergebnis**

In der Wintersaison 2002/03 belebten sich die Tourismusumsätze etwas gegenüber den Vergleichswerten des Vorjahres und erreichten eine Zuwachsrate von 3,6% (2001/02 +1,8%); dabei wuchs die Auslandsnachfrage mit +4% rascher als die Inlandsnachfrage (+1,7%).

Übersicht 15: Entwicklung von Ankünften und Übernachtungen nach der Herkunft

	Ankünfte					Übernachtungen				
	1997	2000	2001	2002	2003	1997	2000	2001	2002	2003
	In 1.000									
<i>Insgesamt</i>	23.860	26.378	26.894	27.360	28.134	109.066	113.686	115.111	116.804	117.967
<i>Inländer</i>	7.217	8.396	8.714	8.749	9.056	28.504	31.153	31.442	31.013	31.619
Wien	1.467	1.652	1.635	1.639	2.096	7.644	7.871	7.641	7.458	8.429
Andere Bundesländer	5.750	6.744	7.079	7.110	6.960	20.860	23.282	23.801	23.555	23.190
<i>Ausländer insgesamt</i>	16.642	17.982	18.180	18.611	19.078	80.562	82.534	83.669	85.792	86.348
Belgien, Luxemburg	391	380	393	409	431	2.427	2.216	2.265	2.389	2.481
Dänemark	163	186	202	207	214	781	879	953	980	988
Deutschland	9.390	9.990	10.145	10.349	10.468	52.822	52.334	52.786	53.521	52.805
Finnland	38	50	55	53	53	140	174	187	180	183
Frankreich	487	387	385	406	436	1.851	1.461	1.443	1.562	1.612
Griechenland	52	55	60	62	67	157	169	171	179	196
Großbritannien	532	667	646	685	663	2.478	3.066	3.037	3.241	3.200
Italien	896	911	964	995	1.090	2.378	2.534	2.684	2.812	3.004
Niederlanden	1.032	1.186	1.238	1.350	1.418	6.728	7.376	7.682	8.226	8.518
Norwegen	51	47	48	53	51	170	157	159	171	165
Schweden	156	172	163	161	157	613	678	650	649	627
Schweiz	700	737	779	817	888	2.783	2.892	3.092	3.285	3.540
Polen	157	182	187	193	185	587	755	791	841	830
Tschechien, Slowakei	211	251	273	276	320	649	836	920	953	1.107
Ungarn	184	215	235	248	287	600	729	788	860	1.009
Australien, Neuseeland	95	124	108	97	104	204	279	241	241	243
Japan	267	294	255	240	222	558	584	528	482	457
Kanada	55	69	66	65	66	140	178	176	172	174
USA	579	781	639	512	485	1.411	1.876	1.580	1.341	1.249
Andere Länder	1.206	1.298	1.339	1.431	1.472	3.085	3.361	3.535	3.706	3.959

Q: Statistik Austria.

Von den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsländern stiegen die Nächtigungen von Gästen aus Japan, der Schweiz, Großbritannien, Belgien, den USA und den Niederlanden deutlich. Die Zahl der Übernachtungen deutscher, schwedischer und italienischer Gäste war rückläufig.

Der Städtetourismus entwickelte sich überdurchschnittlich; relativ kräftige Zuwächse verzeichneten Graz (Europäische Kulturhauptstadt 2003), St. Pölten, Linz, Klagenfurt und Salzburg.

Im Gegensatz zur Wintersaison schwächten sich im Sommerhalbjahr 2003 die Tourismusumsätze gegenüber der Vergleichsperiode 2002 ab (+4,8%, 2002 +7,2%). Die Ausgaben der Österreicher für Inlandsaufenthalte expandierten im Sommer mit +6% stärker als die Aufwendungen von ausländischen Gästen in Österreich (+4,5%).

Insbesondere aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei, Italien, der Schweiz, Spanien, den Niederlanden, Frankreich und Belgien nährten mehr Gäste in Österreich. Einbußen wurden auf den Herkunftsmärkten Japan, USA, Großbritannien und Polen verzeichnet. Die Nächtigungsnachfrage aus Deutschland stagnierte.

Ähnlich wie in der Wintersaison entwickelte sich der Städtetourismus günstiger als im übrigen Österreich.

Die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Basisdaten des Tourismus-Satellitenkontos (TSA) beziehen sich auf das Jahr 2002<sup>8)</sup>, für 2003 liegen nur vorläufige Berechnungen vor.

Demnach entfielen im Jahr 2003 53,3% der Gesamtausgaben für Urlaubs- und Geschäftsreisen sowie Verwandten und Bekanntenbesuche von 27,40 Mrd. € (2002: 26,23 Mrd. €) auf ausländische Besucher, 43,4% auf inländische Reisende und 3,3% auf die Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern bzw. Zweitwohnungen.

Die Ausgaben der inländischen Reisenden für in Österreich gelegene Ziele waren zu 56,4% den übernachtenden Touristen und zu 43,7% den Tagesbesuchern zuzurechnen, während 88,8% der Aufwendungen der ausländischen Besucher auf den Übernachtungstourismus entfielen.

Die Österreicher gaben 79,8% ihrer Aufwendungen für Inlandsreisen für den Reisezweck "Urlaub" und 20,2% für Geschäftsreisen aus. Die Geschäftsreisenden tätigten insbesondere Aufwendungen für Tagesausflüge, wogegen die Aufwendungen der Urlaubsreisenden überwiegend auf Übernachtungen entfielen.

Die direkten Wertschöpfungseffekte des Tourismus betragen laut TSA-Konzept 2003 15,22 Mrd. € (2002: 14,58 Mrd. €). Wird diese Größe zum BIP in Beziehung gesetzt, so ergibt sich rein rechnerisch ein Anteil von 6,8% (2002: 6,7%).

**Tourismuswertschöpfung  
erreicht bereits 9,8%  
des BIP**

#### Übersicht 16: Touristischer Konsum nach Produkten im Jahr 2002

	Mio. €	Anteile in %
<i>Aggregate</i>		
Tourismuscharakteristische Dienstleistungen	21.526	82,05
Beherbergung <sup>1)</sup>	5.435	20,72
Restaurant- und Gaststättendienste	8.569	32,66
Transport	4.400	16,77
Reisebüros (netto) <sup>2)</sup>	260	0,99
Kultur-, Erholungs-, Unterhaltungs-, Finanz- und sonstige Dienstleistungen	2.862	10,91
Tourismusverwandte bzw. nicht tourismusspezifische Waren und Dienstleistungen	4.449	16,96
Waren	2.718	10,36
Dienstleistungen	1.731	6,60
Handelsspanne	259	0,99
<b>Insgesamt</b>	<b>26.234</b>	<b>100,00</b>

Q: Statistik Austria, WIFO. – <sup>1)</sup> Einschließlich Zweitwohnungen und Wochenendhäuser. – <sup>2)</sup> Nur Spannen; Package-Teile in den jeweiligen Produkten bzw. Dienstleistungen enthalten.

Zur Verteilung der Gesamtaufwendungen auf die verschiedenen Güter und Dienstleistungen stehen aktuelle Daten nur für das Jahr 2002 zur Verfügung. Demnach entfiel der Großteil der gesamten touristischen Aufwendungen – nämlich 32,7% – auf die Dienstleistungen des Restaurant- und Gaststättenwesens, 20,7% machten die Dienstleistungen des Beherbergungswesens aus. Für die Dienstleistungen des Trans-

<sup>8)</sup> Dies hängt insbesondere von der Verfügbarkeit der Daten aus der VGR ab.

portwesens wurde mit 16,8% der Gesamtausgaben ein höherer Betrag als für die Leistungen des Kultur-, Erholungs-, Unterhaltungs-, Finanz- und sonstigen Dienstleistungssektors (insgesamt 10,9%) aufgewandt.

Insgesamt machten die tourismuscharakteristischen Aufwendungen 82,1% der Gesamtausgaben aus. Auf tourismusverwandte und nicht tourismusspezifische Produktionsbereiche und die Handelspanne entfielen 17,9% des gesamten touristischen Konsums, der Großteil davon auf den Handel.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus bzw. dessen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist eine wichtige Kennziffer für die Wirtschaftspolitik. Zur Ermittlung dieser zentralen Größe sind die TSA-Ergebnisse mit Berücksichtigung aller durch den Tourismus ausgelösten direkten und indirekten Effekte, aber – aufgrund ihres intermediären Charakters – unter Ausschluss der Dienst- und Geschäftsreisen darzustellen. Die Anwendung der Input-Output-Multiplikatoren auf die korrigierten TSA-Ergebnisse lieferte für das Jahr 2003 direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 22 Mrd. € (siehe "Kennzahlen zur Wirtschaftslage", Übersicht 15, in diesem Heft). Damit betrug der Beitrag des Tourismus zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP) 9,8%.

Zur Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft muss zudem der nichttouristische Freizeitkonsum der Österreicher am Wohnort berücksichtigt werden. Laut neuesten Berechnungen wurden im Jahr 2003 für den Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort 20,91 Mrd. € ausgegeben. Anhand der Input-Output-Multiplikatoren ergaben sich für diese Position direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 18,40 Mrd. €. Der Beitrag des Freizeitkonsums der Inländer am Wohnort zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung betrug damit 8,2%.

In der Gesamtbetrachtung der inlandswirksamen Aufwendungen für den nichttouristischen Freizeitkonsum am Wohnort und den touristischen Konsum wird die Größe der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich deutlich: Die für das Jahr 2003 ermittelten direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte ergaben einen Wert von 40,40 Mrd. €. Der Beitrag der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft zum BIP erreichte damit 18,1%.

Egon Smeral ([Egon.Smeral@wifo.ac.at](mailto:Egon.Smeral@wifo.ac.at))

Statistik: Sabine Fragner ([Sabine.Fragner@wifo.ac.at](mailto:Sabine.Fragner@wifo.ac.at))

## Privater Konsum entwickelt sich günstig

Die Konsumneigung der österreichischen Haushalte entwickelte sich in der Periode 1995<sup>9)</sup> bis 2002 im internationalen Vergleich günstig. Hatten die Österreicher im Jahr 1995 11,7% ihres Einkommens gespart (d. h. 11,7% des persönlich verfügbaren Einkommens wurden nicht für Zwecke des privaten Konsums verwendet), so waren es im Jahr 2002 nur mehr 8,2%. Bis 2001 verringerte sich die Sparquote (nicht konsumiertes Einkommen in Prozent des verfügbaren Einkommens) kontinuierlich. Unterbrochen wurde dieser sinkende Trend im Jahr 2002 – in diesem Jahr war ein Anstieg zu beobachten.

Im Euro-Raum und in Deutschland entwickelte sich die Sparquote ähnlich, doch verringerte sie sich zwischen 1995 und 2000 weniger als in Österreich und stieg danach etwas stärker. Die Sparquote war 2002 im Euro-Raum um nur 2,2 Prozentpunkte, in Deutschland sogar um nur 0,6 Prozentpunkte niedriger als 1995, während sie in Österreich im Jahr 2002 um 3,5 Prozentpunkte unter dem Ausgangsniveau 1995 lag.

Offenbar trachteten die privaten Haushalte in Österreich stärker, ihre Konsumziele zu befriedigen. Sie passten ihre Konsumausgaben nicht so deutlich wie in Deutschland und im Euro-Raum an die durch die Wachstumsschwäche gedämpfte Einkommensentwicklung an. Dadurch wurde die österreichische Wirtschaft stärker als im Ausland von der Konsumnachfrage (in Österreich rund 57% der Gesamtnachfrage) gestützt.

Diese Entwicklung ist auch in Zusammenhang mit der günstigeren Arbeitsmarktlage zu sehen. Hohe und steigende Arbeitslosigkeit gilt als einer der Hauptgründe für

<sup>9)</sup> Für die Zeit vor 1995 liegen derzeit von Statistik Austria keine Informationen über die Sparquote der privaten Haushalte vor.

Angst- oder Vorsichtssparen. Der private Konsum hat eine stabilisierende Wirkung in der Wirtschaftsentwicklung, weil die Konsumenten auf vorübergehende Einkommenschwankungen kaum reagieren. Scharfe Einkommenseinbrüche, wie sie z. B. durch den Verlust des Arbeitsplatzes hervorgerufen werden, veranlassen die Konsumenten aber, angesichts der ungewissen Zukunft mehr zu sparen, sodass Krisen weiter verschärft werden.

Übersicht 17: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Sparquote

	Privater Konsum <sup>1)</sup>		Persönlich verfügbares Einkommen		Sparquote In % des verfügbaren Einkommens <sup>2)</sup>
	Nominell	Real	Nominell	Real	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1995/1999	+ 3,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,5	9,1
2000	+ 4,8	+ 3,3	+ 4,8	+ 3,3	8,4
2001	+ 3,6	+ 1,4	+ 2,5	+ 0,4	7,5
2002	+ 1,9	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,8	8,2
2003	+ 3,1	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,3	8,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.  
– <sup>2)</sup> Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Im Jahr 2003 war schon aufgrund des niedrigen Niveaus der Sparquote in Österreich ein Anstieg zu erwarten. Diese "Normalisierungstendenz" sollte jedoch von der mäßigen Konjunktur<sup>10)</sup> abgeschwächt werden.

Die Österreicher gaben im Jahr 2003 127,7 Mrd. € für Zwecke des privaten Konsums aus. Ein durchschnittlicher Haushalt wandte 37.000 € auf (pro Monat 3.100 €). Die Konsumausgaben waren 2003 in Österreich um 3,1% höher als ein Jahr zuvor. Nach Ausschaltung der Preissteigerung lag der reale Zuwachs bei 1,3%.

Die reale Wachstumsrate übertraf den Durchschnitt des Euro-Raumes (+1,0%) leicht und das Ergebnis von Deutschland deutlich – die Ausgaben der privaten Haushalte waren dort 2003 real (–0,2%) neuerlich rückläufig. Die Konsumnachfrage entwickelte sich in Österreich auch günstiger als die anderen Nachfragekomponenten. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2003 real um nur 0,7%. Der private Konsum stützte damit die Wirtschaftsentwicklung<sup>11)</sup>.

Nach einer ersten groben Berechnung nahm die Sparquote in Österreich 2003 (einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche) leicht zu, und zwar auf 8,4% (2002 8,2%). Die schon im Jahr 2002 beobachtete steigende Tendenz hielt also 2003 erwartungsgemäß an. Der Anstieg fiel mäßig aus, weil die Konjunkturlage ungünstig war.

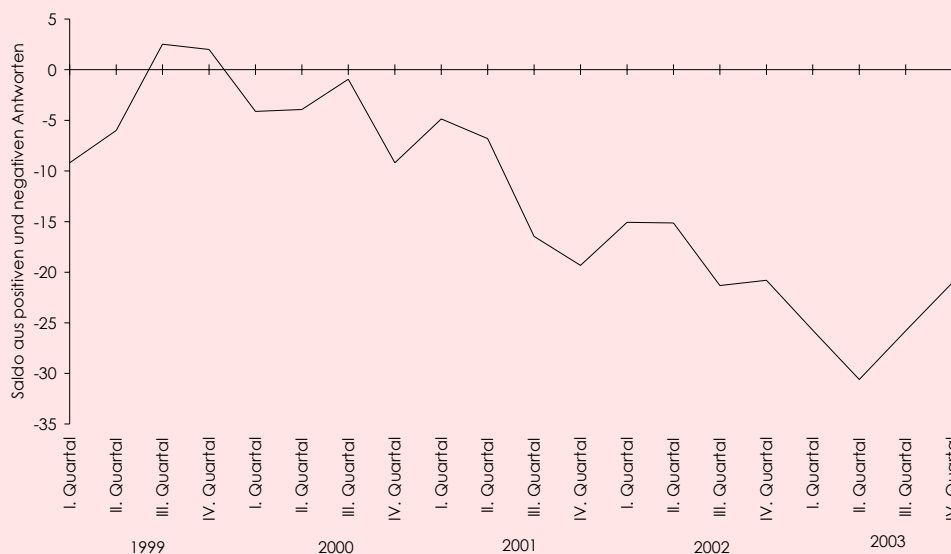
Die steigende Sparneigung ist auch in Zusammenhang mit einer Verschlechterung der Konsumentstimmung zu sehen. Stimmungen und Erwartungen wirken sich auf die Kaufbereitschaft der Konsumenten aus. Sie ist neben der Kauffähigkeit, die hauptsächlich durch die Einkommensentwicklung determiniert wird, eine wichtige Bestimmungsgröße der Entwicklung der Konsumnachfrage insbesondere für bestimmte Gütergruppen (dauerhafte Konsumgüter). Nach Erhebungen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), die von der EU-Kommission gefördert werden, war der "Vertrauensindex" (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) im Durchschnitt des Jahres 2003 um 9,4% niedriger als ein Jahr davor. Pessimistischer wurden auch die Arbeitsmarktlage (sie beeinflusst das Phänomen des Angstsparens) und die Preisentwicklung eingeschätzt.

### Mäßiger Anstieg der Sparquote

<sup>10)</sup> Die Konsumquote (Konsumausgaben bezogen auf das Einkommen) entwickelt sich antizyklisch, d. h. sie steigt in Phasen schwacher Konjunktur und sinkt in Phasen guter Konjunktur, weil die privaten Haushalte ihre Ausgaben nicht voll an die Einkommensentwicklung anpassen, wenn sie diese nicht als dauerhaft ansehen. Konjunkturbedingt wäre 2003 mit einem Rückgang der Sparquote zu rechnen gewesen.

<sup>11)</sup> Rein saldenmechanisch lässt sich der Unterschied zwischen der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und in Österreich im Jahr 2003 durch die Differenz der Entwicklung des privaten Konsums erklären.

Abbildung 6: Entwicklung des Vertrauensindex



Q: Fessel & GfK, WIFO. Einschätzungen und Erwartungen der Konsumenten zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern.

Übersicht 18: Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten Haushalte

	2001				2002				2003		
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal
	Mio. €										
Geldvermögensbildung	2.930	3.559	940	4.118	2.918	2.655	1.823	5.091	3.478	3.273	2.083
Bargeld	- 588	4	- 756	- 1.668	121	1.162	515	1.799	120	163	387
Einlagen	1.447	1.244	1.457	2.876	917	603	298	1.657	2.057	1.752	823
Spareinlagen <sup>1)</sup>	1.386	566	1.292	2.360	906	- 606	551	1.309	2.069	399	416
Festverzinsliche Wertpapiere	155	- 250	- 59	- 173	70	944	142	- 41	- 224	- 180	232
Aktien und andere Anteilsrechte	30	114	242	662	254	45	285	4	87	135	173
Investmentzertifikate	738	1.609	- 44	995	172	- 292	110	604	81	405	- 292
Versicherungssparprodukte	1.148	837	100	1.427	1.383	193	474	1.068	1.357	998	761
Lebensversicherungen	748	804	234	912	736	201	282	1.058	755	772	737
Ansprüche gegenüber Pensionskassen	50	159	- 47	328	74	- 39	65	257	132	159	115
Finanzierung	757	1.179	1.471	675	938	1.131	1.347	913	775	1.045	1.408
In €	308	564	874	14	262	578	573	240	226	250	621
In Fremdwährungen	449	614	597	661	676	553	773	672	549	795	787
Inländische Bankkredite	449	614	597	661	676	553	773	672	549	795	787
Finanzierungssaldo	2.172	2.380	- 531	3.443	1.980	1.524	476	4.178	2.704	2.228	675

Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - 1) Einschließlich der angelaufenen, aber noch nicht abgedeckten Sparzinsen pro Quartal (Accrual-Prinzip).

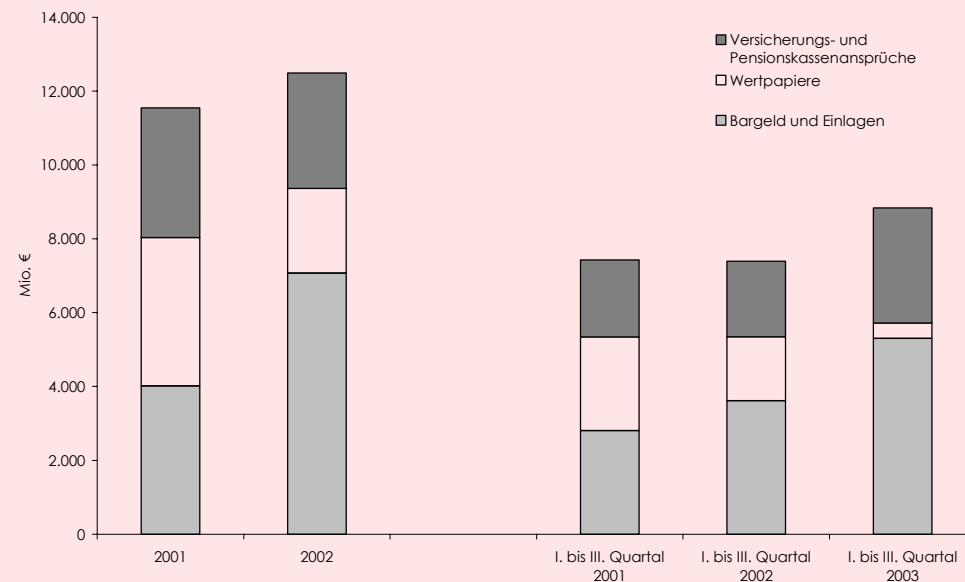
Die Geldvermögensentwicklung der privaten Haushalte spiegelt diese Zunahme der Sparneigung wider. Gemäß der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der OeNB erreichte der Vermögensaufbau der privaten Haushalte in den ersten drei Quartalen 2003 8,8 Mrd. €, im Vergleichszeitraum der Jahre 2001 und 2002 hatte er jeweils 7,4 Mrd. € betragen. Trotz der Erholung der Aktienkurse<sup>12)</sup> im II. und III. Quartal ergaben sich deutliche Umschichtungen von der Veranlagung in Wertpapieren zu Bargeld und Einlagen sowie zu Finanzprodukten der Vertragsversicherungen und Pensionskassen. Nach dieser Statistik gewannen im Laufe des Jahres 2003 die kurzfristigen Einlagen gegenüber den langfristig gebundenen an Bedeutung. Diese Veranlagung in liquiden Finanzmitteln dürfte mit der Unsicherheit über die weitere Entwick-

<sup>12)</sup> ATX, DAX und S&P 500 stiegen in den ersten drei Quartalen 2003 in einer Bandbreite zwischen +12% und +18%.



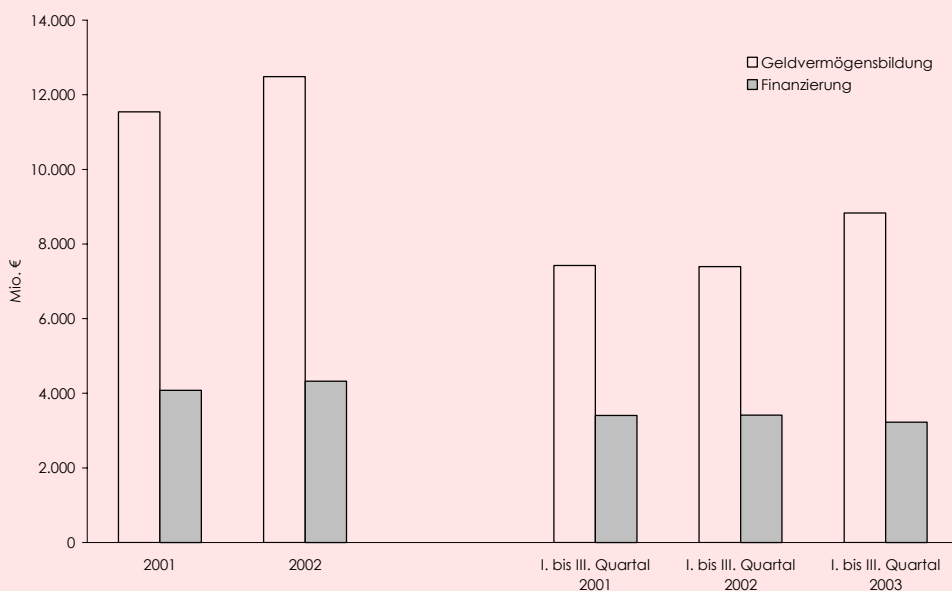
lung (Zinsen, Aktienkurse, Konjunktur) zusammenhängen. Sie ermöglicht den privaten Haushalten außerdem rasch auf Veränderungen zu reagieren, weil ein relativ hoher Anteil des Geldvermögens sofort für Konsum- und/oder langfristige Veranlagungsmöglichkeiten zur Verfügung steht. Das lebhaftere Interesse der privaten Haushalte an Finanzprodukten und Pensionskassen ist in Zusammenhang mit der Reform des Pensionssystem und der Diskussion über weitere Reformschritte zu sehen. Durch das im Jahr 2003 neu angebotene Produkt "Zukunftsvorsorge" dürfte der Trend zur privaten Vorsorge weiter verstärkt worden sein.

Abbildung 7: Struktur der Veranlagungen der privaten Haushalte



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Abbildung 8: Vermögensaufbau und Verschuldung der privaten Haushalte



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Bereitschaft der privaten Haushalte zur Verschuldung war 2003 trotz niedriger Zinsen relativ gering. Die Kreditaufnahmen der privaten Haushalte erreichten in den ersten drei Quartalen 2003 3,2 Mrd. €, im Jahr 2002 hatten sie in diesem Zeitraum

3,4 Mrd. € betragen. Auch diese Entwicklung hängt mit der Verschlechterung der Konsumentenstimmung zusammen.

Das Wachstum der Konsumnachfrage verlief 2003 in Österreich nicht gleichmäßig. Im 1. Halbjahr waren die realen Ausgaben der privaten Haushalte um 2,2% höher als im Jahr davor, im 2. Halbjahr um nur mehr 0,4% (IV. Quartal -0,1%). Das geht einerseits auf einen Vorjahreseffekt zurück: 2002 war die Nachfrage im 1. Halbjahr relativ schwach gewesen, nicht zuletzt wegen der Einführung des Euro als Bargeld. Nach einer Phase der Gewöhnung entwickelte sich die Nachfrage im 2. Halbjahr 2002 lebhafter, sodass ein niedriges Ausgangsniveau im 1. Halbjahr und ein relativ hohes im 2. Halbjahr gegeben waren. Andererseits geriet die Nachfrage durch den Einfluss der Konjunktur und des langfristigen Trends im Jahresverlauf 2003 ins Stocken: Saisonbereinigt waren die realen Ausgaben der privaten Haushalte im 1. Halbjahr 2003 um 0,6% höher als im Halbjahr davor, im 2. Halbjahr nahm sie hingegen nicht mehr zu (-0,1%).

Übersicht 19: Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

Real

	Ø 1990/1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,4	- 0,8	- 0,4	- 0,2	+ 2,7
Tabak und alkoholische Getränke	+ 2,0	+ 2,0	- 2,8	± 0,0	- 2,5
Bekleidung, Schuhe	- 0,4	+ 1,8	- 0,9	- 0,9	- 2,0
Wohnen, Beheizung	+ 1,8	+ 2,0	+ 3,1	- 0,9	+ 2,9
Einrichtung	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 0,6	- 8,1
Gesundheit	+ 3,3	+ 3,1	- 0,2	+ 2,5	+ 5,2
Transport	+ 2,0	+ 0,2	- 0,9	+ 4,0	+ 6,3
Kommunikation	+ 11,9	+ 23,3	+ 2,5	+ 1,3	+ 4,9
Erholung, Kultur	+ 4,5	+ 7,6	+ 1,6	+ 3,4	- 1,4
Bildung	+ 0,4	+ 0,1	+ 8,7	+ 6,6	+ 1,4
Gaststätten, Beherbergung	+ 3,1	+ 10,7	+ 8,3	+ 5,8	+ 1,9
Übrige Waren	+ 2,9	+ 1,1	- 3,4	- 1,9	+ 2,5
Ausgaben im Ausland	+ 2,2	+ 4,9	+ 6,3	- 4,3	+ 1,9
Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,7	+ 3,0	+ 0,7
Privater Konsum insgesamt	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,8	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

## Rege Nachfrage nach Pkw

Besonders lebhaft entwickelten sich 2003 die Ausgaben für Transport (real +6,3%); dafür war insbesondere eine auch im internationalen Vergleich kräftige Steigerung der Pkw-Nachfrage maßgebend: Die Ausgaben der privaten Haushalte für Pkw waren in Österreich 2003 um 7,3% höher als ein Jahr zuvor, während die europäische Autokonjunktur 2003 relativ schwach verlief und die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern insgesamt (+0,8%) in Österreich nur unterdurchschnittlich zunahm.

Der Kauf dauerhafter Konsumgüter (Pkw, Möbel, elektrotechnische Erzeugnisse, Schmuckwaren, Fotoausrüstungen usw.) kann leichter aufgeschoben werden als der von Gütern des täglichen Bedarfs. Der hohe Preis dieser Güter pro Kaufeinheit erfordert außerdem in der Regel ein Ansparen und/oder eine Verschuldung der privaten Haushalte. Der Kaufzeitpunkt hängt zudem stärker von Stimmungen und Erwartungen ab und ist deshalb relativ konjunktursensibel.

Die insgesamt mäßige Konjunktur hätte 2003 auch in Österreich eine schwache Pkw-Nachfrage erwarten lassen. Die kräftige Steigerung geht auch auf Echoeffekte zurück: 1999 hatten die Pkw-Neuzulassungen der Unselbständigen vor der Anhebung der Normverbrauchsabgabe ungewöhnlich stark zugenommen (+11,4%). Da in der Regel eine erste Ersatzwelle drei bis vier Jahre nach der Anschaffung einsetzt, waren die Voraussetzungen für die Nachfrage nach Pkw im Jahr 2003 günstig. Verstärkt wurde dieser Echoeffekt zudem durch das Angebot neuer Modelle wichtiger Automarken.

Auch die Ausgaben für Gesundheit (+5,2%; Wellnessboom) nahmen in Österreich 2003 wieder kräftig zu, ebenso jene für Kommunikation (+4,9%; Handys). Der relativ kalte Winter erforderte eine deutliche reale Ausweitung der Ausgaben für Wohnung und Beheizung – die Einsparungsmöglichkeiten sind hier kurzfristig gering. Real rückläufig war 2003 die Nachfrage nach Bekleidung und Schuhen, Einrichtung sowie Erholung und Kultur.

Die unterdurchschnittliche Steigerung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern insgesamt ging 2003 nicht zuletzt auf die Verschlechterung der Konsumentenstimmung zurück. Konjunktur- und trendbedingt belebte sich die Nachfrage nach diesen Gütern jedoch im Gegensatz zum Gesamtkonsum und in Einklang mit der Konsumentenstimmung im Jahresverlauf 2003: Saisonbereinigt waren die realen Ausgaben der privaten Haushalte im 2. Halbjahr um 2% höher als im 1. Halbjahr. Auch im Vorjahresvergleich war der reale Zuwachs in der zweiten Jahreshälfte (real +1,5%) höher als in der ersten (+0,1%). Die Aufhellung im Jahresverlauf ging mit einer Besserung der Konsumentenstimmung im 2. Halbjahr einher.

### Übersicht 20: Entwicklung der Umsätze im Handel

Ø 2000 = 100

	Insgesamt	1. Halbjahr	2003				III. Quartal	IV. Quartal
			2. Halbjahr	I. Quartal	II. Quartal	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Nominell</i>								
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,7	
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,6	+ 3,5	+ 5,4	+ 3,9	+ 5,3	
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 2,4	+ 3,8	+ 1,1	+ 4,8	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,3	
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 1,5	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,2	+ 4,1	+ 0,5	+ 0,5	
<i>Real</i>								
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 1,3	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,9	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,1	
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,8	+ 3,1	
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 1,6	+ 3,0	+ 0,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,6	- 0,1	
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 0,2	+ 1,8	- 1,1	+ 0,4	+ 3,0	- 1,2	- 1,1	

Q: Statistik Austria.

Die Umsatzentwicklung des österreichischen Einzelhandels hängt von den (einzelhandelsrelevanten) Ausgaben der Inländer im Inland (die Ausgaben der Österreicher im Ausland sind für den österreichischen Handel "verlorene" Kaufkraft) sowie den Einkäufen ausländischer Touristen in Österreich ab. Die Ausgaben der Österreicher im Inland nahmen 2003 real um 1,2% zu, die der Ausländer um 1,7%. Der reale Inlandskonsum wuchs 2003 ebenso wie der Inländerkonsum (Ausgaben der Österreicher im In- und Ausland, die relevante Größe für Konsumanalysen und die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) um 1,3%.

Die Umsätze des österreichischen Einzelhandels (ohne Kfz-Handel) erreichten nach einer ersten groben Berechnung im Jahr 2003 netto (ohne Mehrwertsteuer) gut 39 Mrd. €. Sie übertrafen das Vorjahresniveau nominell um 1,5%, real um 0,2%. Allerdings dürfte die Inflation im Einzelhandel von Statistik Austria etwas überzeichnet (siehe dazu weiter unten) und der reale Umsatzanstieg dementsprechend unterschätzt werden (um bis zu 1 Prozentpunkt).

Der Kfz-Handel (einschließlich Reparatur und Tankstellen) setzte 2003 (ohne Mehrwertsteuer) gut 24 Mrd. € um (+4,5% gegenüber dem Vorjahr). Nach Ausschaltung der Preissteigerungen lag der reale Anstieg bei 2,1%. Die günstige Umsatzentwicklung ist hauptsächlich der lebhaften Pkw-Nachfrage zuzuschreiben.

Die Umsatzentwicklung des Großhandels wird neben der Konsumnachfrage auch vom Verlauf der Industrieproduktion und des Außenhandels bestimmt. Der österreichische Großhandel (ohne Kfz-Handel) setzte 2003 netto (ohne Mehrwertsteuer) gut 78 Mrd. € um. Die Umsätze waren nominell um 2,4%, real um 1,6% höher als 2002. Dieses Ergebnis spiegelt die sowohl im Inland als auch im europäischen Ausland verhaltene Konjunktur wider.

### Reale Zuwächse im Handel

Übersicht 21: Preis- und Beschäftigungsentwicklung im Handel

	Insgesamt	1. Halbjahr	2. Halbjahr	2003			
				I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Preise (Ø 2000 = 100)							
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,6
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,7	- 0,1	+ 0,4	+ 1,3
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,5
Beschäftigung							
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	- 0,9	- 0,9	- 0,9	- 0,9	- 1,0	- 0,7	- 1,1
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	- 0,1	- 0,3	± 0,0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	- 0,1
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	- 4,3	- 4,3	- 4,2	- 4,5	- 4,1	- 3,8	- 4,6
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0

Q: Statistik Austria.

Der österreichische Handel setzte 2003 insgesamt nominell um 2,5%, real um 1,3% mehr um als ein Jahr zuvor. Nicht zuletzt die mäßige Nachfrageentwicklung hatte zur Folge, dass die Preise im Handel im Durchschnitt nur wenig angehoben wurden (+1,3%). Überraschend hoch fiel jedoch die Preissteigerung im Einzelhandel aus (ohne Kfz-Handel; +1,2%). Sowohl ein Vergleich mit der Vergangenheit als auch mit Deutschland im Jahr 2003 deutet daraufhin, dass die Preisentwicklung 2003 von der offiziellen Statistik wegen einer nicht ganz adäquaten Gewichtung im Bereich des Nahrungsmittelhandels überzeichnet wird:

- Gemessen am impliziten Preisindex des Einzelhandels (ohne Kfz-Handel) war laut Statistik Austria die Inflation im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) zwischen 1995 und 2002 signifikant schwächer (-1,3 Prozentpunkte) als die Gesamtinflation gemessen am VPI (Verbraucherpreisindex), weil in der Gesamtinflation auch die Dienstleistungen berücksichtigt sind und sich diese überdurchschnittlich verteuern. 2003 stieg der implizite Preisindex des Einzelhandels (ohne Kfz-Handel; +1,2%) wegen der nicht adäquaten Gewichtung im Nahrungsmittelhandel fast gleich stark wie der VPI (+1,3%). Aus dem Vergleich mit den Abweichungen in der Vergangenheit ergibt sich, dass die Inflation im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) 2003 um etwa 1 Prozentpunkt überzeichnet wurde<sup>13)</sup>.
- In der Vergangenheit stimmte die Preisentwicklung in Deutschland jeweils gut mit der österreichischen überein. Das Statistische Bundesamt Wiesbaden ermittelte für den Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) im Jahr 2003 einen Preisanstieg, der um rund 1 Prozentpunkt unter der Gesamtinflation laut VPI lag. In Deutschland blieb somit 2003 der Abstand zwischen den beiden Inflationsraten im Gegensatz zu Österreich erhalten. Das belegt ebenfalls die Überschätzung der Inflation im österreichischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) im Jahr 2003.

Die Beschäftigung verringerte sich im Handel 2003 insgesamt um 0,9%. Ein starker Rückgang im konjunktur reagiblen Großhandel (ohne Kfz-Handel; -4,3%) und eine Stagnation im Kfz-Handel (-0,1%) standen einem Zuwachs im wenig konjunktur reagiblen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel; +1,1%) gegenüber.

Die Produktivität, gemessen am realen Umsatz je Beschäftigten, erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 2003 nach der offiziellen Statistik um 2,2%. Getragen wurde diese Entwicklung vom Großhandel (ohne Kfz-Handel; +5,8%). Im Kfz-Handel nahm die Produktivität um 2,3% zu, während sie im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) laut offizieller Statistik zurückging (-0,8%). Berücksichtigt man die erwähnte Überzeichnung der Inflation im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel), so dürfte die Produktivität in diesem Bereich eher stagniert oder leicht zugenommen haben.

Michael Wüger ([Michael.Wueger@wifo.ac.at](mailto:Michael.Wueger@wifo.ac.at))  
 Statistik: Martina Agwi ([Martina.Agwi@wifo.ac.at](mailto:Martina.Agwi@wifo.ac.at))

<sup>13)</sup> Ergebnis der Übertragung des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des impliziten Preisindex und jener des VPI zwischen 1995 und 2002 auf das Jahr 2003 mit einer ökonometrischen Regression.

Das Nachlassen der Rohstoffverteuerung sowie der verhaltene Anstieg der Lohnkosten begünstigten auch im Jahr 2003 einen Rückgang der Inflation. Zwar zogen die Rohölnotierungen auf Dollarbasis zu Beginn des Jahres im Zuge der Irak-Krise und dann wieder gegen Jahresende kräftig an, für die Verarbeiter in der Euro-Zone ergab sich jedoch als Folge der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar sogar eine leichte Entlastung.

## Weitere Verlangsamung der Inflation im Jahr 2003

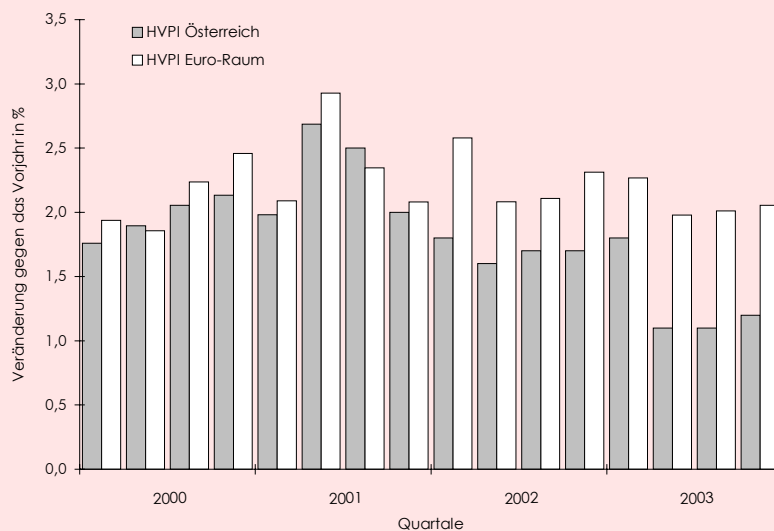
Übersicht 22: Entwicklung der Preise

	Ø 1993/2003 Jährliche Veränderung in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>			
Dollarbasis	+ 3,3	+ 1,2	+14,4
Euro-Basis	+ 3,8	- 4,2	- 4,3
Ohne Energierohstoffe	+ 1,2	- 4,9	- 3,1
Nahrungs- und Genussmittel	- 0,0	+ 3,0	- 5,4
Industrierohstoffe	+ 1,7	- 7,6	- 2,9
Agrarische Industrierohstoffe	+ 2,1	- 7,9	- 0,6
NE-Metalle	+ 1,4	- 8,4	- 6,5
Energierohstoffe	+ 5,5	- 3,8	- 4,9
Rohöl	+ 5,9	- 3,8	- 3,8
<i>Index der Großhandelspreise</i>			
Konsumgüter	+ 0,7	- 0,4	+ 1,6
Investitionsgüter	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,7
Intermediärgüter	- 0,3	+ 0,1	+ 0,0
Intermediärgüter	+ 0,7	- 1,4	+ 2,2

Q: HWWA, Statistik Austria.

Im Euro-Währungsgebiet verlangsamte sich die Rate des Preisauftriebs von 2,2% im Jahr 2002 auf 2,1% im Jahr 2003. Die Teuerung der Nahrungsmittel hielt zum Teil infolge des Preisschocks im Bereich frischer Nahrungsmittel nahezu unverändert an; aufgrund rückläufiger Rohstoffpreise und mäßiger Lohnsteigerungen fiel die Inflationsrate der Industriegüter jedoch mit 0,8% erheblich geringer aus als im Jahr zuvor (1,5%). Auch der Auftrieb der Dienstleistungspreise ließ nach.

Abbildung 9: Verbraucherpreistrends in Österreich und im Euro-Raum

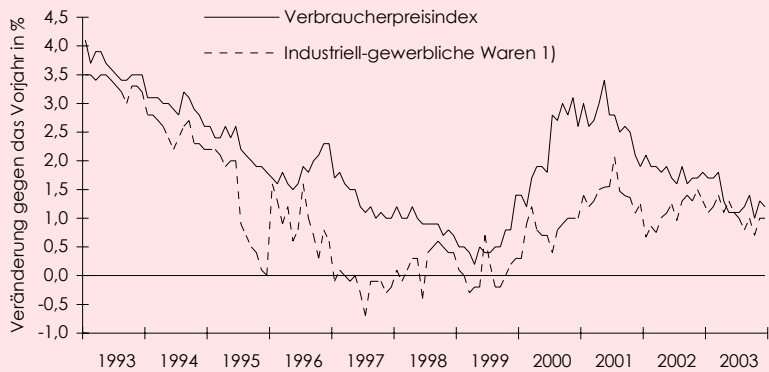
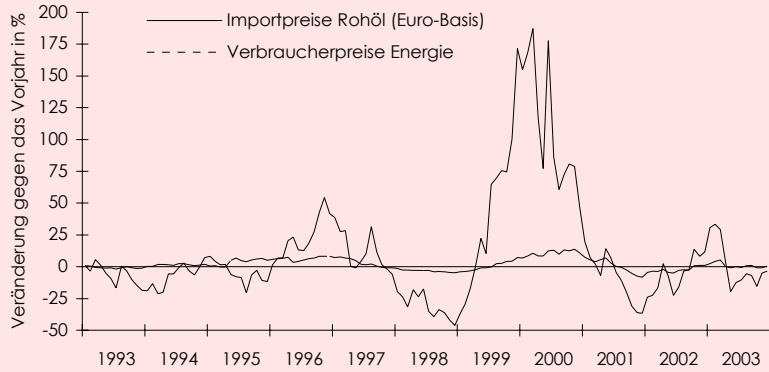
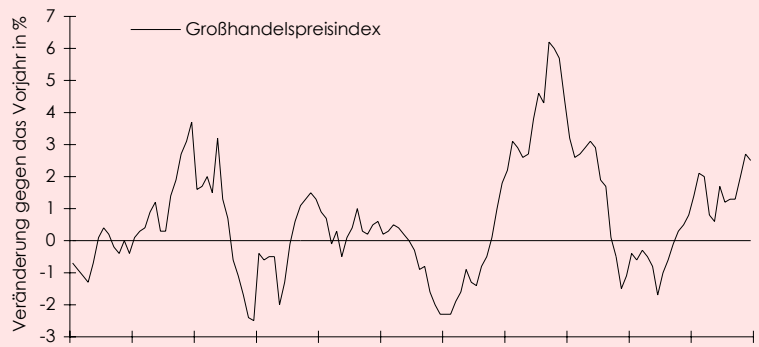
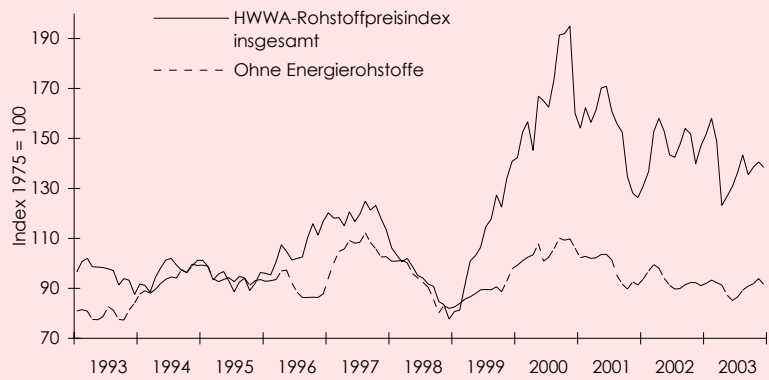


Q: OECD, Statistik Austria.

Wie schon in den Vorjahren lag die Inflationsrate in Österreich erheblich unter der Rate für das gesamte Euro-Währungsgebiet. Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex, der für alle EU-Länder vergleichbare Inflationsraten angibt, betrug die Teuerungsrate 1,3%, in der Euro-Zone dagegen 2,1%. Österreich wies damit ein großes Maß an Preisstabilität auf. Nur in Deutschland und Finnland war die Teuerungsrate geringer oder gleich niedrig.

Wie in den Vorjahren gehörte Österreich 2003 zu jenen Ländern, die das größte Maß an Preisstabilität aufwiesen.

Abbildung 10: Entwicklung der Rohstoffpreise auf Euro-Basis



Q: HWWA, Statistik Austria. – 1) Industriegüter ohne Material für Wohnungsinstandhaltung.

Während sich der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Vergleiche innerhalb der EU anbietet, wird der nationale Verbraucherpreis nach wie vor zur Analyse der Inflation in Österreich verwendet. Demnach ermäßigte sich die Teuerung von 1,8% im Jahr 2002 auf 1,3% im Jahr 2003.

### Übersicht 23: Entwicklung der Verbraucherpreise

Gliederung des Verbraucherpreisindex 2000 nach dem Konsumzweck (COICOP)

	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3
Keminflationsrate laut HVP1)	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,3
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3
Industriegüter	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,8
Kurzlebige Industriegüter	+ 3,6	+ 1,3	+ 0,8
Halbdauerhafte Industriegüter	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,1
Dauerhafte Industriegüter	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,4
Energie	+ 0,5	- 2,4	+ 0,9
Elektrizität, Gas, feste Brennstoffe, Fernwärme	+ 3,9	- 1,6	+ 1,3
Mineralölprodukte	- 3,0	- 3,3	+ 0,6
Lebensmittel, Tabak, Alkohol	+ 3,7	+ 2,0	+ 2,0
Verarbeitete Lebensmittel <sup>2)</sup>	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,3
Saisonwaren (Obst, Gemüse, Fisch)	+ 5,6	+ 3,3	+ 1,5
Fleisch und Wurstwaren	+ 6,2	+ 0,3	+ 1,4
Dienstleistungen	+ 3,4	+ 3,0	+ 1,7
Verkehrsdienstleistungen	+ 5,7	+ 2,1	+ 1,8
Dienstleistungen zur Wohnung	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,1
Reisen und Unterkunft	+ 3,9	+ 5,2	+ 0,9
Restaurants und Freizeitdienstleistungen	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5
Kommunikationsdienstleistungen	- 0,5	- 1,4	- 0,6
Dienstleistungen zur Gesundheit, Erziehung, Sozialschutz sowie sonstige Dienstleistungen	+ 5,6	+ 5,7	+ 1,0

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – <sup>2)</sup> Einschließlich Alkohol und Tabak.

Übersicht 23 zeigt die Entwicklung der Verbraucherpreise gemäß der Klassifikation nach Konsumzweck (Classification of Individual Consumption by Purpose), die seit einigen Jahren international gebräuchlich ist. Die hier verwendete Darstellung gliedert die Preise in vier große Gruppen: Industriegüter, Energie, Lebensmittel (einschließlich Tabak und Alkohol) und Dienstleistungen.

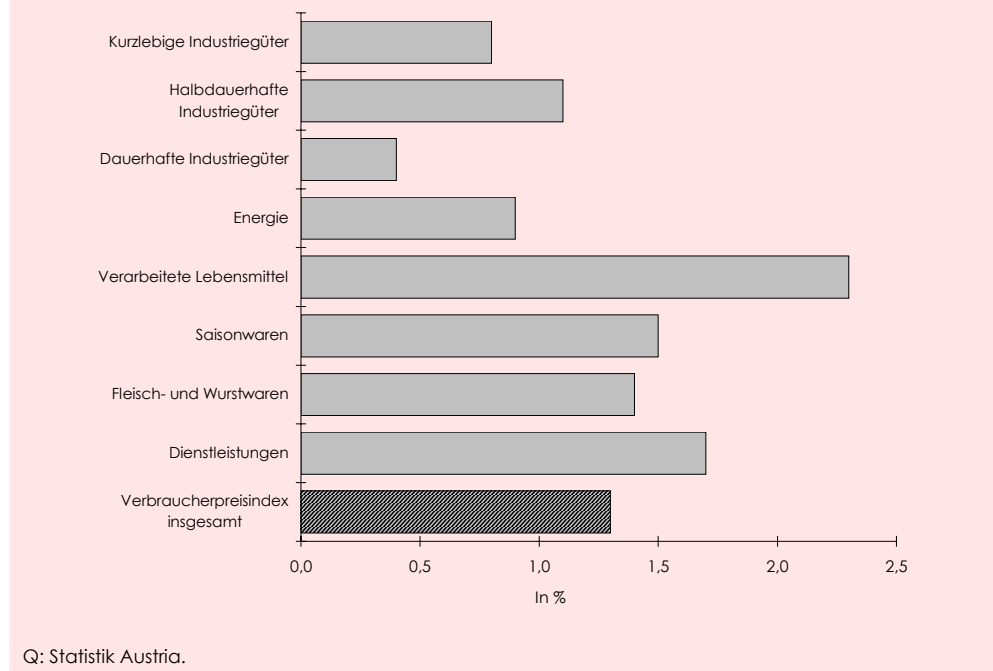
Während die Preise von Lebensmitteln, Tabak und Alkohol entgegen dem langfristigen Trend mit einer Rate von 2% überdurchschnittlich stark stiegen, verlangsamte sich der Auftrieb der Preise von Industriegütern von 1,1% auf 0,8%; dabei wiesen dauerhafte Güter mit 0,4% die geringste Steigerung auf. Energie verteuerte sich geringfügig (+0,9%). Den größten Beitrag zur Dämpfung der Inflation leisteten die Dienstleistungspreise, die nach einem Anstieg von 3,0% im Jahr 2002 um nur 1,7% anzogen. In den meisten Untergruppen ließ der Preisauftrieb nach, am stärksten allerdings in der Gruppe "Dienstleistungen zu Gesundheit, Erziehung, Sozialschutz sowie sonstige Dienstleistungen"; hierin spiegelt sich der im Vergleich mit den zwei Jahren zuvor geringere Anstieg der Gebühren.

Veränderungen von Gebühren und Konsumsteuern bestimmen seit vielen Jahren in einem signifikanten Ausmaß die Preisentwicklung; dies liegt daran, dass zum einen Änderungen sprunghaft und häufig zeitlich gebündelt auftreten und zum anderen viele Gebühren lohnintensive Bereiche abdecken, deren Preise langfristig stärker als der Durchschnitt der im VPI erfassten Preise steigen. An diesem Befund hat sich in den letzten Jahren nichts geändert. Nach einer Berechnung von Statistik Austria betrug der Beitrag der Gebühren und Konsumsteuern zur Inflationsrate im Jahr 2001 0,68 Prozentpunkte, im Jahr 2002 0,38, im Jahr 2003 aber nur mehr 0,07 Prozentpunkte; d. h. die Inflationsrate hätte im Jahr 2002 ohne Erhöhung der Gebühren und Konsumsteuern nicht 1,8%, sondern 1,4% betragen. Statistik Austria rechnet zu den Gebühren und Konsumsteuern die motorbezogene Versicherungssteuer, Rezept-, Spitals-, Krankenschein- und Ambulanzgebühren, Kindergarten-, Kinderbetreuungs- und

Veränderungen von Gebühren und Konsumsteuern bestimmen seit vielen Jahren in einem signifikanten Ausmaß die Preisentwicklung.

Studiengebühren, Müll-, Kanal-, Strom- und Wassergebühren, die Tarife des öffentlichen Verkehrs usw.

Abbildung 11: Teuerungsraten nach Verbrauchsgruppen im Jahr 2003



Der Übergang von der Steuerfinanzierung von Leistungen zu Benutzerentgelten stört die Vergleichbarkeit der Inflationsraten.

Nicht alle so genannten Gebühren sind freilich Entgelte, die vom öffentlichen Sektor festgelegt werden; einige fallen in den privatwirtschaftlichen Bereich. Bei einem solchen Vergleich ist weiters, soweit er die Lebenshaltungskosten betrifft, zu beachten, dass nun für einige Leistungen, die bisher aus Steuermitteln finanziert wurden, Benutzerentgelte eingehoben werden. Diese Benutzerentgelte gehen zum Zeitpunkt ihrer Einführung in die Berechnung des Verbraucherpreisindex ein, was freilich die Vergleichbarkeit dieses Index über die Zeit sowie gegenüber anderen Ländern stört. Beispiele für solche Gebühren sind die Autobahnmautgebühr oder die Studiengebühr, welche nach ihrer Einführung im Oktober 2001 die Inflationsrate 12 Monate lang um 0,2 Prozentpunkte erhöhte.

### Deflationsbefürchtungen nach Sorge vor Teuerungswelle als Folge der Euro-Einführung

Die Jahre 2001 und 2002 waren von den Befürchtungen geprägt, dass der Wechsel von der nationalen Währung zum Euro zum Anlass für Preiserhöhungen genommen werden könnte. Zu Beginn des Jahres 2003 trat jedoch eine Wende ein: Als die lang erwartete Konjunkturerholung sich weiter verzögerte und der Rückgang der Rohölpreise eine Verlangsamung der Teuerung bewirkte, trat in der öffentlichen Diskussion die Gefahr einer Euro-induzierten Inflation in den Hintergrund und die Gefahr einer Deflation in den Vordergrund<sup>14)</sup>.

In der wissenschaftlichen Literatur wird als Deflation ein Ungleichgewichtsphänomen bezeichnet und zwischen zweierlei Schocks als Auslöser unterschieden: Angebotschocks und Nachfrageschocks. Gelegentlich wird als Deflation auch das Gegenteil zu Inflation bezeichnet: So wie Inflation einen Anstieg der Konsumentenpreise bedeutet, bezeichnet Deflation einen Rückgang des Preisniveaus. Problematisch wird die Verwendung der Ausdrücke "Deflation" bzw. "Inflation" dann, wenn ihnen – implizit – andere Bedeutungen unterstellt werden.

Den Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator zu verwenden beruht auf einer Verwirrung der Begriffe.

Interpretiert man Deflation als *Ungleichgewicht* zwischen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot, dann bedeutet nicht jeder Preisrückgang eine Deflation, und nicht jede Deflation bedeutet einen Preisrückgang: Die keynesianische deflatorische Lücke hat Produktions- und Beschäftigungseinbußen zur Folge, setzt aber – dies ent-

<sup>14)</sup> Siehe dazu Pollan, W., "Der Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(7), S. 501-513, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24414](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24414).



spricht der kurzfristigen Betrachtungsweise – nach unten hin starre Preise oder sogar – bei "Cost-Push"-Inflation – steigende Preise (Stagflation) voraus.

Das Konzept der deflationären Spirale entstammt einem anderen theoretischen Rahmen. Eine der größten Gefahren, die mit der Deflation (im Sinne einer Nachfrageschwäche) verbunden werden, besteht darin, dass sich die Erwartungen über künftige Preissenkungen verfestigen und sowohl Unternehmen als auch Konsumenten zu Kaufzurückhaltung bewegen. Hier wird gelegentlich ein Bezug zur Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre hergestellt.

Eine Interpretation der Deflation als Sinken der Verbraucherpreise verstellt den Blick auf die Ursachen einer geringen Steigerung des allgemeinen Preisniveaus oder eine Verlangsamung der Inflation. Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird seit langem von angebotsseitigen Ereignissen bestimmt; dies ist auch derzeit der Fall. Die Inflationsrate gemäß Verbraucherpreisindex ist kein guter Indikator für nachfrageseitige Schocks.

Die Gefahr, dass die aktuelle Phase niedrigen Preisaufliebs in eine Deflationsphase münden könnte, ist äußerst gering. Der Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ist unpassend: Deflation (im Sinne des Preisrückgangs) war damals das Ergebnis eines katastrophalen Zusammenbruchs der Gesamtnachfrage, nicht dessen Ursache; eine restriktive Geldpolitik verlängerte und vertiefte damals die Wirtschaftskrise. Den Währungsbehörden stehen heute im Verein mit der Fiskalpolitik ausreichend Instrumente zur Verfügung, um die Inflation anzukurbeln.

Wolfgang Pollan ([Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at](mailto:Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at))

Statistik: Annamaria Rammel ([Annamaria.Rammel@wifo.ac.at](mailto:Annamaria.Rammel@wifo.ac.at))

Die (für die Entwicklung der Löhne und Gehälter im Jahr 2003 bestimmende) Herbstlohnrunde 2002 war sowohl auf Seite der Konsumenten als auch auf Investorenseite durch gedämpftes Vertrauen gekennzeichnet. Eine anhaltend schwache Konjunktur mit steigender Arbeitslosigkeit und steigenden Energiepreisen sowie hohe Unsicherheiten auf den internationalen Finanz- und Energiemärkten bestimmten die Stimmung.

Den ersten Abschluss erzielten im Herbst 2002 die Elektro- und die Elektronikindustrie, die wie im Vorjahr getrennt von den anderen Mitgliedern der Tarifgemeinschaft der Metallarbeiter verhandelten. Die Vereinbarung sah eine Anhebung der Tariflöhne um 2,3% und der Ist-Löhne um 2,2% sowie eine Einmalzahlung von 85 € (entspricht +¼ Prozentpunkt) und eine Verteiloption (Ist-Lohnerhöhung 2%) vor, wenn in Absprache mit dem Betriebsrat 0,5% der Lohnsumme für individuelle Leistungsanreize verwendet werden.

Für die anderen Mitglieder der früheren Tarifgemeinschaft Metall wurden dieselben Steigerungssätze mit einer Einmalzahlung von 110 € und einer Verteiloption von 0,6% der Lohnsumme vereinbart. Beide Kollektivverträge wurden für 12 Monate abgeschlossen und traten mit 1. November 2002 in Kraft.

Die Angestellten der papierverarbeitenden Industrie einigten sich mit den Tarifpartnern auf eine Laufzeit der Gehaltsabschlüsse von 16 Monaten, um ab 1. März 2004 zu einer einheitlichen Periodizität mit den Arbeitern der Branche zu kommen. Die Mindestgehälter wurden um 2,3% erhöht. Die Arbeiter und Angestellten der Papierindustrie vereinbarten für die Mindestlöhne und -gehälter eine Anhebung von 2,45% und für tatsächliche gezahlte Löhne und Gehälter von 2,35%, aber mindestens 40 €; in der Nahrungsmittelindustrie +2,1% für Tarif- und Ist-Löhne. Anfang November kam für die Brauereibesetzten ein Abschluss zustande, der rückwirkend ab 1. September eine Erhöhung der Kollektiv- und der Ist-Löhne um 2,2% sowie eine Einmalzahlung von 125 € vorsah.

Nachdem sich die vorsichtig positiven Erwartungen vom Herbst nicht erfüllt hatten, blieben die Abschlüsse, die mit Jahresbeginn 2003 in Kraft traten oder im Frühjahr verhandelt wurden, tendenziell etwas hinter denen der Herbstlohnrunde zurück. Von den wichtigsten Abschlüssen, die mit Anfang 2003 wirksam wurden, sah der Kollektivvertrag der Handelsangestellten eine Gehaltssteigerung um 2,1% vor. Im öffentli-

*Die Gefahr, dass die aktuelle Phase niedrigen Preisaufliebs in eine Deflationsphase münden könnte, ist äußerst gering. Der Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ist unpassend.*

*Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird seit langem von angebotsseitigen Ereignissen bestimmt; dies ist auch derzeit der Fall. Die Inflationsrate gemäß Verbraucherpreisindex ist kein guter Indikator für nachfrageseitige Schocks.*

### **Stagnation der Sachgüterproduktion, steigende Arbeitslosigkeit und niedriger Preisaufliebs prägen Herbstlohnrunde 2003**

*Trotz einer leichten Verbesserung der Konjunkturerwartungen stand die Herbstlohnrunde 2003 unter dem Eindruck der Stagnation in der Sachgütererzeugung, der weiter steigenden Arbeitslosigkeit und eines anhaltend mäßigen Preisaufliebs. Die Lohnabschlüsse blieben im Durchschnitt leicht unter den Abschlüssen des Vorjahres. Nach einer Zunahme der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer um 0,8% im Jahr 2002 dämpften 2003 höhere Konsumgüterpreissteigerungen die Reallohnentwicklung wieder (+0,2%).*

chen Dienst wurden die Gehälter der Bediensteten des Bundes und der Gemeinde Wien um 2,1% (mindestens 30 €) und die der anderen Landes- und Gemeindebediensteten um 1,8% angehoben.

Übersicht 24: Lohnrunde 2003

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss Mindestlöhne <sup>1)</sup>	Ist-Löhne Veränderung in %
<i>Bedienstete</i>			
Öffentlicher Dienst	Jänner	+ 2,1 <sup>2)</sup>	
<i>Arbeiter</i>			
Metallgewerbe	Jänner	+ 2,3	+ 2,1
Erdölverarbeitung	Februar	+ 2,3	+ 2,2
Elektrizitätswerke	Februar	+ 2,3	
Druck und Grafik	April	+ 1,8	
Textilindustrie	April	+ 2,1	+ 1,9
Stein- und keramische Industrie	Mai	+ 2,1	+ 2,0
Bauwirtschaft	Mai	+ 2,1	
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+ 2,1	
Holz- und Sägeindustrie	Mai	+ 2,1	+ 2,0
Chemische Industrie	Mai	+ 2,3	+ 2,3
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+ 2,2	
Glasindustrie	Juni	+ 1,8	
Metallindustrie	November	+ 2,1	+ 2,1 <sup>3)</sup>
<i>Angestellte</i>			
Handel	Jänner	+ 2,1	
Banken	Februar	+ 2,2	
Elektrizitätswerke	Februar	+ 2,2	
Holz- und Sägeindustrie	April	+ 2,0	+ 1,9
Versicherungen	April	+ 2,0	
Textilindustrie	April	+ 2,1	+ 1,9
Chemische Industrie	Mai	+ 2,3	+ 2,3
Papierindustrie	November	+ 2,1	
Glasindustrie	November	+ 1,7	+ 1,7
Metallindustrie	November	+ 2,1	+ 2,1 <sup>3)</sup>
Stein- und keramische Industrie	November	+ 2,0	+ 1,8

Q: Statistik Austria; Gewerkschaften. – <sup>1)</sup> Laut Tariflohnindex. – <sup>2)</sup> Mindestens 30 €. – <sup>3)</sup> Mindestens 35 €.

Der Kollektivvertrag der Angestellten der Geldinstitute sah ab Februar 2003 um 1,9% plus 6 € höhere Gehälter vor, das entspricht einer Gehaltssteigerung um durchschnittlich 2,23%. Die Mindestlöhne und -gehälter der Elektroversorgungsunternehmen wurden je nach Höhe um 2,1% bis 2,3% und die tatsächlichen Sätze um 2,1% sowie eine Einmalzahlung von 170 € angehoben; vereinbart wurde zudem eine Verteiloption.

Die Tariflöhne der Arbeiter wurden in der papierverarbeitenden Industrie mit 1. März um 2,12% und im Gewerbe mit 1. April um 2,05% bei unveränderter absoluter Überzahlung angehoben. Im April traten auch für den Außendienst der Versicherungswirtschaft um 2,2% höhere Tarifgehälter und für die Arbeiter und Angestellten der Textilindustrie um 2,1% höhere Mindest- sowie um 1,9% höhere Ist-Sätze in Kraft. Im Mai folgten die Holzindustrie und das Bauhilfs- und Baunebengewerbe mit zweijährigen Kollektivverträgen; diese sehen für 2003 und für 2004 ab 1. Mai jeweils um 2,1% höhere Mindestlöhne und in der Holzindustrie jeweils eine Ist-Lohnsteigerung von +2,0% vor.

Im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft stiegen laut Tariflohnindex 2003 die tariflichen Mindestlöhne mit +2,2% um knapp ¼ Prozentpunkt schwächer als im Jahr 2002. Nachdem 2002 die Tariflohnentwicklung im öffentlichen Dienst (+1,1%) deutlich hinter der Privatwirtschaft (+2,7%) zurückgeblieben war, holte sie 2003 mit +2,5% etwas auf. In der Privatwirtschaft stiegen in diesem Zeitraum die Mindestlöhne der Arbeiter um 2,2% und die Mindestgehälter der Angestellten um 2,1%. In der Industrie lagen die jeweiligen Zuwächse um 0,1 Prozentpunkt darüber und im Handel darunter. Markant unterdurchschnittlich entwickelten sich 2003 die Tariflöhne der Arbeiter in der Verkehrswirtschaft (+1,1%), die Gehälter der Angestellten der freien Berufe (+1,6%)

und im Tourismus (+1,9%). Überdurchschnittlich stiegen die Tariflöhne der Arbeiter im Tourismus.

### Übersicht 25: Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	2002	2003	2002	2003	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,2 <sup>1)</sup>	+ 2,3 <sup>1)</sup>	+ 2,4	+ 2,2
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,7 <sup>1)</sup>	+ 2,1 <sup>1)</sup>	+ 2,7	+ 2,2
Gewerbe	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,1
Baugewerbe	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,3
Industrie	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,2
Handel	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,1
Verkehr	+ 3,0	+ 1,1	+ 3,7 <sup>1)</sup>	+ 2,0 <sup>1)</sup>	+ 3,6	+ 1,8
Tourismus	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,5
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,3
Freie Berufe	.	.	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6
Land- und Forstwirtschaft	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,2
Öffentlicher Dienst	.	.	+ 1,1 <sup>2)</sup>	+ 2,5 <sup>2)</sup>	+ 1,1	+ 2,5

Q: Statistik Austria. – 1) Angestellte und Bedienstete. – 2) Bedienstete.

Nach einer negativen Lohndrift im Vorjahr nahmen 2003 trotz anhaltender Wachstumsschwäche die Effektivverdienste etwas stärker zu als die Tariflöhne. Nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wuchsen die Leistungseinkommen der Arbeitnehmer um 2,3% (2002: +2,2%); die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme erhöhte sich mit +2,6% um rund ½ Prozentpunkt stärker als in den zwei vorangegangenen Jahren. Die Bruttoreallöhne pro Kopf (2001: –0,8%) dürften nach den vorläufigen Daten in den letzten zwei Jahren gestiegen sein (2002 +1,0%, 2003 +0,5%). Die für die Kaufkraft entscheidenden Nettoverdienste dürften 2002 um 0,8% und 2003 um 0,2% zugenommen haben.

Im gesamten produzierenden Bereich laut ÖNACE-Gliederung erhöhten sich 2003 die Monatsverdienste relativ einheitlich mit einer Rate von +2,5%; die Stundenverdienste nahmen mit +3% im Bauwesen etwas stärker zu als in der Sachgütererzeugung.

### Übersicht 26: Effektivverdienste

#### Bruttoverdienst je Beschäftigten

		2001	2002	2003
		In €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
ÖNACE				
Produzierender Bereich	Pro Monat	2.546,17	+ 2,5	+ 2,5
	Pro Stunde	15,23	+ 3,0	+ 2,8
Sachgüterproduktion	Pro Monat	2.563,53	+ 2,4	+ 2,4
	Pro Stunde	15,36	+ 3,0	+ 2,6
Bauwesen	Pro Monat	2.303,04	+ 3,1	+ 2,7
	Pro Stunde	13,76	+ 3,1	+ 3,0
Industrie (Fachverbands- gliederung)	Pro Monat	2.746,68	+ 2,3	+ 2,7
	Pro Stunde	16,35	+ 2,9	+ 2,8

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik.

Die günstigere Entwicklung der Leistungseinkommen in den letzten zwei Jahren und die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes schlugen sich in einer stärkeren Zunahme der Masseneinkommen nieder: Mit +2,5% im Jahr 2002 und +2,6% im Jahr 2003 übertraf sie das Ergebnis von 2001 um ½ Prozentpunkt. Da sich der Preisauftrieb merklich abschwächte, stieg die reale Kaufkraft der Masseneinkommen – nach einem Rückgang im Jahr 2001 (–0,1%) – 2002 um 1,4% und 2003 um 0,9%.

**Massenkaufkraft  
stagniert**

Übersicht 27: Löhne und Einkommen

	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer			
Brutto nominell	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3
Brutto real <sup>1)</sup>	- 0,8	+ 1,0	+ 0,5
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,6
Masseneinkommen, netto <sup>2)</sup>			
Nominell	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,6
Real <sup>1)</sup>	- 0,1	+ 1,4	+ 0,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Deflationiert mit dem Deflator des privaten Konsums. – <sup>2)</sup> Vorläufige Berechnung.

**Herbstlohnrunde 2003**

Die Herbstlohnrunde 2003 stand im Zeichen eines gespaltenen Konjunkturbildes: Einerseits festigte sich die Erwartung einer weltweiten Erholung, andererseits hatten sich aber mit Ausnahme der Bauwirtschaft die realen Bedingungen kaum gebessert – die Sachgütererzeugung stagnierte, und die Arbeitsmarktlage verschlechterte sich weiter, während die Aufwertung des Euro neue Unsicherheiten nährte.

Die Herbstlohnrunde wurde mit dem Metallerabschluss (ohne Elektro- und Elektronikindustrie) eröffnet. Er sieht ab 1. November 2003 für 180.000 Arbeiter und Angestellte eine Erhöhung der Kollektiv- und Ist-Löhne und -Gehälter um 2,1% für 12 Monate vor. Abweichend von der langjährigen Tradition steigen damit in der Metallindustrie die Mindestlöhne und Ist-Löhne mit derselben Rate. Zusätzlich wurden eine Mindesthöhung von 35 € pro Monat und eine Verteiloption vereinbart (Anhebung um 1,8%, wenn im Unternehmen 0,6% der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen verwendet werden). Der Mindestlohn beträgt in der Metallindustrie nach dem neuen Kollektivvertrag 1.240,76 €.

In der Elektro- und Elektronikindustrie einigten sich die Sozialpartner neben der Lohnerhöhung auf eine Harmonisierung der Kollektivverträge zwischen Arbeitern und Angestellten. Der neue Kollektivvertrag sieht ein einheitliches Entgeltsystem für alle Beschäftigten der Elektro- und Elektronikindustrie und eine Erhöhung der Kollektiv- und der Ist-Löhne um 2,5% für 18 Monate einschließlich einer Verteiloption von 0,6% der Lohnsumme vor. Dieser Vertrag gilt für 58.000 Arbeiter und Angestellte und tritt am 1. Mai 2004 in Kraft. Das neue Entgeltsystem wird eine flexiblere Berücksichtigung von Erfahrung und Leistung ermöglichen; 11 neue Beschäftigungsgruppen lösen die bisherigen Lohn- und Verwendungsgruppen ab, vier zeitgetriebene Lohn- und Gehaltsvorrückungen erfolgen nach 2, 4, 7 und 10 Jahren.

Auch für die Papier- und Pappeindustrie wurde ein mehr als einjähriger Kollektivvertrag abgeschlossen: Mit 1. November 2003 wurden die Kollektiv- sowie die Ist-Löhne und -Gehälter um 2,1% (Pappeindustrie: Ist-Löhne und -Gehälter +1,8%) für eine Laufzeit von 18 Monaten mit der Möglichkeit einer ähnlichen Verteiloption wie im Metallsektor angehoben. Zusätzlich wird ab 1. Mai 2004 ein Betrag von 0,9% der Lohn- und Gehaltssumme in eine Pensionskasse eingezahlt; wenn bis dahin keine Einigung über ein Pensionsmodell zustande kommt, werden die Gehälter rückwirkend ab 1. November 2003 für 18 Monate um 2,8% statt 2,1% erhöht.

Mit Jahresbeginn 2004 trat das neue Gehaltsabkommen im öffentlichen Dienst in Kraft. Es sieht eine Anhebung der Gehälter um 1,85% vor. Auch die Gehälter der Handelsangestellten wurden mit 1. Jänner um 1,9% erhöht, die Löhne in einigen Sparten der Süßwarenindustrie um 1,87% bis 2%, jene in der Tabakindustrie um 2,2%.

Seit 1. Februar 2004 gelten für die Stromversorgungsunternehmen, die Mineralölindustrie und die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen neue Kollektivverträge, die relativ einheitlich eine Steigerung der Mindestgehälter um 2,1% und der Ist-Gehälter um 2,0% bis 2,1% sowie einen Mindestbetrag von 35 € bis 50 € vorsehen. Die Vereinbarungen für die Angestellten des Finanzsektors sehen ab Februar 2004 Gehaltserhöhungen um 1,95% vor.

Anfang April wurden die Mindestlöhne im papierverarbeitenden Gewerbe um 2,1% und die Ist-Löhne um den entsprechenden Euro-Betrag angehoben. In der Textilindustrie trat eine Erhöhung der Ist-Löhne und -Gehälter um 1,9% in Kraft, die Kollektivvertragslöhne und Gehälter wurden um 1,9% bis 2,0% gesteigert. Mit 1. Mai werden in der Bekleidungsindustrie die Ist-Löhne um 1,9%, die Mindestlöhne um 2,2% erhöht.

Alois Guger ([Alois.Guger@wifo.ac.at](mailto:Alois.Guger@wifo.ac.at))

Statistik: Eva Latschka ([Eva.Latschka@wifo.ac.at](mailto:Eva.Latschka@wifo.ac.at))

Im Jahresdurchschnitt 2003 lag die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, Präsenzdienst und in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer) bei 3,070.700 und war damit um 7.200 oder 0,2% höher als 2002. Dieser Anstieg ging – wie im Jahr zuvor – ausschließlich auf die Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte zurück (+15.900 auf 350.400, 4,8% gegenüber 2002); die Zahl der inländischen unselbständig aktiv Beschäftigten verringerte sich um 8.700 (–0,3%) auf 2,720.300. Auch die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nahm zu (+3.000 auf 380.700, +0,8%), weil der Verringerung der Zahl der Selbständigen und Mithelfenden in der Land- und Forstwirtschaft (–2.500 auf 107.500, –2,3% gegenüber 2002) eine Expansion der Selbständigenzahl im nichtlandwirtschaftlichen Bereich gegenüberstand (+5.500 auf 273.200, +2,1%).

### Trotz leichter Erholung der Beschäftigung kein Abbau der Arbeitslosigkeit

Die Konjunkturschwäche wirkte sich 2003 negativ auf das Beschäftigungswachstum aus. Nur die Zahl ausländischer Arbeitskräfte erhöhte sich, zum Teil eine Folge geänderter Zugangsbestimmungen zum Arbeitsmarkt. Die anhaltende Zunahme des Arbeitskräfteangebotes sowie die Verfestigung der Arbeitslosigkeit trugen dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit weiter stieg.

Abbildung 12: Entwicklung des Arbeitsmarktes

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – A... einschließlich Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienst, B... ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienst. Die Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung wurde durch die Effekte der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes anstelle des Karenzgeldes und der damit verbundenen Ausweitung des Bezugszeitraums überlagert. Die tatsächliche Entwicklung der aktiven Beschäftigung wird durch den Verlauf der Linie B ersichtlich.

Übersicht 28: Der Arbeitsmarkt im Überblick

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	In 1.000					
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)2)</sup>	3.368,2	3.406,4	3.437,3	3.452,4	3.441,2	3.451,4
Männer	1.961,9	1.973,0	1.975,8	1.965,9	1.951,1	1.956,3
Frauen	1.406,3	1.433,4	1.461,4	1.486,5	1.490,1	1.495,1
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	3.446,6	3.478,8	3.506,5	3.522,5	3.532,9	3.565,5
Männer	1.974,0	1.985,2	1.988,1	1.978,4	1.963,8	1.969,6
Frauen	1.472,6	1.493,6	1.518,4	1.544,0	1.569,1	1.595,9
Aktiv unselbständig Beschäftigte <sup>1)2)</sup>	2.998,3	3.035,5	3.064,5	3.078,1	3.063,5	3.070,7
Männer	1.732,3	1.742,6	1.744,7	1.735,2	1.718,4	1.717,4
Frauen	1.266,0	1.292,9	1.319,7	1.342,9	1.345,1	1.353,3
Unselbständig Beschäftigte <sup>1)</sup>	3.076,7	3.107,9	3.133,7	3.148,2	3.155,2	3.184,8
Männer	1.744,4	1.754,8	1.757,0	1.747,7	1.731,1	1.730,6
Frauen	1.332,3	1.353,1	1.376,7	1.400,4	1.424,1	1.454,1
Selbständige und Mithelfende <sup>3)</sup>	369,9	370,9	372,8	374,3	377,7	380,7
Männer	229,6	230,4	231,1	230,7	232,7	238,9
Frauen	140,3	140,5	141,7	143,6	145,0	141,8
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>4)</sup>	237,8	221,7	194,3	203,9	232,4	240,1
Männer	129,4	121,5	107,5	115,3	134,4	139,7
Frauen	108,4	100,2	86,8	88,6	98,0	100,4
Aktive Erwerbspersonen <sup>1)2)3)4)</sup>	3.606,0	3.628,1	3.631,6	3.656,3	3.673,6	3.691,5
Männer	2.091,3	2.094,5	2.083,3	2.081,2	2.085,5	2.096,1
Frauen	1.514,7	1.533,6	1.548,2	1.575,1	1.588,1	1.595,5
Erwerbspersonen	3.684,4	3.700,5	3.700,9	3.726,3	3.765,3	3.805,6
Männer	2.103,4	2.106,7	2.095,6	2.093,7	2.098,1	2.109,2
Frauen	1.580,9	1.593,8	1.605,2	1.632,6	1.667,1	1.696,3
	In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)					
Erwerbsquote <sup>2)5)</sup>	67,3	67,4	67,1	67,2	67,2	67,2
Männer	77,8	77,7	76,9	76,4	76,2	76,2
Frauen	56,6	57,1	57,3	58,0	58,2	58,2
Erwerbsquote <sup>5)</sup>	68,7	68,7	68,4	68,5	68,9	69,3
Männer	78,3	78,1	77,4	76,9	76,7	76,7
Frauen	59,1	59,3	59,4	60,1	61,1	61,8
Beschäftigungsquote <sup>2)4)</sup>	62,8	63,3	63,5	63,5	63,0	62,8
Männer	73,0	73,2	72,9	72,2	71,3	71,1
Frauen	52,6	53,3	54,1	54,8	54,6	54,5
Beschäftigungsquote <sup>4)</sup>	62,8	63,3	63,5	63,5	63,0	62,8
Männer	73,0	73,2	72,9	72,2	71,3	71,1
Frauen	52,6	53,3	54,1	54,8	54,6	54,5
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Arbeitslosenquote <sup>2)4)</sup>	7,3	6,8	6,0	6,2	7,1	7,3
Männer	7,0	6,5	5,8	6,2	7,3	7,5
Frauen	7,9	7,2	6,2	6,2	6,8	6,9
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	7,2	6,7	5,8	6,1	6,9	7,0
Männer	6,9	6,5	5,8	6,2	7,2	7,5
Frauen	7,5	6,9	5,9	5,9	6,4	6,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>2)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – <sup>3)</sup> Laut WIFO. – <sup>4)</sup> Laut Arbeitsmarktstatistik. – <sup>5)</sup> Erwerbspersonen. – <sup>6)</sup> Erwerbstätige.

Damit erreichte die Zahl der aktiv Erwerbstätigen (Selbständige und unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, Präsenzdienst und in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer) im Durchschnitt 2003 nach dem leichten Rückgang im Vorjahr etwa das Niveau von 2001.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Jahr 2003 das dritte Jahr in Folge (+7.700 auf 240.100, +3,3%), weil einerseits die Nachfrage nach Beschäftigten gering war, ande-

rerseits das Arbeitskräfteangebot ungebrochen wuchs. Dafür war nicht nur die Einschränkung des Zugangs zur Erwerbsunfähigkeits- und Frühpension maßgebend, sondern auch der anhaltende Zustrom von ausländischen befristet Beschäftigten (früher "Saisonierregelung") zum Arbeitsmarkt sowie die Neuregelung des Zugangs für niedergelassene Drittstaatenangehörigen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich damit 2003 nach traditioneller Berechnungsmethode von 6,9% auf 7% der Unselbständigen laut administrativer Statistik, nach EU-Methode von 4,3% auf 4,4% der Erwerbspersonen.

Die Zahl der Erwerbspersonen ohne Personen mit Karenz- bzw. Kindergeldbezug und ohne Präsenzdiener stieg um 17.900 oder 0,5% auf 3,691.500; es war damit ähnlich hoch wie im Jahr davor. War die Ausweitung 2002 von einem Rückgang der unselbständigen Beschäftigung um 14.600 und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um 28.500 begleitet gewesen, so erhöhten sich 2003 sowohl die Beschäftigung (+7.200) als auch die Arbeitslosigkeit (+7.700).

Die Erwerbsquote (ohne Personen mit Karenz- bzw. Kindergeldbezug und ohne Präsenzdiener) blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 67,2% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Männer 76,2%, Frauen 58,2%), unbereinigt ergab sich eine Steigerung von 68,9% im Jahr 2002 auf 69,3% (Männer unverändert 76,7%, Frauen von 61,1% auf 61,8%).

Das beim AMS gemeldete Stellenangebot war 2003 das dritte Jahr in Folge rückläufig. Die Zahl der offenen Stellen lag im Jahresdurchschnitt bei 21.700 (-1.500, -6,4%), um 61,2% unter dem Niveau von 2000, dem letzten guten Konjunkturjahr.

### *Institutionelle Faktoren verschleiern tatsächliche Beschäftigungsentwicklung*

Der offizielle Indikator für die Entwicklung der Beschäftigung in Österreich ist die von den Krankenkassen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger gemeldete Zahl der Beschäftigungsverhältnisse. Diese Statistik wird nicht primär zur Erfassung der Beschäftigung erstellt, sondern dient als Grundlage für die Berechnung von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen. Änderungen im Sozialversicherungsrecht, u. a. im Bereich der Pensions- und Karenz- bzw. Kindergeldregelungen, erschweren die Interpretation der Beschäftigungsentwicklung.

So war 2003 der überwiegende Teil der ausgewiesenen Beschäftigungsdynamik auf den Anstieg der Zahl der Bezieher von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis zurückzuführen<sup>1)</sup>. Dieser resultiert aus der Verlängerung der Dauer für den Leistungsbezug um ein Jahr. Zusätzlich ergeben sich Doppelzählungen von Personen, die während des Leistungsbezugs aktiv beschäftigt sind.

Auch eine um inaktive Personen mit Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld bereinigte Zeitreihe überschätzt die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2003 aus verschiedenen Gründen:

- Durch verspätete Meldungen der Wiener Krankenfürsorgeanstalt gingen neue Beschäftigungsverhältnisse aus dem 2. Halbjahr 2002 erst 2003 in die Beschäftigungsstatistik ein. Die Beschäftigungsentwicklung wurde so 2002 zu gering, 2003 zu hoch ausgewiesen.
- Das Instrument der Altersteilzeit wird häufig nicht für einen gleitenden Übergang aus der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand durch Reduktion der Wochenarbeitszeit genutzt, sondern für einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben. Die Betroffenen behalten zunächst ihre wöchentliche Normalarbeitszeit bei (Blockung). Danach erhalten sie weiterhin die Transferleistung und stehen in einem aufrechten Beschäftigungsverhältnis, gehen aber keiner Erwerbsarbeit mehr nach. Im Jahr 2003 dürften laut WIFO-Schätzung<sup>1)</sup> rund 3.000 Personen mit Altersteilzeit ihre aktive Erwerbstätigkeit beendet haben.
- Arbeitslose, die während einer Schulung eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts beziehen, galten aufgrund der vollen Versicherungspflicht in der offiziellen Statistik bis Ende 2003 als unselbständig beschäftigt. Ihre Zahl dürfte gegenüber 2002 leicht gestiegen sein. Mit Wegfall der Vollversicherungspflicht ab 2004 werden diese Kursteilnahmen nicht mehr als Beschäftigungsverhältnisse gezählt; die ausgewiesene Beschäftigungsdynamik erscheint damit 2004 ungünstiger als der tatsächlichen Entwicklung entspräche.

Über den Einfluss dieser institutionellen Faktoren auf den Jahresdurchschnittsbestand an Beschäftigten liegen derzeit nur Schätzwerte vor; demnach dürfte die aktive Beschäftigung 2003 nur geringfügig gestiegen sein<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Lutz, H., Walterskirchen, E., Aktive Beschäftigung in Österreich, WIFO, Wien, 2004 ([http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24893](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24893)).

**Gesamtwirtschaft: nur Beschäftigung von Frauen gestiegen**

Der Anstieg der Zahl der unselbständig Beschäftigten in der offiziellen Statistik von 29.600 oder 0,9% (Übersicht 29) entfiel ausschließlich auf Frauen. Zum Großteil war er eine Folge der Doppelzählung von beschäftigten Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen (siehe Kasten "Institutionelle Faktoren verschleiern tatsächliche Beschäftigungsentwicklung"). Der Frauenanteil an der aktiven Beschäftigung betrug 44,1% (2002 43,9%).

Übersicht 29: Der Arbeitsmarkt der Unselbständigen seit 1999

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1999	3,107.900	+ 31.200	61.000	221.700	- 16.100	31.200	+ 8.100
Ø 2000	3,133.700	+ 25.800	58.000	194.300	- 27.400	35.500	+ 4.300
Ø 2001	3,148.200	+ 14.400	58.600	203.900	+ 9.600	29.700	- 5.800
Ø 2002	3,155.200	+ 7.000	80.300	232.400	+ 28.500	23.200	- 6.500
Ø 2003	3,184.800	+ 29.600	102.600	240.100	+ 7.700	21.700	- 1.500
2003, Ø I. Quartal	3,122.900	+ 31.300	99.700	283.900	+ 5.900	21.100	- 1.800
Ø II. Quartal	3,188.000	+ 32.500	101.300	215.700	+ 5.400	24.000	- 1.100
Ø III. Quartal	3,255.000	+ 30.300	103.700	204.500	+ 7.500	22.600	- 1.000
Ø IV. Quartal	3,173.100	+ 24.200	105.900	256.200	+ 11.800	19.300	- 2.000

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienst.

**Weiterhin Arbeitsplatzabbau in Industrie und einigen Dienstleistungsbranchen**

Der Branchenstatistik zufolge schrumpfte die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung das zweite Jahr in Folge, jedoch verlangsamte sich der Rückgang merklich (-9.900 bzw. -1,7%; 2002 -15.100 bzw. -2,5%). In allen Branchen mit Ausnahme von Chemie und Recycling wurden Arbeitskräfte abgebaut. Auch in der Energie- und Wasserversorgung verringerte sich der Beschäftigungsabbau, ebenso im Bauwesen. Insgesamt waren 2003 667.000 Männer (-7.700, -1,1%) und 199.600 Frauen (-5.400, -2,6%) in der Sachgütererzeugung einschließlich Bergbau, Energieversorgung und Bauwesen beschäftigt. Der Frauenanteil lag bei 23%; dieser Durchschnitt wurde nur in der Textilbranche überschritten (62,2%).

Der Dienstleistungssektor verzeichnete eine Beschäftigungszunahme, obwohl in den Bereichen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Kredit- und Versicherungswesen sowie den privaten Haushalten Arbeitsplätze eingespart wurden: Der Beschäftigungsanstieg im Gesundheitsbereich, in den unternehmensnahen Diensten, im Gaststättenwesen, im Unterrichtswesen und in der öffentlichen Verwaltung reichte aus, um den Rückgang in den anderen Bereichen mehr als zu kompensieren<sup>15)</sup>. Das Beschäftigungswachstum kam 2003 Frauen (+13.600 auf 2,177.700, +1,2%) viel stärker zugute als Männern (+6.300 auf 1,144.300, +0,6%). Der Frauenanteil betrug im Dienstleistungssektor im Durchschnitt 52,6%; nur in den Branchen Verkehr und Kreditwesen war er merklich niedriger.

**Mehr ausländische Arbeitskräfte**

Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte auf den österreichischen Arbeitsmarkt gewann im Laufe des Jahres 2003 zunehmend an Bedeutung. Das ausländische Arbeitskräfteangebot weitete sich um 18.000 (+4,9%) auf 388.600 aus. Diese Entwicklung war geprägt von einer großzügigen Vergabe aufrechter Aufenthaltstitel für befristet beschäftigte Drittstaatenangehörige und von einer Neuregelung des Zugangs von Familienmitgliedern zum Arbeitsmarkt, die in eine Umwandlung unbefristeter Niederlassungsbewilligungen in Niederlassungsnachweise mündete. 2003 wurden 32.400 Befreiungsscheine durch Niederlassungsnachweise ersetzt; dies erlaubte etwa 10.000 bislang nicht erwerbstätigen ansässigen Familienangehörigen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Den Beschäftigtendaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zufolge stieg die Ausländerbeschäftigung um 15.900

<sup>15)</sup> Auch hier ist die eingeschränkte Aussagekraft der offiziellen Beschäftigungsstatistik zu berücksichtigen (z. B. Arbeitslose mit Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts, welche als Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung gezählt werden; nachträgliche Meldungen der Krankenfürsorgeanstalt Wien).



(+4,8%) auf insgesamt 350.400. Davon kamen 45.000 (+5.600, +14,3%) aus dem EU- bzw. EWR-Raum. Sie unterliegen keiner Aufenthaltsquote bzw. Quotenregelung der Beschäftigung. Der Ausländeranteil an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich von 10,6% (2002) auf 11% im Jahr 2003<sup>16)</sup>.

### Übersicht 30: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

Jahresdurchschnitt 2003

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	16.938	+ 447	+ 2,7	9.381	+ 12	+ 0,1	26.319	+ 459	
Bergbau, Industrie und Gewerbe	666.991	- 7.745	- 1,1	199.624	- 5.430	- 2,6	866.615	-13.174	- 1,5
Bergbau, Steine und Erden	11.563	- 73	- 0,6	1.649	+ 7	+ 0,4	13.212	- 66	- 0,5
Nahrung, Getränke, Tabak	39.762	- 16	+ 0,0	33.800	- 279	- 0,8	73.562	- 295	- 0,4
Textilien, Bekleidung, Leder	12.225	- 1.130	- 8,5	20.107	- 1.957	- 8,9	32.332	- 3.087	- 8,7
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	57.694	- 1.007	- 1,7	20.017	- 398	- 1,9	77.711	- 1.405	- 1,8
Chemie, Recycling	42.886	+ 290	+ 0,7	17.744	- 16	- 0,1	60.630	+ 274	+ 0,5
Stein- und Glaswaren	21.924	- 593	- 2,6	6.501	- 94	- 1,4	28.425	- 687	- 2,4
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	222.424	- 1.141	- 0,5	55.268	- 1.484	- 2,6	277.692	- 2.624	- 0,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport-, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	28.275	- 1.416	- 4,8	10.066	- 665	- 6,2	38.341	- 2.081	- 5,1
Energie- und Wasserversorgung	22.729	- 404	- 1,7	4.477	+ 6	+ 0,1	27.206	- 398	- 1,4
Bauwesen	207.509	- 2.255	- 1,1	29.995	- 550	- 1,8	237.504	- 2.805	- 1,2
Dienstleistungen	1.033.478	+ 6.259	+ 0,6	1.144.265	+13.622	+ 1,2	2.177.743	+19.881	+ 0,9
Handel, Reparatur	238.496	- 1.639	- 0,7	254.806	- 571	- 0,2	493.302	- 2.211	- 0,4
Gaststättenwesen	61.043	+ 1.559	+ 2,6	95.424	+ 1.744	+ 1,9	156.467	+ 3.303	+ 2,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	167.858	- 4.373	- 2,5	47.187	- 631	- 1,3	215.045	- 5.005	- 2,3
Kredit- und Versicherungswesen	56.473	- 203	- 0,4	53.300	- 381	- 0,7	109.773	- 584	- 0,5
Unternehmensnahe Dienstleistungen	142.587	+ 6.321	+ 4,6	143.456	+ 2.170	+ 1,5	286.043	+ 8.491	+ 3,1
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	226.768	+ 1.144	+ 0,5	244.392	+ 5.192	+ 2,2	471.160	+ 6.336	+ 1,4
Unterrichtswesen	43.899	+ 592	+ 1,4	85.063	+ 1.959	+ 2,4	128.962	+ 2.552	+ 2,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	39.212	+ 1.933	+ 5,2	126.545	+ 4.126	+ 3,4	165.757	+ 6.059	+ 3,8
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	56.831	+ 934	+ 1,7	90.929	+ 208	+ 0,2	147.760	+ 1.142	+ 0,8
Private Haushalte	311	- 9	- 2,8	3.163	- 194	- 5,8	3.474	- 202	- 5,5
Summe der Wirtschaftsklassen (aktiv unselbständig Beschäftigte)	1.717.406	- 1.040	- 0,1	1.353.268	+ 8.202	+ 0,6	3.070.674	+ 7.162	+ 0,2
Präsenzdiener	11.443	+ 122	+ 1,1	-	-	-	11.443	+ 122	+ 1,1
Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld	1.783	+ 482	+ 37,0	100.860	+21.832	+ 27,6	102.643	+22.314	+ 27,8
Summe der unselbständig Beschäftigten	1.730.632	- 436	- 0,0	1.454.128	+30.034	+ 2,1	3.184.760	+29.598	+ 0,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Die Ausländerbeschäftigung konzentrierte sich weiterhin auf die Branchen Land- und Forstwirtschaft, Gaststättenwesen, Textilindustrie und Bauwirtschaft. Aber auch in der Nahrungsmittelerzeugung, in der Chemie- sowie Steinindustrie, in den unternehmensnahen Dienstleistungen und in den privaten Haushalten war der Ausländeranteil an der Gesamtbeschäftigung überdurchschnittlich. Der Anstieg der Ausländerbeschäftigung betraf 2003 alle Branchen außer der Textil-, Holz-, Steinwaren- und Möbelindustrie und den privaten Haushalten.

Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitskräfte zu, der Verdrängungswettbewerb zwischen in Österreich niedergelassenen ausländischen Arbeitskräften und jenen, die befristet zum Zweck der Arbeitsaufnahme nach Österreich kamen (Saisonarbeitskräfte), weitete sich aus. Zu seiner Verschärfung trug auch die Neuregelung des Zugangs von Familienangehörigen zum Arbeitsmarkt bei. Die Zahl der arbeitslosen ausländischen Arbeitskräfte stieg um 2.100 (+5,7%) auf 38.200. Sie

<sup>16)</sup> Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wird allerdings in der Statistik des Hauptverbandes tendenziell überschätzt, weil der Wechsel der Staatsangehörigkeit erst bei einem Arbeitsplatzwechsel erfasst wird. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren steigenden Zahl von Einbürgerungen relevant.

umfasst ausschließlich niedergelassene arbeitslose ausländische Arbeitskräfte, weil befristet beschäftigte ausländische Arbeitskräfte keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, obwohl sie Versicherungsbeiträge zahlen.

Übersicht 31: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich

	Stand	Insgesamt		Anteile an der Gesamtbeschäftigung In %	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer		
		Veränderung gegen das Vorjahr	Absolut		In %	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1999	306.400	+ 7.800	+ 2,6	9,9	27.200	- 1.600	- 5,6
Ø 2000	319.900	+ 13.400	+ 4,4	10,2	25.800	- 1.400	- 5,1
Ø 2001	329.300	+ 9.500	+ 3,0	10,5	30.600	+ 4.800	- 8,6
Ø 2002	334.400	+ 5.100	+ 1,6	10,6	36.100	+ 5.500	-18,0
Ø 2003	350.400	+ 15.900	+ 4,8	11,0	38.200	+ 2.100	- 5,8
2003, Ø I. Quartal	334.300	+ 11.900	+ 3,7	10,7	47.700	+ 800	- 1,7
Ø II. Quartal	352.400	+ 15.900	+ 4,7	11,1	33.300	+ 1.400	- 4,4
Ø III. Quartal	365.700	+ 18.000	+ 5,2	11,2	28.700	+ 2.300	- 8,7
Ø IV. Quartal	349.100	+ 17.900	+ 5,4	11,0	43.100	+ 3.700	- 9,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

**Anhaltender Ausbau alternativer Beschäftigungsformen**

Im Gefolge der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gewinnen alternative Beschäftigungsformen kontinuierlich an Bedeutung. Das zeigt u. a. die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten und der bei Arbeitskräfteverleihern Beschäftigten.

Im Jahresdurchschnitt 2003 bestanden insgesamt 217.300 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Damit hielt der Trend zu dieser atypischen Beschäftigungsform an, jedoch schwächer als in den zwei Jahren zuvor (+2,5%; 2002 +3,3%, 2001 +4,3%).

Übersicht 32: Geringfügig Beschäftigte

Stichtag 1. Juli

	2001 Absolut	2002 Absolut	2003 Absolut	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002	2003
<b>Männer</b>	52.269	56.955	59.182	+ 3,7	+ 9,0	+ 3,9
Nur geringfügig beschäftigt	19.805	21.752	22.588	+ 7,0	+ 9,8	+ 3,8
Eine geringfügige Beschäftigung	19.396	21.261	22.115	+ 7,1	+ 9,6	+ 4,0
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	409	491	473	- 0,7	+ 20,0	- 3,7
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	32.464	35.203	36.594	+ 1,8	+ 8,4	+ 4,0
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	15.395	16.062	16.693	- 2,8	+ 4,3	+ 3,9
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	4.444	5.621	6.100	+ 2,6	+ 26,5	+ 8,5
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	239	258	278	- 4,4	+ 7,9	+ 7,8
Eigenpension	12.152	13.001	13.217	+ 8,6	+ 7,0	+ 1,7
Mehrere Versicherungsverhältnisse	234	261	306	- 12,4	+ 11,5	+ 17,2
<b>Frauen</b>	136.182	142.691	145.362	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,9
Nur geringfügig beschäftigt	77.790	80.981	81.068	+ 5,7	+ 4,1	+ 0,1
Eine geringfügige Beschäftigung	74.072	77.058	77.026	+ 5,9	+ 4,0	+ 0,0
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	3.718	3.923	4.042	+ 1,2	+ 5,5	+ 3,0
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	58.392	61.710	64.294	+ 1,6	+ 5,7	+ 4,2
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	27.592	28.189	28.592	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,4
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	13.890	16.068	17.795	+ 0,9	+ 15,7	+ 10,7
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	716	706	773	+ 10,2	- 1,4	+ 9,5
Eigenpension	15.759	16.192	16.295	+ 3,9	+ 2,7	+ 0,6
Mehrere Versicherungsverhältnisse	435	555	839	+ 5,6	+ 27,6	+ 51,2
<b>Insgesamt</b>	188.451	199.646	204.544	+ 3,8	+ 5,9	+ 2,5
Nur geringfügig beschäftigt	97.595	102.733	103.656	+ 5,9	+ 5,3	+ 0,9
Eine geringfügige Beschäftigung	93.468	98.319	99.141	+ 6,1	+ 5,2	+ 0,8
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	4.127	4.414	4.515	+ 1,0	+ 7,0	+ 2,3
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	90.856	96.913	100.888	+ 1,7	+ 6,7	+ 4,1
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	42.987	44.251	45.285	- 0,7	+ 2,9	+ 2,3
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	18.334	21.689	23.895	+ 1,3	+ 18,3	+ 10,2
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	955	964	1.051	+ 6,1	+ 0,9	+ 9,0
Eigenpension	27.911	29.193	29.512	+ 5,9	+ 4,6	+ 1,1
Mehrere Versicherungsverhältnisse	669	816	1.145	- 1,5	+ 22,0	+ 40,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Jeweils am 1. Juli wird die Statistik der geringfügigen Beschäftigung vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger nach unterschiedlichen versicherungsrechtlichen Positionen in einer personenbezogenen Statistik ausgewertet. Mitte 2003 waren demnach 204.500 Personen geringfügig beschäftigt, um 4.900 oder 2,5% mehr als im Vorjahr. Knapp mehr als die Hälfte von ihnen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt. Ihre Zahl steigt seit 1998.

Überdurchschnittlich stark erhöhte sich 2003 die Zahl jener Personen, die neben einer geringfügigen Beschäftigung über eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung verfügten, insbesondere Personen mit mehreren Versicherungsverhältnissen oder mit zusätzlichem Leistungsbezug aus der Arbeitslosen- bzw. der Krankenversicherung. Der Frauenanteil verringerte sich leicht von 71,5% auf 71,1%.

Am 31. Juli wird jeweils die Beschäftigung im Arbeitskräfteverleih erfasst. Sowohl die Zahl der Arbeitsverleiher (Überlasser) als auch die der Beschäftigten nimmt seit 1993 zu. Mitte 2003 waren 1.300 Unternehmen im Verleih tätig (+200, +8,4% gegenüber dem Vorjahr), sie beschäftigten 38.500 Personen (+7.300, +23,3% gegenüber dem Vorjahr). Ihre Leistungen wurden von 11.800 Betrieben (Beschäftiger) in Anspruch genommen (-1.500, -11,1% gegenüber dem Vorjahr).

### Übersicht 33: Entwicklung der Arbeitskräfteüberlassung

Stichtag 31. Juli

	Überlasser	Beschäftiger	Beschäftigte
1989	367	2.316	7.955
1990	356	2.525	8.947
1991	445	2.586	8.178
1992	453	2.704	8.716
1993	498	2.403	7.864
1994	537	3.204	10.492
1995	542	3.850	12.503
1996	593	4.190	14.548
1997	676	5.399	17.980
1998	742	6.408	20.772
1999	848	7.510	24.277
2000	999	9.704	30.120
2001	1.110	10.022	33.156
2002	1.087	13.237	31.207
2003	1.287	11.764	38.491

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Mit 1. Juli 2002 wurde das Arbeitsmarktförderungsgesetz im Rahmen des Konjunkturbelebungsgesetzes novelliert. Es erlaubt seither den Überlassern, auch als Arbeitsvermittler aufzutreten. Dies kann mit ein Grund für den relativ starken Anstieg der Zahl der beschäftigten Leiharbeiter im Jahr 2003 sein. Diese Hypothese ist allerdings schwer zu überprüfen, da gleichzeitig mit Inkrafttreten der Gesetzesnovelle die statistische Erfassung der Arbeitsvermittlung durch private Arbeitsvermittler eingestellt wurde.

Seit Mitte der achtziger Jahre (mit Ausnahme von 1995) nimmt die Zahl der Teilzeitbeschäftigten laufend zu. Bis 2000 ging diese Entwicklung nicht zulasten der Vollzeitbeschäftigung. Seither verringert sich jedoch gemäß Mikrozensus die Zahl der vollzeitbeschäftigten Unselbständigen, sodass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten überproportional zunimmt. Waren im Jahresdurchschnitt 2000 erst 15,7% aller Beschäftigten gemäß Labour-Force-Konzept Teilzeitarbeitskräfte gewesen, so erreichte dieser Anteil 2002 über 18%.

Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen erhöhte sich kontinuierlich. Der steigende Trend der Teilzeitbeschäftigung von Männern steht hingegen in einem negativen Zusammenhang mit der Konjunktur.

Gemäß Arbeitskräfteerhebung 2002 betrug der Teilzeitanteil für Frauen 35,7%, für Männer 5,1% (Labour-Force-Konzept). Die Beschäftigungsexpansion der Frauen erfolgte 2003 in den Branchen Gesundheit, Unterricht, öffentliche Verwaltung, Gaststättenwesen und unternehmensnahe Dienstleistungen in hohem Maße über eine

**Anstieg der Teilzeitbeschäftigung zulasten der Vollzeitbeschäftigung**

## Verfestigung der Arbeitslosigkeit

Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen, zum Teil auch zulasten von Vollzeitarbeitsplätzen. Der Teilzeitanteil der Frauen stieg laut Mikrozensus von 35,6% 2002 auf 37,1% 2003 (jeweils Durchschnitt I. bis III. Quartal 2003, Labour-Force-Konzept); in der Gesamtbeschäftigung erhöhte er sich von 17,9% auf 18,5%.

Im Jahr 2003 nahm die Arbeitslosigkeit das dritte Jahr in Folge zu, jedoch schwächer als im Jahr zuvor (+3,3% auf 240.100; 2002 +14%); Männer waren weiterhin etwas stärker betroffen (+4%) als Frauen (+2,4%). Die bereinigte Arbeitslosenquote betrug für Männer 7,5% (2002 7,3%), für Frauen 6,9% (2002 6,8%). Der Anstieg betraf alle Sektoren mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft (-114, -2,9%) und des Bauwesens (-373, -0,9%). Dennoch wiesen diese beiden Branchen (15,2% bzw. 12,7%) sowie das Gaststättenwesen (17,3%) nach wie vor die höchste Arbeitslosenquote auf.

Am stärksten erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in den Gruppen am Rand des Erwerbsalters: Jugendliche und Ältere vor Erreichen des Regelpensionsalters. In diesen Altersgruppen ist die Arbeitslosenquote bereits besonders hoch:

- Jugendliche haben zunehmend Probleme, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, wie die Arbeitslosenstatistik und die Zahl der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden zeigen. Die Arbeitslosenquote von unter 25-Jährigen nahm von 7,4% im Jahr 2002 auf 7,8% zu (Frauen 7,3%, Männer 8,3%), der Jahresdurchschnittsbestand der als arbeitslos Vorgemerkten unter 25 Jahren stieg um 7,5% auf 39.400 (19- bis 24-Jährige +8,1% auf 34.600). Im Jahresdurchschnitt waren mit 5.500 um rund 800 oder 16,2% mehr Lehrstellensuchende registriert als 2002, im Dezember 2003 betrug der Vorjahresabstand +11%.
- Die Anhebung des Antrittsalters für die vorzeitige Alterspension wirkte sich in steigenden Arbeitslosenzahlen der 55- bis 59-jährigen Frauen (+11,9%) und 60- bis 64-jährigen Männer (+16,8%) aus. Während sich allerdings für 55- bis 59-jährige Frauen die Arbeitslosigkeit beinahe parallel zur steigenden Erwerbsbeteiligung entwickelte (die Arbeitslosenquote sank dadurch um 0,1 Prozentpunkt auf 10,7%), erhöhte sich die Arbeitslosenquote der 60- bis 64-jährigen Männer um 0,6 Prozentpunkte auf 13%.

Mit zunehmender Dauer der Wachstumsschwäche einerseits und der Einsparungsbestrebungen im öffentlichen Bereich andererseits erfasst die Arbeitslosigkeit verstärkt Personen mit höherem Ausbildungsniveau. So nahm die Zahl der Arbeitslosen mit Tertiärabschluss (Universität, Fachhochschule, Akademie) mit +14,1% im Jahresdurchschnitt am stärksten zu, die Zahl der Arbeitslosen mit Maturaabschluss war um 7,8% höher als 2002. Damit entfielen insgesamt rund 32% des Anstiegs der Arbeitslosigkeit auf diese Personengruppen.

Die wachsende Angebotskonkurrenz zwischen niedriger qualifizierten Arbeitskräften wiederum betrifft besonders Personen ohne Pflichtschulabschluss (Arbeitslosigkeit +9,1%). Die Zahl der Arbeitslosen mit Pflichtschulabschluss nahm im Vorjahresvergleich um nur 2,6% zu, jene der Lehrabsolventen um 1,4%.

Das Niveau der Arbeitslosigkeit ist allerdings in der Gruppe der Pflichtschulabsolventen (45% aller Arbeitslosen, Männer 43%, Frauen 48%) und der Absolventen einer Lehre oder mittleren Schule am höchsten (43% aller Arbeitslosen, Männer 47%, Frauen 38%).

Die Verfestigung der Arbeitslosigkeit dokumentiert sich im Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit (mindestens ein Jahr; gemäß AMS) von durchschnittlich 12.900 im Jahr 2002 auf 19.000 2003 (+6.100, +47,6% gegenüber dem Vorjahr). Dies entsprach 7,9% aller Arbeitslosen, nach 5,5% 2002. Diese Statistik liefert jedoch kein adäquates Bild der Eingliederungsschwierigkeiten, weil für Arbeitslose, die eine AMS-Schulung besuchen und im Anschluss daran wieder arbeitslos sind, die Vormerkung neu beginnt. Aus diesem Grund entwickelte das Arbeitsmarktservice das Alternativkonzept der "Langzeitbeschäftigungslosigkeit". Als langzeitbeschäftigungslos gilt, wer in Summe mindestens 365 Tage in vorgemerkter Arbeitslosigkeit, Lehrstellensuche oder Schulung war, wenn zwischen diesen Episoden keine Unterbrechung von mehr als

62 Tagen liegt<sup>17)</sup>. Nach diesem Konzept betrug 2003 der Durchschnittsbestand von Personen mit länger dauernden (Wieder-)Beschäftigungsproblemen 69.900; dies entsprach 29,1% der Gesamtarbeitslosigkeit (7.200 unter 25-Jährige, 18,2% der Arbeitslosen dieser Altersgruppe; 34.100 Personen zwischen 25 und 45 Jahren, 27,1% der Arbeitslosen; 28.600 über 44-Jährige, 38,1% der Arbeitslosen).

Übersicht 34: Die Arbeitslosigkeit seit 1999

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1999	121.500	- 7.900	100.200	- 8.100	221.700	- 16.100
Ø 2000	107.500	- 14.000	86.800	- 13.400	194.300	- 27.400
Ø 2001	115.300	+ 7.800	88.600	+ 1.800	203.900	+ 9.600
Ø 2002	134.400	+ 19.100	98.000	+ 9.500	232.400	+ 28.500
Ø 2003	139.700	+ 5.300	100.400	+ 2.300	240.100	+ 7.700
2003, Ø I. Quartal	184.200	+ 6.200	99.700	- 300	283.900	+ 5.900
Ø II. Quartal	118.800	+ 4.300	96.800	+ 1.100	215.700	+ 5.400
Ø III. Quartal	108.200	+ 4.100	96.300	+ 3.400	204.500	+ 7.500
Ø IV. Quartal	147.600	+ 6.700	108.600	+ 5.100	256.200	+ 11.800

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Der seit dem Jahr 2001 anhaltende Rückgang des Stellenangebotes ist ein Hinweis darauf, dass die Konjunkturbelebung auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2003 noch nicht gegriffen hat. Die Zahl der offenen Stellen war mit 21.700 um 1.500 oder 6,4% geringer als im Jahr zuvor. Waren im Vorjahr 10 Arbeitslose auf eine offene Stelle gekommen, so waren es 2003 bereits 11,1<sup>18)</sup>. Die meisten Arbeitsplätze, die vom AMS angeboten wurden, waren für Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss oder Lehrabschluss (89,4%) bestimmt.

Das AMS verzeichnete 2003 ähnlich hohe Zugänge zu den offenen Stellen wie im Jahr zuvor (305.000). In Medieninseraten wurden allerdings mit 321.600 um 190.200 (-37,2%) weniger Arbeitsplätze ausgeschrieben als 2002. Sie richteten sich an Personen mit mindestens Lehrabschluss und konzentrierten sich auf alle Berufsobergruppen außer Land- und Forstwirtschaft, Textil, Chemie, Steine-Erden, Papier, Nahrung und Kulturberufe.

6,6% der Zugänge zu den offenen Stellen wurden 2003 in Medieninseraten als Teilzeitstellen (5 bis 30 Stunden pro Woche) angeboten (2002 6,1%). Auch sie gingen gegenüber 2002 merklich zurück (2002 31.300; 2003 -10.000 oder -31,8% auf 21.300). In der Unterkategorie der Teilzeitstellen richtete sich die Mehrzahl der Angebote an Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss oder Lehrabschluss (Meisterprüfung). Die meisten Angebote konzentrierten sich dementsprechend auf Tourismus-, Haushalts- und Handelsberufe.

Julia Bock-Schappelwein ([Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at](mailto:Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at))  
Statistik: Julia Hudritsch ([Julia.Hudritsch@wifo.ac.at](mailto:Julia.Hudritsch@wifo.ac.at))

2003 waren in der österreichischen Sachgütererzeugung im Jahresdurchschnitt rund 525.000 unselbständig Erwerbstätige beschäftigt; die Unternehmen erwirtschafteten eine reale Wertschöpfung (zu Preisen von 1995) von 40,73 Mrd. €. Das entsprach etwa 20% des österreichischen BIP.

**Zahl der offenen Stellen  
sinkt weiter**

**Anhaltende  
Stagnation in der  
Sachgütererzeugung**

<sup>17)</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, "APF Team Sektion II: Länger dauernde Arbeitsuche – Konzepte und Messverfahren", in: Der Arbeitsmarkt im Jahr 2003, Wien, 2004, S. 22-26.

<sup>18)</sup> Der tatsächliche Stellenandrang wird in diesen Zahlen überschätzt, da ausschließlich offene Stellen, die vom AMS ausgewiesen werden, in die Berechnung einfließen, nicht aber jene, die in den Medien angeboten werden.

Übersicht 35: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Abteilungen nach ÖNACE 2003

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität <sup>1)</sup>		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Arbeitskosten <sup>2)</sup>	
	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke	102,3	- 0,7	60.930	+ 0,2	102,6	- 0,8	1.609,7	+ 1,1	101,1	+ 1,8
Tabakverarbeitung	152,1	+ 8,0	1.165	+ 3,5	139,9	+ 4,4	60,7	+ 5,9	77,5	- 1,9
Textilien und Textilwaren	98,8	- 1,1	15.045	- 7,3	116,5	+ 6,7	410,4	- 6,9	91,7	- 5,9
Bekleidung	87,5	+ 1,0	7.573	- 7,7	110,7	+ 9,5	155,7	- 4,5	99,1	- 5,5
Ledererzeugung und -verarbeitung	86,8	- 9,3	4.988	- 12,7	102,8	+ 3,9	111,3	- 4,5	113,2	+ 5,2
Be- und Verarbeitung von Holz	109,3	+ 9,0	27.269	+ 2,3	111,7	+ 6,5	717,6	+ 4,5	97,6	- 4,1
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	102,2	+ 0,7	17.492	+ 1,0	100,3	- 0,3	652,2	+ 4,0	107,0	+ 3,3
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	108,4	+ 6,2	20.934	- 1,8	108,1	+ 8,1	806,3	- 0,8	101,4	- 6,6
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	69,0	+ 3,4	2.257	+ 2,5	73,7	+ 0,9	181,0	+ 16,5	153,2	+ 12,7
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	115,0	+ 3,9	23.894	+ 1,4	107,3	+ 2,5	966,0	+ 5,9	97,7	+ 1,9
Gummi- und Kunststoffwaren	101,1	+ 1,0	25.082	- 1,8	104,6	+ 2,9	762,4	- 3,8	101,0	- 4,8
Glas, Waren aus Steinen und Erden	104,5	+ 3,2	31.971	- 0,4	103,4	+ 3,6	1.078,9	+ 2,1	102,9	- 1,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	107,6	+ 0,6	31.457	- 0,8	108,4	+ 1,4	1.174,5	+ 1,7	96,2	+ 1,1
Metallerzeugnisse	112,8	+ 8,6	55.795	+ 2,1	111,2	+ 6,4	1.737,0	+ 4,5	96,3	- 3,8
Maschinenbau	112,8	+ 1,3	70.021	- 1,0	105,8	+ 2,2	2.477,3	+ 1,9	99,3	+ 0,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	178,1	+ 2,6	972	+ 15,5	136,0	- 11,2	32,7	+ 37,4	95,1	+ 33,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	98,7	- 0,6	25.289	- 3,3	105,1	+ 2,8	865,3	- 1,5	102,2	- 0,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	71,9	- 7,6	24.142	- 5,3	85,3	- 2,4	1.046,2	- 6,6	122,5	+ 1,1
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	104,3	- 5,0	11.912	+ 0,7	93,5	- 5,7	387,5	+ 1,8	115,2	+ 7,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile	103,9	+ 2,7	28.401	- 0,1	100,7	+ 2,7	1.014,6	+ 3,2	107,9	+ 0,6
Sonstiger Fahrzeugbau	173,0	+ 26,3	6.232	+ 9,3	134,9	+ 15,5	261,0	+ 11,7	78,9	- 11,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	94,1	- 0,8	31.370	- 5,1	107,1	+ 4,5	803,7	- 2,8	102,5	- 2,0
Sachgütererzeugung	103,8	+ 2,1	524.188	- 1,0	105,2	+ 3,1	17.312,0	+ 1,2	101,7	- 0,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Produktion je Beschäftigten. – 2) Bruttolohn- und -gehaltssumme je Produktionseinheit.

Übersicht 36: Subjektive Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozentpunkten Auf Märkten außerhalb der EU							
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 7,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 11,2	+ 5,9	+ 3,7	+ 1,2
Vorprodukte	+ 9,6	+ 3,3	+ 1,4	+ 12,5	+ 6,3	+ 3,9	+ 1,0
Kraftfahrzeuge	+ 3,7	+ 5,9	- 3,1	+ 2,6	+ 3,5	- 8,1	+ 3,9
Investitionsgüter	+ 8,5	+ 6,4	+ 2,0	+ 13,0	+ 7,9	+ 7,1	+ 5,2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 9,3	+ 4,6	+ 1,3	+ 12,5	+ 0,7	- 1,2	+ 4,7
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,8	+ 2,5	- 0,5	+ 5,3	+ 3,7	+ 6,9	+ 1,3
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 1,8	- 0,5	- 2,3	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,4	- 3,3
Auf dem EU-Markt							
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 3,9	+ 4,8	+ 0,8	+ 9,1	+ 3,5	+ 1,1	+ 0,2
Vorprodukte	+ 5,5	+ 3,0	- 0,3	+ 9,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,3
Kraftfahrzeuge	+ 10,4	+ 16,8	+ 7,8	+ 15,5	+ 4,7	- 10,4	+ 3,8
Investitionsgüter	+ 1,9	+ 7,8	+ 5,7	+ 13,4	+ 8,0	+ 5,4	+ 3,3
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,2	+ 3,8	+ 2,7	+ 5,7	+ 0,6	- 2,7	- 11,2
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 7,9	+ 8,1	+ 4,5	- 1,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 6,8	- 3,3	+ 3,2	+ 1,3	- 4,3	- 2,4

Q: WIFO-Konjunkturtest.

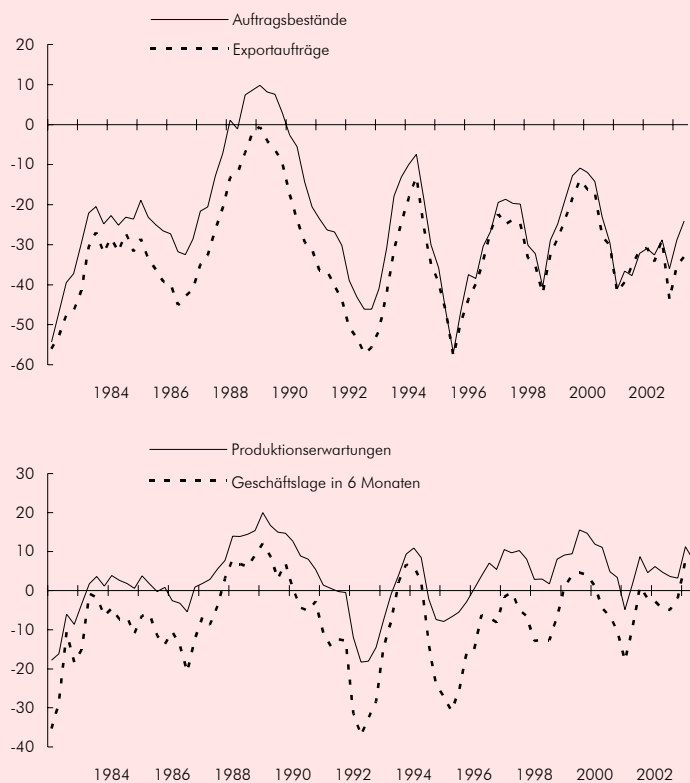
Das Jahr 2003 war für die österreichische Sachgütererzeugung durch eine anhaltende Stagnation der Produktion (2002: +0,5%; 2003: -0,2%) und einen Rückgang der Investitionen (-2,2%) gekennzeichnet. Die Investitionen wurden allerdings weniger stark reduziert als im Vorjahr (2002: -10,4%) und damit deutlich weniger, als unter den Rahmenbedingungen schwacher Kapazitätsauslastung zu erwarten gewesen wä-

re<sup>19)</sup>. Darin dürften sich vor allem Vorzieheffekte der ursprünglich bis Ende 2003 befristeten Investitionszuwachsprämie spiegeln.

Wesentliche Ursache der Stagnation in der Sachgütererzeugung war – wie auch im Jahr 2002 – das Fehlen von Nachfrage wichtiger Handelspartner aus dem Ausland, während zugleich die Inlandsnachfrage schwach war. Das bereits im Vorjahr verlangsamte Wachstum der Exporte der Sachgütererzeugung (2002: +3,1%) verlor neuerlich an Schwung und betrug 2003 nur noch +0,8%.

Abbildung 13: Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Saisonbereinigte Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozentpunkten



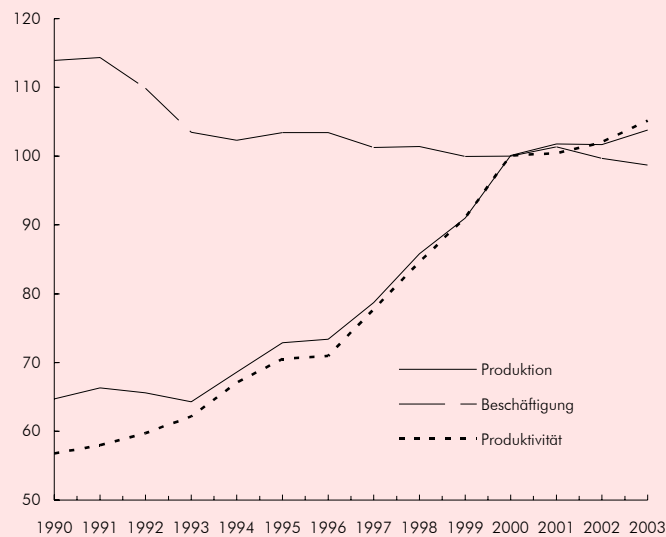
Q: WIFO-Konjunkturtest.

Die Produktivität der österreichischen Sachgütererzeugung steigt weiterhin, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren. Seit dem EU-Beitritt 1995 erhöhte sich die Arbeitsproduktivität durchschnittlich um 5,1% pro Jahr, 2003 blieb die Steigerungsrate aber mit 3,1% deutlich unter diesem mittelfristigen Durchschnitt. Ungefähr ein Drittel der Produktivitätssteigerung war 2003 auf Beschäftigungsabbau (-1,0%) zurückzuführen.

Die Entwicklung der Wettbewerbsposition der Sachgütererzeugung war 2003 stark durch die Aufwertung des Euro geprägt. Der Index des real-effektiven Wechselkurses stieg 2003 um 2,9%. Daraus ergaben sich sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die Unternehmen der Sachgütererzeugung: Während die Stärke des Euro die Wettbewerbsposition der exportorientierten Unternehmen beeinträchtigte, profitierte die Wirtschaft andererseits von einem weiteren Rückgang der Rohstoffpreise auf Euro-Basis (-2,9%). Die Lohnstückkosten blieben in der Sachgütererzeugung insgesamt im Jahr 2003 annähernd konstant (+0,3%), während gegenüber den Handelspartnern ein deutlicher Anstieg (+2,1%) zu verzeichnen war.

<sup>19)</sup> Vgl. Czerny, M., Falk, M., Schwarz, G., "Erholung der Investitionen, aber zurückhaltende Pläne in der Sachgütererzeugung. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2003", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(2), S. 139-147, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24858](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24858).

Abbildung 14: Produktion, Beschäftigung und Produktivität im Sachgüterbereich  
2000 = 100



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Besser als in anderen Ländern und entgegen der allgemeinen Konjunkturabschwächung wahrte die österreichische Sachgüterzeugung ihre seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre verbesserte Selbstfinanzierungskraft. Die Cash-Flow-Quote<sup>20)</sup> betrug im Jahr 2003 unverändert 11%. Damit lag die Ertragskraft der österreichischen Sachgüterproduzenten im europäischen Durchschnitt – unter jener von Finnland, den Niederlanden und Schweden, annähernd gleich auf mit Dänemark und Portugal, aber über jener von Deutschland, Italien und Spanien.

Übersicht 37: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Produktion real <sup>1)</sup>	+ 5,8	+ 1,6	+ 4,3	+ 4,8	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2
Beschäftigte <sup>2)</sup>		- 3,0	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	+ 5,7	+ 4,3	+ 5,9	+ 4,6	+ 4,4	+ 6,6	+ 1,6	+ 3,6	+ 1,5
Relative Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	+ 2,9	- 1,9	- 5,3	- 1,7	- 2,7	- 6,0	- 0,4	- 0,7	+ 2,1
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+ 13,2	+ 5,2	+ 16,9	+ 8,8	+ 6,3	+ 14,8	+ 6,1	+ 3,1	+ 0,8

Q: WIFO-Prognose, April 2004; WIFO-Datenbank. – <sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, real. – <sup>2)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>3)</sup> Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – <sup>4)</sup> In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Anfang 2003 zeigten sich die Unternehmen überwiegend pessimistisch, die Konjunkturindikatoren des WIFO-Konjunkturtests lagen überwiegend unter dem langjährigen Durchschnitt. Ab der Jahresmitte war allerdings eine stetige Aufwärtstendenz der Erwartungen zu beobachten; insbesondere in die in die Zukunft gerichteten Indikatoren "Produktionserwartungen für die nächsten drei Monate" und "Einschätzung der Geschäftslage" zeigten eine Besserung an. Dieser Aufwärtstrend hat sich jedoch in den ersten drei Monaten des Jahres 2004 nicht bestätigt.

Zur Zeit rechnen die Unternehmen der Sachgütererzeugung für 2004 nicht mit einer weiteren Verbesserung der Auftragslage und beurteilen die Produktionsaussichten zurückhaltender als zuvor. Es bleibt abzuwarten, ob dies nur eine kurzfristige "Konjunkturpause" ist, oder ob die zaghafte Konjunkturerholung der zweiten Jahreshälfte 2003

<sup>20)</sup> Vgl. Peneder, M., Pfaffermayr, M., "Stabile Entwicklung des Cash-Flows 2003. Selbstfinanzierungskraft und Eigenkapitalausstattung der österreichischen Sachgütererzeugung", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(3), S. 185-195. [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24903](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24903).



bereits wieder ihr Ende erreicht hat. Für 2004 geht das WIFO in seiner Frühjahrsprognose von einem Wachstum der Sachgütererzeugung von 2,2% aus.

Michael Böheim ([Michael.Boeheim@wifo.ac.at](mailto:Michael.Boeheim@wifo.ac.at))  
Statistik: Traude Novak ([Traude.Novak@wifo.ac.at](mailto:Traude.Novak@wifo.ac.at))

Die Bauwirtschaft hat sich im Jahr 2003 deutlich erholt. Nachdem die reale Wertschöpfung 2001 und 2002 geschrumpft war (–3,2%, –0,5%), nahm sie 2003 mit +2,5% deutlich zu. Die Konjunkturbelebung war stärker als erwartet. Besonders große Zuwächse verzeichnete der Tiefbau, insbesondere der Verkehrswegebau, aber auch die Wasserwirtschaft und der sonstige Tiefbau. Auch der Wohnbau steigerte seine Produktion 2003, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, wieder beträchtlich. Der Industriebau litt unter der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturschwäche; der sonstige Hochbau stieg kräftiger, obschon sich Überkapazitäten abzeichnen. Das Baunebengewerbe sowie die Adaptierungen im Hochbau, die noch 2002 rückläufig gewesen waren, wurden 2003 merklich ausgeweitet. Dies spiegelt die Forcierung von Sanierungen des Althausbestands unter dem Aspekt von energiesparenden Investitionen wider. Entsprechend rege war die Nachfrage nach Dämmstoffverarbeitung. Eine merkliche reale Zunahme verzeichnete auch die Baustoffproduktion der stein- und keramischen Industrie.

## Erholung der Bauwirtschaft 2003

Übersicht 38: Produktionswert des Bauwesens

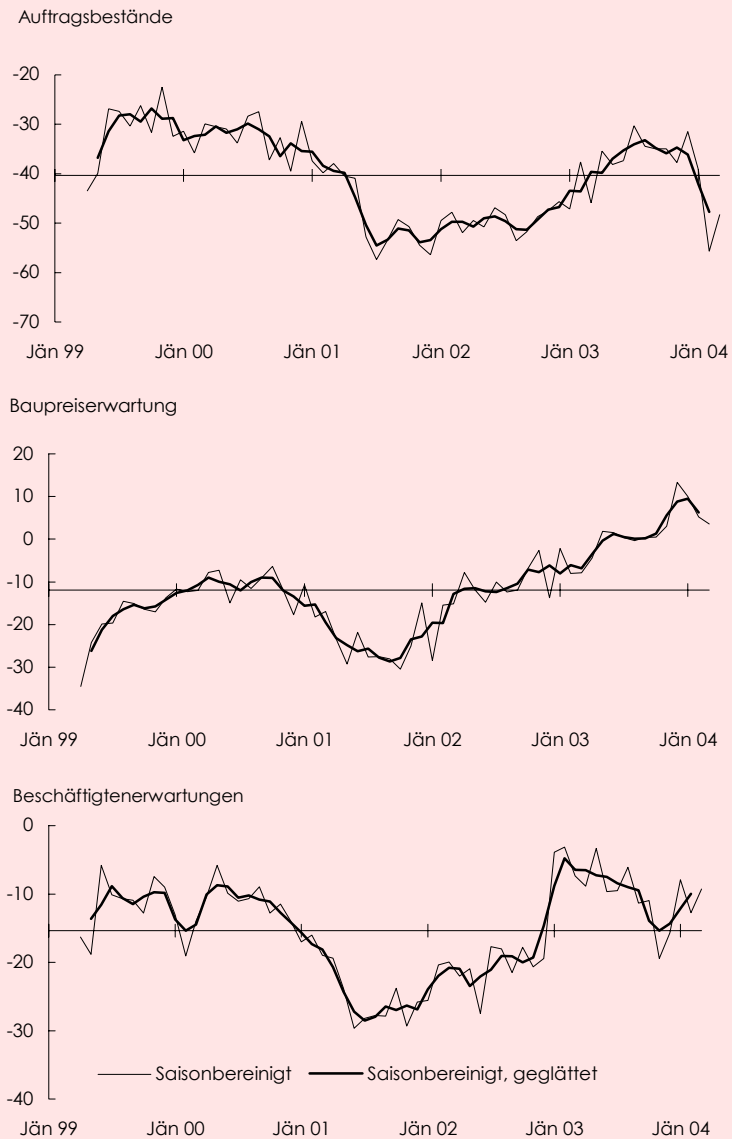
	2002	2003	2003			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Laut ÖNACE <sup>1)</sup>	+ 0,7	+ 8,7	+ 13,7	+ 4,6	+ 8,8	+ 9,2
Hoch- und Tiefbau	+ 3,7	+ 7,7	+ 15,0	+ 3,3	+ 8,5	+ 7,2
Baunebengewerbe <sup>2)</sup>	– 3,1	+ 10,5	+ 12,4	+ 7,4	+ 9,6	+ 12,3
Laut GNACE <sup>3)</sup>	+ 1,2	+ 9,7	+ 17,7	+ 5,0	+ 10,5	+ 9,0
Hochbau	– 2,3	+ 8,0	+ 16,4	+ 0,0	+ 9,0	+ 9,6
Wohnhaus- und Siedlungsbau	– 5,1	+ 6,0	+ 3,6	+ 2,3	+ 7,4	+ 9,5
Industriebau	– 22,2	+ 2,6	+ 15,7	– 21,3	+ 15,3	+ 4,9
Sonstiger Hochbau	+ 8,6	+ 8,8	+ 34,2	– 0,9	+ 6,7	+ 6,1
Nichtwohnbau <sup>4)</sup>	+ 0,2	+ 7,3	+ 29,6	– 5,5	+ 8,6	+ 5,8
Adaptierungen im Hochbau	– 0,7	+ 13,4	+ 11,8	+ 8,9	+ 12,7	+ 19,0
Tiefbau	+ 6,2	+ 10,5	+ 17,8	+ 9,5	+ 11,7	+ 7,3
Verkehrswegebau <sup>5)</sup>	+ 13,0	+ 10,4	+ 16,5	+ 4,4	+ 15,0	+ 9,0
Sonstiger Tiefbau <sup>6)</sup>	– 1,5	+ 10,6	+ 18,8	+ 15,3	+ 8,0	+ 5,5

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Klassifikation laut EU, Wert der abgesetzten Produktion. – <sup>2)</sup> Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – <sup>3)</sup> Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Sparten-gliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – <sup>4)</sup> Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau. – <sup>5)</sup> Brücken- und Hochstraßenbau + Straßenbau + Eisenbahnoberbau + Tunnelbau. – <sup>6)</sup> Rohrleitungs-Kabelnetzbau + Wasserbau + Spezial- und sonstiger Tiefbau.

Die günstige Produktionsentwicklung im Laufe des Jahres 2003 schlug sich auf die Beschäftigungssituation nieder, der Abbau der Baubeschäftigung verlangsamte sich deutlich. Im Jahre 2003 waren 237.500 Arbeitskräfte im Bausektor beschäftigt, um 2.800 weniger als im vorangegangenen Jahr (2001 –10.400, 2002 –6.800). Erstmals seit 2000 nahm die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter im Jahresdurchschnitt 2003 etwas ab.

Die günstige Baukonjunktur spiegelte sich in der Auftragslage: Im Jahresdurchschnitt 2003 stiegen die nominellen Auftragsbestände um 4,0% und die Auftragseingänge um 9,9%. Die im Rahmen des WIFO-Konjunkturtest befragten Bauunternehmen beurteilten die Bautätigkeit im Laufe des Jahres 2003 deutlich besser als in den Jahren zuvor. Allerdings zeichnete sich Anfang 2004 wieder eine leichte Dämpfung der Produktions- und Auftragserwartungen ab.

Abbildung 15: Konjunkturschätzung in der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest. Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozentpunkten. Geglättet ... Monatsdurchschnitt.

Übersicht 39: Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt

Zu Preisen von 1995

	Wertschöpfung des Bauwesens Veränderung gegen das Vorjahr in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderung gegen das Vorjahr in %
1998	+ 3,9	+ 3,9
1999	+ 1,4	+ 2,7
2000	+ 0,8	+ 3,4
2001	- 3,2	+ 0,8
2002	- 0,5	+ 1,4
2003	+ 1,7	+ 0,7
2004	+ 1,7	+ 1,7
2005	+ 1,9	+ 2,4

Q: WIFO-Prognose vom April 2004.

Die Diskussion um die Wohnbauförderung im Rahmen des Finanzausgleichs wird heuer Vorzieheffekte im Wohnbau auslösen. Dies betrifft sowohl den Geschößbau, vor allem den Mietwohnbau, als auch den Eigenheimbau. Zudem wird die Nachfra-

ge im Ein- und Zweifamilienhausbau durch günstige Finanzierungsangebote stimuliert. Auch die Sanierungstätigkeit im Wohnbau wird von den Finanzierungskonzepten für energiesparende Investitionen profitieren.

Insgesamt wird die reale Wertschöpfung der Bauwirtschaft 2004 mit +2½% neuerlich kräftig wachsen. Vor allem im Tiefbau wird die Nachfrage kräftig sein. Für den Wohnbau und für den sonstigen Hochbau sind die Produktionserwartungen günstig, wenngleich die Unternehmen Anfang 2004 eine Abschwächung der Dynamik meldeten.

Der nominelle Produktionswert der Bauwirtschaft erhöhte sich 2003 laut Konjunkturstatistik (GNACE – technische Produktion) um 9,7%, laut ÖNACE (abgesetzte Produktion) um 8,7%. Dabei erzielte der Tiefbau etwas kräftigere Zuwächse als der Hochbau. Das Baunebengewerbe steigerte seine Produktion erstmals nach starken Rückgängen (+10,5%).

**Baumsätze kräftig  
gestiegen**

#### Übersicht 40: Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

1996 = 100

	Auftragsbestände	Auftragseingänge
	Mio. €	
2002	5.314	15.826
I. Quartal	5.151	3.329
II. Quartal	5.530	4.131
III. Quartal	5.523	4.135
IV. Quartal	5.052	4.231
2003	5.524	17.385
I. Quartal	5.337	3.647
II. Quartal	5.716	4.279
III. Quartal	5.675	4.728
IV. Quartal	5.369	4.733
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
2002	- 2,6	+ 2,2
I. Quartal	- 2,6	- 1,7
II. Quartal	- 4,0	+ 2,0
III. Quartal	- 2,6	- 0,8
IV. Quartal	- 1,0	+ 9,1
2003	+ 4,0	+ 9,9
I. Quartal	+ 3,6	+ 9,6
II. Quartal	+ 3,4	+ 3,6
III. Quartal	+ 2,7	+ 14,3
IV. Quartal	+ 6,3	+ 11,9

Q: Statistik Austria, ÖNACE.

Gemessen an der technischen Produktion (GNACE) produzierte der gesamte Hochbau nominell um 8%, der Tiefbau um 10,5% mehr als im Vorjahr. Dank der Ausweitung des Finanzierungsrahmens der ASFINAG nahm der Verkehrswegebau 2003 um 10,4% zu, der übrige Tiefbau um 10,6%. Im Hochbau wurde der Wohnhaus- und Siedlungsbau mit +6,0% erstmals seit 1998 deutlich ausgeweitet. Der Industriebau war in der ersten Jahreshälfte 2003 noch rückläufig, im 2. Halbjahr setzte ein kräftiges Umsatzwachstum ein. Im Jahresdurchschnitt ergab sich ein nomineller Produktionszuwachs von 2,6%. Der sonstige Hochbau wuchs mit +8,8% kräftiger. Das Angebot an Bürohäusern hat sich stark erhöht, besonders in Wien. 2003 wurde mehr an neuen Büroflächen angeboten als nachgefragt, sodass die Leerstellungsrate nach Einschätzung von Experten über 6% betrug (nach 2% bis 2½% im Jahr 2002). Indikatoren weisen darauf hin, dass die Nachfrage nach Bürobauten vor dem Hintergrund dieser Überkapazitäten in den nächsten ein bis zwei Jahren gedämpft sein wird.

Der jüngste WIFO-Konjunkturtest spiegelt die Verbesserung der Baukonjunktur im Jahresverlauf 2003 wider. Sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau waren die Unternehmen recht optimistisch. Anfang 2004 fielen die Produktionserwartungen aber wieder

etwas vorsichtiger aus. Die Auftragslage im Hochbau wird verhalten eingeschätzt, während sie sich im Tiefbau stabil entwickelt.

**Übersicht 41: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus**

1996 = 100

	2000	2001	2002	2003
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Hochbau</i>	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,5
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,5
Baumeisterarbeiten	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,3
Sonstige Bauarbeiten	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6
<i>Tiefbau</i>	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2
Straßenbau	+ 0,8	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1
Brückenbau	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,4
<i>Hoch- und Tiefbau</i>	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9

Q: Statistik Austria.

**Beschäftigungssituation  
deutlich besser**

Aufgrund der Konjunkturbelebung in der Bauwirtschaft hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Laufe des Jahres 2003 merklich stabilisiert. Insgesamt waren 2003 in der Bauwirtschaft 237.500 Arbeitskräfte beschäftigt, um 1,2% oder 2.800 weniger als im vorangegangenen Jahr. Damit wurde der Beschäftigungsabbau, der Ende der neunziger Jahre eingesetzt hatte, deutlich abgeschwächt (2001: -10.400, 2002: -6.800).

Die Entspannung der Situation auf dem Arbeitsmarkt geht auch aus der Statistik der Arbeitslosigkeit hervor: Im Jahresdurchschnitt 2003 waren 42.600 Arbeitsuchende gemeldet, um knapp 1% weniger als im Jahr davor. Auch das Angebot an offenen Stellen ging nicht mehr so stark zurück wie in den zwei Jahren zuvor (2002: -11,0%, 2003: -4,0%).

**Übersicht 42: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft**

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt<sup>1)</sup></i>		
Ø 2000	257.576	- 2,0
Ø 2001	247.143	- 4,1
Ø 2002	240.309	- 2,8
Ø 2003	237.504	- 1,2
<i>Arbeitsuchende<sup>2)</sup></i>		
Ø 2000	36.085	- 7,7
Ø 2001	39.837	+ 10,4
Ø 2002	43.008	+ 8,0
Ø 2003	42.635	- 0,9
<i>Offene Stellen</i>		
Ø 2000	2.938	+ 12,9
Ø 2001	2.031	- 30,9
Ø 2002	1.807	- 11,0
Ø 2003	1.734	- 4,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>1)</sup> Einschließlich Baunebengewerbe. – <sup>2)</sup> Nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE), zuletzt in einem Baubetrieb beschäftigte Arbeitslose.

Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in der Bauwirtschaft hielt Anfang 2004 an. Im Februar 2002 war die Zahl der Beschäftigten sogar um nur 450 geringer als im Vergleichsmonat des Vorjahres, und auch die Arbeitslosigkeit ist entsprechend gesunken. Im März überstieg sie hingegen das Vorjahresniveau wieder um 3,6% oder 1.900 Personen. Eine Verbesserung könnte mit Beginn der Bausaison ab April einsetzen.

Aufgrund der deutlich steigenden Nachfrage erzielten die Zulieferbetriebe für die Bauwirtschaft 2003 wieder kräftigere Produktionszuwächse. Die stein- und keramische Industrie produzierte im Jahresdurchschnitt 2003 um 7,5% mehr als im Vorjahr, nach einer rückläufigen Entwicklung in den vorangegangenen Jahren. Auch die Holzverarbeitende Industrie steigerte ihre Umsätze kräftig (+6,5%). Nur die Glasindustrie, die schon in den vergangenen Jahren von der Expansion des Bürobaus profitierte, steigerte ihre Produktion nicht weiter (-2,1%).

## Zunahme der Baustoffherzeugung

Übersicht 43: Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2002	- 0,2	+ 0,3	- 4,4
2003	+ 7,5	- 2,1	+ 6,5
I. Quartal	- 4,5	+ 3,0	+ 7,9
II. Quartal	+ 6,4	- 6,1	+ 9,6
III. Quartal	+ 12,8	+ 2,6	+ 6,1
IV. Quartal	+ 12,1	- 7,7	+ 2,9

Q: Statistik Austria; ÖNACE: Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

Leichte Preisauftriebstendenzen waren vor allem im Hochbau, besonders im Wohnhaus- und Siedlungsbau zu verzeichnen, im Tiefbau stehen die Preise dagegen wegen des heftigen Wettbewerbs deutlich unter Druck. Der Preisindex war 2003 im Tiefbau leicht rückläufig (-0,2%). Im Hochbau lagen die Preise um 1,5% über dem Vorjahresniveau; sie sind damit etwas stärker gestiegen als der gesamte Verbraucherpreisindex (+1,3%). Die im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests befragten Bauunternehmen erwarten für die nächsten Monate eine leichte Verstärkung der Preisauftriebstendenzen.

Margarete Czerny ([Margarete.Czerny@wifo.ac.at](mailto:Margarete.Czerny@wifo.ac.at))  
Statistik: Monika Dusek ([Monika.Dusek@wifo.ac.at](mailto:Monika.Dusek@wifo.ac.at))

## Mäßige Preisauftriebstendenzen

Erdöl verteuerte sich im Jahr 2003 auf Dollarbasis von rund 25 \$ (2002) auf 28,8 \$ je Barrel und stieg seitdem (in den ersten zwei Monaten 2004) weiter auf etwa 31 \$ je Barrel. Da gleichzeitig der Euro gegenüber dem Dollar kräftig aufwertete, sank der Rohölpreis auf Euro-Basis 2003 um 3,4% (von 26,4 € je Barrel 2002 auf 25,5 € 2003). Auch die weiteren Preissteigerungen im Jahr 2004 auf Dollarbasis wurden durch die Euro-Aufwertung mehr als kompensiert. Die nach dem Ende des Irak-Krieges von Marktbeobachtern prognostizierte "Erdölschwemme" ist bisher nicht eingetreten. Zwar wurde laut IEA-Berichten im Februar 2004 im OPEC-Bereich um 1,3 Mio. Barrel pro Tag mehr gefördert als vereinbart, dennoch hat der Rohölpreis darauf nicht reagiert. Neben spekulativen Käufen wird international als ein wesentlicher Grund dafür die stark steigende Erdölnachfrage in China genannt.

## Witterungsbedingter Anstieg von Energieverbrauch und Stromimporten

Die Festlegung der OPEC, den Korbpreis innerhalb des Bandes von 22 \$ bis 28 \$ je Barrel zu halten, wird offenbar nicht umgesetzt; jedenfalls werden die vereinbarten automatischen Produktionssteigerungen bei Überschreitung dieses Bandpreises über 20 Tage nicht realisiert. Vielmehr dürfte sich die Förderpolitik dieser Länder auch am Euro-Dollar-Wechselkurs orientieren und versuchen, Terms-of-Trade-Verluste auf Euro-Basis durch höhere Preise in Dollar zu kompensieren; 2003 ist dies nicht gelungen. Aufgrund der unsicheren geopolitischen Lage (mögliche Eskalation des Nahost-Konfliktes) rechnen manche Marktbeobachter auch kurzfristig (in den nächsten zwei Jahren) mit einem "Hochpreisszenario" für Rohöl, in dem der Preis auf bis zu 100 \$ je Barrel steigen könnte.

## Rohölpreis auf Euro-Basis gesunken

Energie wurde 2003 geringfügig teurer, am stärksten stieg mit jeweils +3% der Preis von Heizöl extra leicht sowie von Kohle (Preis von festen Brennstoffen). Wesentlich schwächer erhöhten sich 2003 der Gas- und der Strompreis, die Treibstoffpreise (Superbenzin +0,2%, Dieseltreibstoff +0,1%) blieben im Jahresdurchschnitt 2003 etwa unverändert.

Witterungsbedingt (Zahl der Heizgradtage +8,5%) ergab sich 2003 ein höherer Energieverbrauch als im Vorjahr. Der Verbrauch von Brennstoffen (Erdgas +18,7%, Gasöl für Heizzwecke +9,6%), aber auch von elektrischer Energie (+3,2%) nahm zu. Die Heizwelle im Sommer 2003 hatte europaweit punktuelle Knappheiten an elektrischer Energie und einen Anstieg der Preise zur Folge. Der Stromaußenhandel verlagerte sich 2003 weiter zu einer Nettoimportposition – netto wurden fast 9% des Verbrauchs importiert (2002: 1,2%). Rohöl verteuerte sich 2003 auf Dollarbasis, nicht jedoch auf Euro-Basis. Die Energiepreise stiegen 2003 allgemein leicht: am wenigsten die Treibstoffpreise (Super plus +0,2%, Dieseltreibstoff +0,1%).

Übersicht 44: Energiepreise

	1. Halbjahr 2003	2. Halbjahr 2003	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Heizöl, extra leicht	+ 6,5	- 0,3	+ 3,1
Heizöl, leicht	+ 0,8	- 0,6	+ 0,1
Strom	± 0,0	+ 2,2	+ 1,1
Gas	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,5
Feste Brennstoffe	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,0
<i>Treibstoffe</i>			
Benzin Super plus	+ 3,7	- 3,2	+ 0,2
Dieseltreibstoff	+ 3,3	- 3,0	+ 0,1

Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindexgruppe Energie.

Aufgrund der Unterschiede zwischen den Treibstoffpreisen vor allem gegenüber Deutschland ist davon auszugehen, dass auch 2003 ein nennenswerter Tanktourismus nach Österreich auftrat. Das WIFO hat bereits 1996 die Bedeutung des Tanktourismus für Österreich analysiert<sup>21)</sup>. Die entscheidenden Konstellationen dafür sind der Abstand gegenüber dem Bruttopreis in den Nachbarländern (vor allem in Deutschland) und die Preisveränderungen in Österreich. Derzeit (März 2004) liegt der Bruttopreis der Treibstoffe in Österreich weit unter dem Niveau der meisten Nachbarländer. Billiger als in Österreich (0,758 € pro Liter) ist Dieseltreibstoff lediglich in Slowenien (0,737 € pro Liter) und Tschechien (0,734 € pro Liter), in Deutschland ist der Preis deutlich höher (0,88 € pro Liter). Niedrigere Bruttopreise für Super 95 als in Österreich (0,907 €) verzeichnen derzeit die Schweiz (0,845 € pro Liter), die Slowakei (0,894 € pro Liter) sowie Slowenien (0,828 € pro Liter) und Tschechien (0,792 € pro Liter). In Deutschland ist Super 95 mit 1,092 € pro Liter um 20% teurer als in Österreich.

Auf Basis der Analysen des WIFO ist unter diesen Rahmenbedingungen davon auszugehen, dass Österreich weiterhin das Ziel von Tanktourismus ist. Die Emissionen im Zusammenhang mit dem dabei abgesetzten Treibstoff werden in der CO<sub>2</sub>-Emissionsinventur Österreich zugerechnet und erschweren so die Erreichung des nationalen "Kyoto"-Zieles einer Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Umgekehrt spiegeln die deutschen Emissionsdaten bereits einen Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr seit der Einführung der Ökosteuern wider.

Für 2003 errechnet sich (nach vorläufigen Zahlen) über alle Erdölprodukte ein Verbrauchsanstieg von 8,7%; dabei nahmen (witterungsbedingt) sowohl der Verbrauch von Brennstoffen (Gasöl für Heizzwecke +9,6%) als auch – wie es dem Trend seit 1995 entspricht – der Verbrauch von Treibstoffen (Superbenzin +4,8%, Dieseltreibstoff +11,0%) stark zu.

Übersicht 45: Mineralölprodukte

	2002	2003	2003
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Verbrauch	11.530	12.530	+ 8,7
Flüssiggas	168	183	+ 8,6
Normalbenzin	606	601	- 0,9
Superbenzin	1.579	1.655	+ 4,8
Flug- und Leuchtpetroleum	520	450	- 13,4
Dieseltreibstoff	5.175	5.746	+ 11,0
Gasöl für Heizzwecke	1.761	1.929	+ 9,6
Heizöle	1.042	1.239	+ 19,0
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	679	727	+ 7,1

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Österreich bleibt Nettoimporteur von Strom

Insgesamt sank die Erzeugung von elektrischer Energie 2003 (nach vorläufigen Zahlen von E-Control) um 4,1%; die Wasserkrafterzeugung ging um 15,5% zurück, während die Erzeugung aus Wärmeleistung um über 20% gesteigert wurde. Das WIFO ging

21) Puwein, W., "Das Problem des Tanktourismus", WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(11), S. 719.

in seiner Untersuchung "Energieszenarien bis 2020"<sup>22)</sup> davon aus, dass in Zukunft vor allem durch eine Normalisierung der Wasserführung der Flüsse gegenüber den Rekordjahren 1999 und 2000 höhere Importe bzw. höhere Wärmekrafterzeugung notwendig werden. 2003 wurden neben der Erzeugung aus Wärmekraft auch die Importe um über 20% ausgeweitet, zugleich sanken die Exporte um 8,8%. Bereits 2001 drehte sich der Saldo im Außenhandel mit elektrischer Energie; im Jahr 2002 stiegen Importe weiter, und Österreich wurde zum Nettoimporteur von elektrischer Energie im Ausmaß von 1,1% des Verbrauchs. 2003 betrug dieser Nettoimportsaldo 8,9% des Verbrauchs.

Die WIFO-Energieszenarien ermitteln mittelfristig einen Anstieg des Nettoimportsaldo auf bis zu 3% des Verbrauchs. Das Jahr 2003 kann aufgrund des extrem heißen Sommers (nach vorläufigen Zahlen von E-Control stieg der Stromverbrauch 2003 um etwa 2.000 GWh oder 3,2%) als Ausnahmesituation für den Elektrizitätssektor gesehen werden, wie auch die europaweite Knappheit an elektrischer Energie und ein entsprechender Anstieg der Preise an den internationalen Strombörsen gezeigt haben. Aufgrund des Klimawandels ist jedoch davon auszugehen, dass solche Wettersituationen in Zukunft häufiger auftreten und zur ernstzunehmenden Herausforderung für die Elektrizitätswirtschaft werden.

#### Übersicht 46: Elektrischer Strom

	2002	2003	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %
		GWh	
Erzeugung	62.460	59.925	- 4,1
Wasserkraft	38.110	32.186	- 15,5
Wärmekraft	19.736	23.835	+ 20,8
Sonstige	4.616	3.905	- 15,4
Einfuhr	15.374	19.003	+ 23,6
Ausfuhr	14.677	13.389	- 8,8
Verbrauch <sup>1)</sup>	60.654	62.623	+ 3,2

Q: E-Control – <sup>1)</sup> Ohne Pumpstrom.

Die Nachfrage nach Erdgas wurde 2003 durch die Witterungsbedingungen und die Entwicklungen in der Wärmekrafterzeugung bestimmt. Da gleichzeitig aufgrund technologischer Entwicklungen autonome Substitutionsprozesse den Gasverbrauch erhöhen, nahm der Verbrauch von Erdgas 2003 entsprechend stark zu (+18,7%). Während die Förderung nur um 8% gesteigert wurde, wuchs die Einfuhr um 22%. Der Markt für Erdgas wurde 2002 liberalisiert; wenn ausländische Anbieter in den Markt eintreten, hätte das wie im Fall elektrischer Energie eine Verbilligung und zugleich eine Steigerung des Verbrauchs und der Importe zur Folge. Erdgas könnte dadurch gegenüber anderen fossilen Energieträgern in der Industrie und bei den Haushalten wettbewerbsfähiger werden und diese noch stärker verdrängen.

#### Starker Anstieg des Erdgasverbrauchs

#### Übersicht 47: Erdgas

	2002	2003	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %
		Mio. m <sup>3</sup>	
Förderung	1.880	2.030	+ 8,0
Einfuhr	6.265	7.641	+ 22,0
Ausfuhr	–	–	–
Verbrauch	8.145	9.671	+ 18,7

Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Kurt Kratena ([Kurt.Kratena@wifo.ac.at](mailto:Kurt.Kratena@wifo.ac.at))  
Statistik: Susanne Kopal ([Susanne.Kopal@wifo.ac.at](mailto:Susanne.Kopal@wifo.ac.at))

<sup>22)</sup> Kratena, K., Schleicher, St., *Energieszenarien bis 2020*, WIFO, Wien, 2001, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=20938](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20938).

## Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen steigt

Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen belebte sich im Laufe des Jahres 2003 weiter. Die transportintensiven Industriebranchen meldeten zum Teil kräftige Produktionszuwächse (Gewinnung von Steinen und Erden +18% gegenüber 2002, Bergbau +11%, Be- und Verarbeitung von Holz +9%). Die gesamte Sachgüterproduktion stieg um 2%, die Bauwirtschaft verzeichnete eine Produktionssteigerung von über 8%. Nach zwei Jahren rückläufiger Entwicklung wuchsen die realen Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel) 2003 wieder leicht (+1%). Das Wachstum des Außenhandels schwächte sich etwas ab, das Transportaufkommen im Export nahm um 4,2%, im Import um 3,7% zu.

Die ÖBB steigerten ihre Transportleistungen im Ausfuhrverkehr um 4,4%; sie konnten damit ihren Marktanteil in diesem Transportzweck leicht verbessern. Marktanteilsverluste ergaben sich im Einfuhrverkehr, die Bahn verzeichnete einen Zuwachs von lediglich 0,4%. Der Transitverkehr wuchs um 2%, der Inlandverkehr war leicht rückläufig (-1,6%). Insgesamt erreichten die ÖBB 2003 eine Verkehrsleistung von 17,8 Mrd. n-t-km, das war um 1,2% mehr als 2002. Von den gesamten Verkehrsleistungen entfielen 32% auf den Einfuhrverkehr, jeweils 23% auf den Inland- und Ausfuhrverkehr und 22% auf den Transitverkehr. Obschon die Verkehrsleistungen der ÖBB leicht zunahmen, verfehlten die Tariferträge mit 822,1 Mio. € das Vorjahresergebnis knapp. Die durchschnittlichen Einnahmen je n-t-km verringerten sich auf 0,0461 € (-1,4% gegenüber 2002). Die saisonbereinigte Entwicklung der Transportleistungen der Bahn zeigt im IV. Quartal 2003 eine deutliche Abschwächung des Inland- und Einfuhrverkehrs und eine Belebung des Ausfuhr- und Transitverkehrs.

Übersicht 48: Güterverkehr

		2003 Absolut	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1997/2002 Veränderung in %
ÖBB <sup>1)</sup>	Mio. n-t-km	17.836	+ 1,2	+ 3,7
Inland	Mio. n-t-km	4.049	- 1,6	+ 4,4
Einfuhr	Mio. n-t-km	5.721	+ 0,4	+ 4,8
Ausfuhr	Mio. n-t-km	4.119	+ 4,4	+ 2,7
Transit	Mio. n-t-km	3.947	+ 2,0	+ 2,5
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	95.933	+ 13,6	- 1,7
Fuhrgewerbe	in t	27.471	+ 24,7	+ 1,3
Werkverkehr	in t	68.461	+ 9,7	- 2,7
Schifffahrt <sup>2)</sup>	1.000 t	10.483	- 14,0	+ 5,6
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.746	- 2,3	- 0,1
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.485	- 4,0	- 0,8
Transit	Mio. n-t-km	4.261	- 0,9	+ 0,5
Luffahrt <sup>3)</sup>	1.000 t	118	+ 2,0	+ 0,5

Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, WIFO-Berechnungen. -<sup>1)</sup> Vorläufige Werte, ohne Stückgut. -<sup>2)</sup> Güterverkehr auf der Donau, insgesamt. -<sup>3)</sup> Fracht, An- und Abflug.

Die nautischen Bedingungen auf der Wasserstraße Donau waren 2003 recht unterschiedlich. In der ersten Jahreshälfte bewegte sich die Wasserführung deutlich über Mittelwasser, das eine gute Auslastung der Güterschiffe ermöglichte. Bis einschließlich Juni wurden um 5,2% mehr Güter transportiert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In der zweiten Jahreshälfte verringerte sich die Wasserführung infolge der lang anhaltenden Trockenheit im Bereich der nicht staugeregelten Strecken Wachau und östlich von Wien bis weit unter den Regulierungs-Niedrig-Wasserstand. Dementsprechend waren die Transportleistungen im 2. Halbjahr um 31% geringer als 2002. Insgesamt wurden 2003 10,5 Mio. t Güter auf der Donau transportiert, um 14% weniger als 2002.

Das seit dem II. Quartal 2002 starke Wachstum der Nachfrage nach Lastkraftwagen setzte sich 2003 unvermindert fort. Es wurden um 14,4% mehr Lastkraftwagen und um 16,9% mehr Sattelfahrzeuge neu zugelassen als 2002. Besonders gefragt waren Schwerfahrzeuge (+25,8%). Das Fuhrgewerbe forcierte seine Investitionen in den Fuhrpark etwas weniger stark als der Werkverkehr. Die Ursache für diesen Investitionschub liegt wohl in einem aufgestauten Erneuerungsbedarf (Neuzulassungen 2001



-11,4% gegenüber dem Vorjahr, 2002 -8,1%) und in der relativ günstigen Konjunktur-entwicklung in Lkw-intensiven Produktionsbereichen sowie in der Bauwirtschaft. Auch die Investitionszuwachsprämie gab einen starken Anreiz für Lkw-Neuanschaffungen.

Abbildung 16: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, Wiener Linien.

Die Durchsatzleistungen der Mineralöhrleitungen erreichten 2003 7,7 Mrd. n-t-km (-2,3% gegenüber 2002). Die Fluggesellschaften meldeten eine Zunahme der Luft-

**Schwacher  
Personenverkehr**

fracht um 2,4%. Die heimische OS-Group verzeichnete einen Zuwachs von 1,7%, ihr Marktanteil lag bei 62%.

Die anhaltend schwache Entwicklung des Arbeitsmarktes (Beschäftigung +0,9%) und des Reiseverkehrs (Nächtigungen +1,2%) sowie die rückläufigen Schülerzahlen drückten 2003 die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen. Die ÖBB beförderten 183,7 Mio. Personen, um 0,6% weniger als im Vorjahr. Auch die Tariferträge aus dem Personenverkehr blieben mit 556 Mio. € knapp unter dem Wert von 2002. Die Wiener Verkehrsbetriebe verzeichneten ebenso einen leichten Rückgang der Benützerfrequenzen (-0,1%). Trotz des Irak-Krieges und der SARS-Epidemie wuchs die Passagierluftfahrt in Österreich kräftig (+5,6% gegenüber 2002). Die heimische OS-Group meldete einen Rückgang der Passagierzahlen um 3,5%, ihr Marktanteil sank von 55,6% im Jahr 2002 auf 50,8%.

*Übersicht 49: Personenverkehr*

		2003 Absolut	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1997/2002 Veränderung in %
ÖBB Schiene	Mio. pkm	.	.	+ 0,4
Wiener Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	722	- 0,1	+ 0,7
Luffahrt <sup>1)</sup>	1.000 Personen	16.344	+ 5,6	+ 4,0
OS-Group <sup>1)2)</sup>	1.000 Personen	8.299	- 3,5	.

Q: ÖBB-Geschäftsberichte, Wiener Linien, Statistik Austria, Austrian Airlines Group. – <sup>1)</sup> Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – <sup>2)</sup> AUA, Lauda Air, Tyrolean Airways und Rheintalflug.

Im Gegensatz zur Flaute auf dem europäischen Automarkt entwickelten sich die Neuzulassungen von Pkw in Österreich sehr günstig. Mit 300.122 Stück wurden um 7,4% mehr fabriksneue Pkw angemeldet als im Vorjahr. Besonders gefragt waren Modelle mit einem Hubraum unter 1.500 cm<sup>3</sup> (+17,8%). Die saisonbereinigten Werte zeigen einen kräftigen Aufschwung seit dem II. Quartal 2002, der nur kurz durch eine Nachfrageschwäche im I. Quartal 2003 unterbrochen wurde.

*Übersicht 50: Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen*

	2003 Stück	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1997/2002 Veränderung in %
<i>Pkw</i>	300.121	+ 7,4	+ 0,3
Hubraum bis 1.500 cm <sup>3</sup>	75.277	+ 17,8	- 0,1
Hubraum 1.501 cm <sup>3</sup> und darüber	224.844	+ 4,3	+ 0,5
<i>Lkw</i>	29.338	+ 14,4	- 1,2
Nutzlast bis 1.999 kg	25.526	+ 14,0	- 1,0
Nutzlast 2.000 bis 6.999 kg	987	- 1,7	- 2,4
Nutzlast 7.000 kg und darüber	2.825	+ 25,8	- 2,1
<i>Anhänger</i>	18.512	- 4,4	- 3,8
Nutzlast bis 2.999 kg	16.701	- 5,8	- 3,9
Nutzlast 3.000 bis 6.999 kg	250	- 3,5	- 7,6
Nutzlast 7.000 kg und darüber	1.561	+ 12,6	- 1,8
<i>Sattelfahrzeuge</i>	4.119	+ 16,9	+ 4,9

Q: Statistik Austria.

**ÖBB-Reform 2003**

Ende 2003 wurde eine tiefgreifende Umstrukturierung der ÖBB eingeleitet:

Die ÖBB werden im Laufe des Jahres 2004 auf Basis des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 (BGBl. I/138/2003) in eine Holding, bestehend aus vier Aktiengesellschaften und einer Dienstleistungsgesellschaft mbH, übergeführt. Die ÖBB-Personenverkehr AG und die Rail Cargo Austria AG erbringen Transportleistungen und gemeinwirtschaftliche Leistungen. Gemeinsam besitzen sie die ÖBB-Traktion GmbH und die ÖBB-Technische Services GmbH. Die ÖBB-Infrastruktur Bau AG übernimmt die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH (SCHIG) und die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG (HL-AG) in Form einer Verschmelzung. Vor der Verschmelzung

wird von der SCHIG eine Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH abgespalten.

Die Brenner Eisenbahn Gesellschaft mbH (BEG) wird eine Tochter der Infrastruktur Bau AG. Aufgabe der Infrastruktur Bau AG sind die Planung und der Bau der Schieneninfrastruktur und ihre "Zurverfügungstellung". Dazu erstellt sie einen 6-jährigen Rahmenplan, der jahresweise die geplanten Investitionen enthält. Bei der Erstellung des Rahmenplans ist auf die Festlegungen im Generalverkehrsplan Österreich (GVP-Ö) Bedacht zu nehmen. Für den Rahmenplan ist die Zustimmung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie und des Bundesministers für Finanzen einzuholen. Die Planung und der Bau von Schieneninfrastruktur werden durch den Bund direkt oder indirekt durch die Übernahme von Haftungen für Anleihen, Darlehen, Kredite und sonstige Kreditoperationen der ÖBB-Infrastruktur Bau AG finanziert. Daneben stehen Überschüsse aus dem Betrieb von ÖBB-Kraftwerken, Erträge aus der ÖBB-Immobilienverwertung und Zuschüsse von Interessenten zur Verfügung.

Die Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH schließt Verträge mit Dritten über die Mitfinanzierung, Errichtung einschließlich der Verwertung von Schieneninfrastruktur ab (Public Private Partnership). Sie wirkt bei der Vorbereitung und Durchführung der Verträge mit dem Bund mit und sorgt für eine diskriminierungsfreie Entwicklung und Verbesserung des Eisenbahnwesens sowie neuer Eisenbahntechnologien.

Die ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG stellt eine bedarfsgerechte und sichere Schieneninfrastruktur bereit, betreibt und erhält sie. Ihr obliegen auch die Betriebsplanung und der Verschub. Die ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG wird aus Benützungsentgelten für die Infrastruktur finanziert. Werden die Kosten durch die Infrastrukturerlöse nicht gedeckt, so leistet der Bund Zuschüsse. Die Höhe der Zuschüsse wird in 6-jährigen Verträgen mit dem Bund festgelegt, wobei auch Rationalisierungs- und Einsparungspläne vorzulegen sind.

Wilfried Puwein ([Wilfried.Puwein@wifo.ac.at](mailto:Wilfried.Puwein@wifo.ac.at))  
Statistik: Martina Agwi ([Martina.Agwi@wifo.ac.at](mailto:Martina.Agwi@wifo.ac.at))

Im Jahr 2003 nahm das Einkommen der österreichischen Landwirtschaft das zweite Mal in Folge ab. Geringfügig höhere Subventionen glichen die Einbußen in der Tierhaltung nicht aus. Die Dürre des Sommers 2003 hatte zwar Ertragsverluste im Pflanzenbau zur Folge, anziehende Preise stabilisierten allerdings den Wert der Produktion. Der Trend der Verschlechterung der Stellung der Landwirtschaft im Preisgefüge setzte sich fort. Die Abwanderung aus der Landarbeit hält an, die Rate ist im EU-Vergleich jedoch relativ gering. In der EU nahm das Faktoreinkommen des Agrarsektors ebenfalls ab, aufgrund einer stärkeren Verringerung der Zahl der Erwerbstätigen blieb das Pro-Kopf-Einkommen jedoch nahezu unverändert. Der österreichische Außenhandel mit Agrargütern entwickelte sich neuerlich günstig: Der traditionell negative Saldo verringerte sich um 330 Mio. € auf –661 Mio. €.

Nach vorläufigen Ergebnissen der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) für das Jahr 2003 nahm die Erzeugung landwirtschaftlicher Güter dem Volumen nach um 3% ab<sup>23)</sup>. Zwar stiegen die Outputpreise des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs im Durchschnitt geringfügig, der Produktionswert zu Erzeugerpreisen sank jedoch um 1,5%.

Der Sommer 2003 war durch Trockenheit gekennzeichnet, die hohe Produktionsausfälle von Getreide und Futterpflanzen verursachte. Vor allem die Weizen- und Maiserträge lagen deutlich unter den Vorjahreserträgen. Witterungsbedingte Ausfälle und die geringere Weizenanbaufläche hatten eine Abnahme der Weizenproduktion um 17% zur Folge. Die Einbußen in der Roggenerzeugung (–20%) waren vor allem auf die Einschränkung der Anbaufläche zurückzuführen.

## Sinkendes Einkommen in der Landwirtschaft

## Produktionsrückgang und im Durchschnitt stabile Preise

<sup>23)</sup> Statistik Austria, Zweite Vorschätzung der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung 2003, elektronisch übermittelte Daten, Wien, 2004.

Der Anbau der übrigen Getreidearten wurde leicht ausgedehnt, der Rückgang der gesamten Getreideernte betrug 10%. Auch die Erntemenge von Zuckerrüben, Erdäpfeln und Raps nahm witterungsbedingt deutlich ab. Da die Anbaufläche von Raps ebenfalls stark eingeschränkt wurde, fiel die Ernte um 40% geringer aus als im Vorjahr. Der anhaltende Rückgang des Rapsaufkommens seit 1999 stellt die verarbeitende Industrie vor große Herausforderungen.

Die Obsternte lag um 17% über jener des Vorjahres, das von einer äußerst schlechten Steinobsternte geprägt gewesen war. Die Erntemenge des Pflanzenbaus war um 5,5% geringer als im Jahr 2002. Das Volumen des Gemüse- und Gartenbaus nahm um 6,2% ab, die Preise änderten sich jedoch nicht. Die Weinernte fiel trotz der Dürre befriedigend aus. Etwas höhere Preise bewirkten eine Steigerung des Produktionswertes um 1,4%.

### *Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik*

Am 26. Juni 2003 wurde im Agrarministerrat eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beschlossen. Im Kern wurden die Vorschläge der EU-Kommission zur Halbzeitbewertung der Agenda-2000-Reform bestätigt.

Zu den Zielen dieser am 10. Juli 2002 vorgestellten Reformvorschläge der EU-Kommission zählten: die Stärkung der Marktorientierung der Landwirte, die langfristige Absicherung der Agrareinkommen, der Abbau der Bürokratie, die Erhöhung der Lebensmittelsicherheit und der Produktqualität, die Verringerung der Umweltbelastung und eine Steigerung der positiven externen Effekte der Landwirtschaft.

Diese Ziele sollen durch Anpassung einzelner Marktordnungen und drei zentrale Reformkomponenten erreicht werden: die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion, die Stärkung des Programms der ländlichen Entwicklung und die Einführung der Auflagenbindung.

- **Entkopplung:** Bisher wurden Direktzahlungen gewährt, wenn bestimmte Kulturpflanzen (Getreide, Öl- und Eiweißfrüchte) produziert bzw. Wiederkäuer gehalten wurden. Diese Regelungen – die "erste Säule der GAP" – gingen auf die Reform des Jahres 1992 zurück. Landwirte wurden über "Ausgleichszahlungen" für die Senkung der administrativ gesetzten Preise entschädigt. 2005 werden diese Zahlungen (mit einigen Ausnahmen) abgeschafft. Die freiwerdenden Mittel werden für ein neues Instrument verwendet, die pauschale Betriebsprämie. Diese bemisst sich an Zahlungsansprüchen, die in der Referenzperiode 2000/2002 erworben wurden. Künftig ist es nicht nötig, bestimmte Agrargüter zu produzieren, die Prämien sind also von der Produktion vollständig "entkoppelt". Durch Zahlungsansprüche wird entweder individuell (in den meisten EU-Ländern) oder regional (in Deutschland) die Verteilung des größten Teils der Agrarsubventionen über die Referenzperiode bis zum Jahr 2014 festgeschrieben. Die Regeln sind so gestaltet, dass die Bewirtschafter stärker von den Betriebsprämien profitieren als die Grundeigentümer.
- **Stärkung des Programms der ländlichen Entwicklung – die "zweite Säule der GAP":** Die über einen Freibetrag von 5.000 € hinausgehende Betriebsprämie wird 2005 um 3%, 2006 um 4% und 2007 um 5% gekürzt. Die so freiwerdenden Mittel werden für das Programm der ländlichen Entwicklung verwendet. In geringem Umfang erfolgt auch eine Umverteilung zwischen Mitgliedsländern. Österreich dürfte von dieser Maßnahme profitieren: In Österreich ist das Fördervolumen des Programms der ländlichen Entwicklung (im Wesentlichen "sonstige Subventionen" ohne "Stilllegung von Ressourcen" in Übersicht 51) deutlich höher als das Volumen der Gütersubventionen. Die Auswirkungen der Reform in Österreich unterscheiden sich daher von jenen in anderen Mitgliedsländern, in denen bisher überwiegend Gütersubventionen gewährt wurden.
- **Auflagenbindung (häufig "cross-compliance" genannt):** Zur Auszahlung der pauschalen Betriebsprämie ist neben einer ausreichenden förderfähigen Fläche die Einhaltung von Auflagen erforderlich. Die Wahrung des "guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustands" erfordert die Erhaltung von Bodengesundheit, gewissen Bewirtschaftungsformen, Landschaftselementen und von Grünlandflächen. Zu den "Grundanforderungen der Betriebsführung" zählen 18 Rechtsquellen aus verschiedenen Bereichen. Die Nicht-Einhaltung hat Konsequenzen von der Verringerung bis zum vollständigen Verlust der Zahlungsansprüche.

## Übersicht 51: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2001	2002 Mio. €	2003	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.674	1.715	1.721	+ 0,4
Gütersubventionen	515	539	523	- 2,9
Kulturpflanzen	350	340	336	- 1,3
Nutztiere	165	199	188	- 5,7
Sonstige Subventionen	1.159	1.176	1.198	+ 1,9
Stilllegung von Ressourcen	2,7	2,7	2,7	- 0,1
Agrarumweltprogramm ÖPUL	45,9	47,3	48,4	+ 3,3
Ausgleichszulage	21,9	22,0	23,8	+ 9,4
Extensivierungsprämie	3,5	3,4	3,5	+ 3,0
Förderungen von Investitionen	16,4	11,9	11,6	- 1,2
Übrige Subventionen	9,6	12,7	10,0	- 20,4
Steuern und Abgaben	143	155	156	+ 0,4
Gütersteuern	45	46	41	- 11,7
Sonstige Produktionsabgaben	98	109	115	+ 5,6

Q: Statistik Austria, LGR; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft. Vorläufige Werte.

Das Produktionsvolumen der Tierhaltung blieb dagegen nahezu unverändert. Die langfristigen Trends setzten sich im Jahr 2003 fort: Die Erzeugung von Geflügelfleisch wurde ausgedehnt, während die Menge von Rindfleisch und Eiern weiter abnahm. Der Produktionsumfang von Milch und Schweinefleisch änderte sich kaum.

Die Erzeugerpreise pflanzlicher Produkte stiegen um 6,1%. Dies ist auf ein allgemein höheres Preisniveau in Europa zurückzuführen, da die Sommertrockenheit in mehreren Ländern Knappheiten zur Folge hatte. Besonders stark verteuerten sich Erdäpfel (+51%), Mais (+26%) und Zuckerrüben (+22%), also Kulturen, die von der Dürre besonders betroffen waren. Nach einem ausgeprägten Preisauftrieb für Gemüse im Jahr 2002 blieben die Erzeugerpreise im Jahr 2003 nahezu unverändert.

Die Preise von Schweinefleisch, Geflügelfleisch und Milch sanken das zweite Jahr in Folge. Rindfleisch wurde hingegen wieder teurer; der durch die BSE-Krise ausgelöste Preiseinbruch im Jahr 2001 ist damit allerdings noch nicht überwunden. Die Erzeugerpreise von Eiern stiegen um über 8%, da eine Geflügelseuche in Holland das Angebot verknappte. In der Tierhaltung insgesamt sanken die Erzeugerpreise (um 3,4%).

Der Wert der landwirtschaftlichen Dienstleistungen und der nicht trennbaren nicht-landwirtschaftlichen Nebentätigkeiten (z. B. Urlaub am Bauernhof, Direktvermarktung) verdient besonderes Augenmerk. Mit einem Anstieg von jeweils 2% wird eine Fortsetzung des langjährigen Trends ausgewiesen. Zusammen entspricht dies 12% des Wertes der pflanzlichen und tierischen Erzeugung (im Jahr 1992 betrug diese Relation 6%). In den meisten anderen EU-Ländern spielen landwirtschaftliche Dienstleistungen nur eine untergeordnete Rolle (laut Eurostat im Euro-Raum 2002 3,4%). Diese Bereiche repräsentieren in Österreich einen höheren Wert als die Getreideproduktion oder die Weinerzeugung, und sie tragen zur Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs etwa gleich viel bei wie die Rinder- oder die Schweinehaltung.

Die österreichische Landwirtschaft ist innerhalb der EU am weitesten in Richtung einer diversifizierten Produktion fortgeschritten, in der Dienstleistungen eine immer größere Bedeutung haben. Nach der im Jahr 2003 beschlossenen Reform wird dieser Entwicklung in der Gemeinsamen Agrarpolitik mehr Gewicht eingeräumt (siehe Kasten "Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik").

Der Einsatz von Betriebsmitteln blieb 2003 praktisch unverändert. Da sich zudem die Vorleistungen verteuerten (+2%) und die Erzeugung dürrebedingt abnahm, verringerte sich die Bruttowertschöpfung deutlich (-5,3%). Aufgrund höherer Abschreibungen sank die Nettowertschöpfung weiter, und zwar um 11,6% unter den Wert von 2002 (Übersicht 52).

**Grad der Diversifizierung steigt**

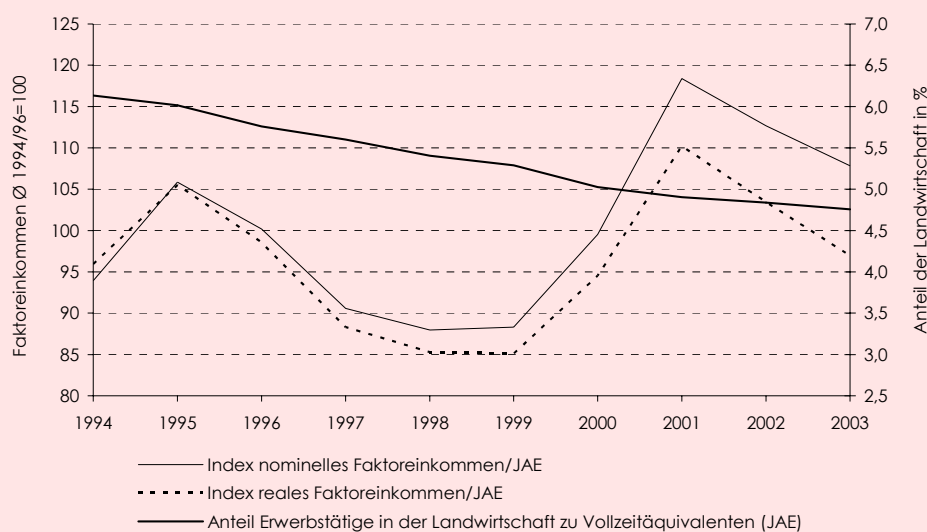
Übersicht 52: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen der österreichischen Landwirtschaft

	2002	Wert 2003 Mio. €	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2003 2002 = 100	Preis 2003
<b>Zu Erzeugerpreisen</b>					
Pflanzliche Erzeugung <sup>1)</sup>	2.251	2.257	+ 0,3	94,5	106,1
+ Tierische Erzeugung	2.423	2.325	- 4,0	99,3	96,6
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	4.674	4.582	- 2,0	97,0	101,1
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	148	152	+ 2,9	102,5	100,4
= Landwirtschaftliche Erzeugung	4.822	4.734	- 1,8	97,1	98,2
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	402	411	+ 2,2	100,3	101,9
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.224	5.144	- 1,5	97,4	101,1
<b>Zu Herstellungspreisen</b>					
Pflanzliche Erzeugung	2.586	2.587	+ 0,1	94,0	106,4
+ Tierische Erzeugung	2.581	2.477	- 4,0	99,1	96,8
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.167	5.064	- 2,0	96,6	101,5
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	148	152	+ 2,9	102,5	100,4
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.315	5.216	- 1,9	96,7	101,5
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	402	411	+ 2,2	100,3	101,9
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.717	5.627	- 1,6	97,0	101,5
- Vorleistungen insgesamt <sup>1)</sup>	3.079	3.130	+ 1,6	99,7	102,0
= Bruttowertschöpfung	2.638	2.498	- 5,3	93,9	100,9
- Abschreibungen	1.347	1.356	+ 0,7	98,9	101,8
= Nettowertschöpfung	1.291	1.142	- 11,6	88,6	99,8
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.067	1.083	+ 1,5		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.358	2.224	- 5,7		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE <sup>2)</sup>	1.000 €	14,3	13,7	- 4,3	

Q: Statistik Austria, LGR. Vorläufige Werte. - <sup>1)</sup> Einschließlich innerbetrieblich erzeugter bzw. verbrauchter Futtermittel. - <sup>2)</sup> Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht entlohnt).

Das Faktoreinkommen verringerte sich zwar ebenfalls kräftig (-5,7%), jedoch nicht im selben Ausmaß, da der Saldo aus nichtproduktionsabhängigen Zahlungen, Steuern und Abgaben zum Vorteil der Landwirtschaft leicht stieg (+1,5%). Die Abwanderung aus der Landwirtschaft hält ungebrochen an (-1,4%), wengleich in den letzten Jahren eine Dämpfung zu beobachten ist. Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (zu Vollzeitäquivalenten) nahm das nominelle Faktoreinkommen im Jahr 2003 um 4,3% ab. Nominell lag das Faktoreinkommen je Erwerbstätigen 2003 um 7% über dem Dreijahresdurchschnitt 1994/1996, real jedoch um 3% darunter (Abbildung 17).

Abbildung 17: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: Statistik Austria, LGR (2003 vorläufige Werte); Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WIFO-Berechnungen.

Österreich ist ein Nettoimporteur von Agrargütern und Nahrungsmitteln. Die Differenz zwischen Importen und Exporten verringerte sich in den letzten Jahren jedoch kontinuierlich. 2003 verbesserte sich der negative Saldo um 330 Mio. € auf –661 Mio. €. Damit hat sich der Importüberschuss innerhalb von zehn Jahren halbiert. Diese Verringerung ist vor allem auf die Ausweitung der Exporte zurückzuführen (insgesamt +12,4%), während die Importe deutlich langsamer wuchsen (+3,6%). Der Zuwachs der Ausfuhr kam vor allem aus den Warengruppen ab der KN-Position 16, aber auch die Positionen 08 bis 12 entwickelten sich günstig (Übersicht 53).

**Agraraußenhandel  
entwickelt sich günstig**

Übersicht 53: Agraraußenhandel 2003

Kombinierte Nomenklatur (KNO)

	Export	Import	Insgesamt	Saldo EU 15	EU 25 <sup>1)</sup>
	Anteile in %			Mio. €	
01 Lebende Tiere	1,6	1,6	– 11	– 21	– 19
02 Fleisch und Fleischwaren	9,7	6,0	+ 131	+ 105	+ 79
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,0	1,9	– 102	– 85	– 87
04 Milch, Milchzeugnisse, Eier und Honig	14,3	8,7	+ 204	+ 209	+ 201
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	1,1	– 38	– 24	– 25
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,3	5,3	– 266	– 269	– 268
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,3	5,7	– 244	– 209	– 227
08 Früchte	1,9	8,7	– 371	– 158	– 189
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	2,6	2,8	– 25	+ 3	+ 28
10 Getreide	4,0	1,9	+ 89	+ 101	+ 85
11 Müllereierzeugnisse	0,7	0,9	– 18	– 26	– 23
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	1,7	2,5	– 53	+ 4	– 42
13 Schellack, Gummien, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,5	– 20	– 14	– 13
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	– 0	+ 1	+ 1
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	1,5	2,7	– 72	– 87	– 78
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	2,1	3,4	– 86	– 77	– 81
17 Zucker, Zuckerwaren	2,5	3,7	– 83	– 94	– 101
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,5	5,1	– 63	– 78	– 57
19 Zubereitungen aus Getreide und andere Backwaren	7,1	8,0	– 93	– 135	– 119
20 Zubereitung von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,8	6,8	– 43	+ 24	– 15
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	5,6	7,0	– 110	– 154	– 112
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	20,8	7,0	+ 595	+ 247	+ 274
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	4,2	5,2	– 83	– 117	– 95
24 Tabak und Tabakwaren	6,2	3,5	+ 103	+ 91	+ 107
			Mio. €		
Agrarhandel insgesamt laut KNO	4.657	5.318	– 661	– 763	– 777
KNO-Position 2202 90 10 <sup>2)</sup>	671	53	+ 618	+ 397	+ 417
Agrarhandel insgesamt laut SITC <sup>3)</sup>	4.772	5.423	– 651	– 743	– 761
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Agrarhandel insgesamt laut KNO <sup>4)</sup>	+ 5,4	+ 1,0	+ 14,6	+ 7,8	+ 6,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2003 vorläufige Werte; es gelten die weiter oben im Kapitel "Export-schwäche und Marktanteilsverluste unter ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen" des vorlie-genden Berichts angeführten Einschränkungen zur Aktualität der Daten. – <sup>1)</sup> EU 15, Polen, Tschechien, Slo-wakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – <sup>2)</sup> Alkoholfreie Getränke mit Süßmit-teln oder Aromastoffen. – <sup>3)</sup> Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des gewähl-ten Aggregationsverfahrens voneinander ab. – <sup>4)</sup> Ein positives Vorzeichen der Saldenveränderung ist als Rückgang des Importüberschusses zu interpretieren.

Der Wert der Exporte in die zehn EU-Beitrittsländer entspricht 12% der Ausfuhr in die EU 15. 2003 drehte sich aber der seit über zehn Jahren bestehende Exportüberschuss gegenüber diesen Ländern in einen Importüberschuss. Vor allem die starke Steige-rung der Importe aus Ungarn und die Einschränkung der Exporte nach Slowenien lös-ten diese Veränderung aus. Ein Vergleich der Wert-Mengen-Relation zeigt jedoch, dass aus Österreich zunehmend höherwertige Agrarprodukte in die östlichen Nach-barländer exportiert werden und Waren in erster Linie zur Weiterverarbeitung impor-tiert werden.

## Landwirtschaftliches Einkommen in der EU nahezu unverändert

Die erste Vorschätzung der LGR vom Dezember 2003 weist für die EU (ohne Griechenland) einen Zuwachs der landwirtschaftlichen Einkommen von 0,9% aus (gemessen am "Indikator A", dem realen Faktoreinkommen je Vollzeitäquivalent). In sieben Ländern wurden Einkommenszuwächse gemessen (Großbritannien +20,5%, Belgien +8,6%, Spanien +4,2%, Portugal +3,3%, Niederlande 0,7%, Frankreich 0,6%, Italien 0,1%). Am stärksten verringerte sich das Einkommen in Deutschland (-14,2%), Dänemark (-7,9%) und Finnland (-5,9%). Im längerfristigen Vergleich lag das Agrareinkommen der EU-Länder 2003 real um 6,2% über dem Referenzwert (dem Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1996). Neben Österreich blieb das Einkommen auch in Luxemburg, Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark unter diesem Mittelwert.

Der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz ging in allen EU-Ländern mit Ausnahme von Irland und Portugal weiter zurück (insgesamt -2,4%), am stärksten in Großbritannien (-4,6%), Spanien (-4,4%) und Schweden (-4,0%). In Schweden ist seit 1995 – anders als in Finnland und Österreich – eine überdurchschnittliche Abwanderung aus der Landwirtschaft zu beobachten.

Franz Sinabell ([Franz.Sinabell@wifo.ac.at](mailto:Franz.Sinabell@wifo.ac.at))

Statistik: Dietmar Weinberger ([Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at](mailto:Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at))

## Niedrige Holzpreise

Das Jahr 2003 stand im Zeichen einer weiteren Abschwächung des Holzmarktes. Die seit 1999 tendenziell nachgebenden Preise für Holz und Holzprodukte stabilisierten sich teilweise in den letzten Monaten 2003 auf relativ niedrigem Niveau. In erster Linie der sinkende Dollarkurs bewirkte einen Rückgang der Exportpreise auf Euro-Basis und damit auch der Inlandspreise.

Abbildung 18: Holzversorgung und Holzpreise



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen; Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise.

Die Säge- und Plattenindustrie meldete einen Anstieg ihres Produktionswertes um 9% gegenüber 2002. Die Schnittholzexporte wurden um 4,6% (Mengen) gesteigert. Die Exporte an Spanplatten verfehlten das Vorjahresergebnis knapp (-0,5% gegenüber 2002). Im Export von Nadelschnittholz wurden im Jahresdurchschnitt um 2,8% niedri-



gere Preise erzielt als im Vorjahr. Die sinkende Preistendenz endete im Oktober 2003; seit der letzten Spitze Mitte 2000 sind die Preise um über 13% zurückgegangen. Der Exportpreis für Spanplatten festigte sich 2003, im Jahresdurchschnitt lag das Preisniveau um 2% über dem Vorjahreswert. Die Sägeindustrie zahlte 2003 für Nadelrundholz aus dem Inland um 8% weniger als im Vorjahr. Das Preistief wurde im September 2003 erreicht, seither hat sich der Markt gefestigt. Die Preise für importiertes Nadelrundholz waren im Jahresdurchschnitt um 6,3% niedriger als 2002.

Wie die Sägeindustrie litt auch die *Papierindustrie* unter der Dollarschwäche. Der Produktionswert sank um 5%. Die Exportpreise für Sulfatzellstoff waren um 4,8%, für Papier und Pappe um 4,5% niedriger als 2002. Der Preisverfall auf den internationalen Zellstoff- und Papiermärkten hielt bis Jahresende an; im Dezember lag das Preisniveau um rund 20% unter den Preisen, die Anfang 2001 erzielt worden waren. Mengemäßig entwickelten sich die Exporte sehr günstig (+7,7% gegen 2002). Die Lage auf dem heimischen Schleifholzmarkt hat sich im Laufe des Jahres 2003 leicht verschlechtert, die Preise für Nadelschleifholz waren im Jahresdurchschnitt um 1,6% niedriger als im Vorjahr.

Der Jahreseinschlag erreichte 2003 mit 17,06 Mio. fm (+15% gegen 2002) den bisher höchsten gemeldeten Wert. Der Anstieg wurde fast ausschließlich durch die Aufarbeitung von Schadholz erzwungen. Die Föhnstürme "Uschi" und "Sylvia" vom 16. und 17. November 2002 richteten vor allem in den Hochlagen Salzburgs und der Steiermark große Schäden an. Der Schadholzanteil lag im Jahresdurchschnitt 2003 mit 48% weit über dem längerfristigen Durchschnittswert. Angesichts der hohen Zwangsnutzung und der ungünstigen Holzpreise schränkten die Waldbesitzer die planmäßigen Schlägerungen ein (-26% gegen 2002).

Brennholz wurde um 10% mehr als im Vorjahr aufgebracht. Im Bauernwald wurde um 7% mehr, in den Wäldern der großen privaten Forstbetriebe um 23% mehr Holz als im Vorjahr geschlägert. Die Bundesforste – sie waren von den Föhnstürmen in Salzburg besonders betroffen – mussten den Einschlag um 29% erhöhen. Auch in der regionalen Einschlagsentwicklung wirkten sich die Föhnstürme vom November 2002 aus: Die Schlägerungen nahmen in Salzburg (+98%) und in der Steiermark (+18%) infolge der Zwangsnutzungen besonders kräftig zu. Tirol und Kärnten meldeten einen geringeren Einschlag als 2002.

## Holzeinschlag auf Rekordniveau

### Übersicht 54: Holzeinschlag

	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	1.000 Efm ohne Rinde				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Starknutzholz	8.033,2	8.056,3	9.182,6	10.578,2	- 0,4	+ 0,3	+ 14,0	+ 15,2
Schwachnutzholz	2.383,1	2.504,9	2.626,9	3.140,9	- 18,4	+ 5,1	+ 4,9	+ 19,6
Brennholz	2.859,9	2.905,3	3.036,0	3.336,2	- 7,6	+ 1,6	+ 4,5	+ 9,9
Insgesamt	13.276,3	13.466,5	14.845,4	17.055,2	- 5,7	+ 1,4	+ 10,2	+ 14,9

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft veröffentlichte die Ergebnisse der Waldinventur 1999/2002. Demnach ist die Waldfläche im Inventurzeitraum jährlich um durchschnittlich 5.100 ha gewachsen. Sie bedeckt derzeit rund 47,2% des österreichischen Staatsgebietes. Die Waldausbreitung war im Gebirge überdurchschnittlich stark und verbesserte hier den Schutz vor Lawinen, Muren und Hochwasser. Auch die Biodiversität der Wälder entwickelte sich günstig. Der Mischwaldbestand nahm zu, 70% des Aufwuchses sind natürliche Verjüngung.

Wilfried Puwein ([Wilfried.Puwein@wifo.ac.at](mailto:Wilfried.Puwein@wifo.ac.at))  
Statistik: Dietmar Weinberger ([Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at](mailto:Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at))

### *Austria's Economy Continued its Sluggish Growth Course in 2003 – Summary*

In an international perspective, the economy was set on a revival course in 2003. China reported continuous and brisk growth rates throughout the year, whereas the USA and Japan had to wait for the second half of the year to achieve a substantial boost of their dynamism. Real GDP in the OECD grew by 2.1 percent, compared to an increase of 1.9 percent during 2002.

In the euro zone, on the other hand, the economy maintained its faltering course in 2003. It did pick up in the second half, but managed a growth of just 0.4 percent on average over the year. Both exports and investment improved in the second half year, but private demand remained weak. Surveys made by the European Commission found clear evidence of considerable disconcertion on the part of consumers.

In a similar vein, growth, at 0.7 percent, was reticent for the Austrian economy. The hesitant recovery over the months faltered again towards the end of the year. Investment demand gave the biggest boost to growth in 2003: spending on machinery and equipment rose by 6.2 percent in real terms: demand for machines and electric equipment (+6.8 percent) as well as vehicles (+4.1 percent) was surging. Much of this, however, was covered by goods imports, which limited the positive effect on local production.

The recovery was driven mostly by construction investment, supported by publicly financed projects. Demand by private households (including NPISH) for consumer goods rose at a slightly faster pace than in the previous year (+1.3 percent versus +0.7 percent in real terms), due in part to the brisk demand for passenger cars, but the buying mood deteriorated towards the end of the year. With cutbacks sustained by the public households, public consumption grew just moderately (by 0.7 percent in real terms).

Following a satisfactory growth (by 3.7 percent in real terms) of Austrian exports in 2002, in spite of a generally weak economy, that pace decelerated substantially over the course of 2003 (to a plus of 1 percent), whereas total imports (+3 percent in real terms) exceeded the 2002 growth rate.

The sectors that contributed the strongest growth to real value added in 2003 were construction (+2.5 percent), and electricity, gas and water supply (+2.6 percent). Banks and insurances were stagnating, as was the manufacturing sector (-0.2 percent). A marked decline in real value added was observed only in the agriculture and forestry sector (-4.8 percent).

Reflecting a trend observed over the past years, inflation rates continued to shrink in 2003. At a rate of +1.3 percent measured by the Harmonised Consumer Price Index, Austria once again was among the countries with the most stable prices in the euro zone; the national consumer price index similarly rose by 1.3 percent.

Against the background of a sluggish economy, the Austrian labour market situation remained subdued. The number of economically active employees in 2003 exceeded the previous year's figures by just 0.2 percent or 6,200. The national unemployment rate rose to 7 percent, or 4.4 percent when calculated in line with the Eurostat definition.

The weak economy impacted on the public revenues situation and caused additional expenditures, which made inroads on the state's net financial investment capacity. The deficit (by the Maastricht definition) rose from 0.2 percent of nominal GDP in 2002, to 1.3 percent in 2003. With the deficit growing at a lower rate than the nominal GDP, the public debt rate declined from 66.6 percent of nominal GDP to 65.0 percent in 2003.